

RheinlandPfalz



Statistische Monatshefte

1999

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

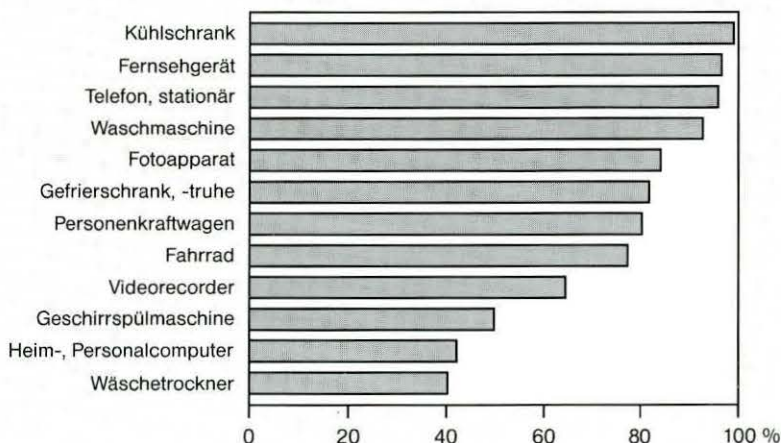
September

Oktober

November

Dezember

Ausstattungsgrad privater Haushalte mit ausgewählten
Gebrauchsgütern 1998



Inhalt

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Rheinland-Pfalz

- 49 Die Möglichkeiten, Zusammenhänge zwischen Wohn- und Arbeitsort der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten darzustellen, wurden durch den Aufbau einer Datei, die den Pendlerstromdateien der früheren Volkszählungen entspricht, wesentlich verbessert und vereinfacht. Die Aussagefähigkeit der Ergebnisse dieser Statistik wird dadurch deutlich erhöht.

Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern

- 58 Beim Einführungsinterview der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 wurde nach der Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern gefragt. Neben den traditionellen Gruppen Fahrzeuge und Haushaltsgeräte standen die moderne Technik und die Nachrichtenübermittlung im Mittelpunkt.

Verfahren und Ablauf des Volks- begehrens zur Wiedereinführung des Buß- und Bettages in Rheinland-Pfalz

- 65 Neben den verfassungsrechtlichen Grundlagen werden das Verfahren zur Durchführung des Volksbegehrens sowie die Probleme mit den in der Praxis gefundenen Lösungen dargestellt. Weiterhin geht der Beitrag auf die im Anschluss an das Volksbegehren geäußerte Kritik an den bestehenden Durchführungsvorschriften ein.

Kurzbeiträge

- 74 Das Statistische Programm der Europäischen Gemeinschaft 1998 bis 2002
Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Krankenanstalten 1997

Anhang

- 13* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
19* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Neue Auswertungsmöglichkeiten der Beschäftigtenstatistik

Das Vorliegen von Beschäftigtendaten nach dem Arbeitsort und dem Wohnort ermöglicht Untersuchungen über Arbeitnehmer, bei denen Arbeits- und Wohnort in unterschiedlichen Gebietseinheiten liegen. Dieser Personenkreis wird häufig vereinfachend unter dem Begriff „Pendler“ dargestellt. Es besteht aber keine begriffliche Identität mit dem bei den Volkszählungen der früheren Jahre verwendeten „Tagespendler“. Es handelt sich vielmehr um sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, bei denen die in der Beschäftigtendatei registrierte Wohngemeinde von der Sitzgemeinde des meldenden Betriebes abweicht.

Nach den Auswertungen zum 30. Juni 1997 müssen in Rheinland-Pfalz viele Beschäftigte ihre Wohngemeinde täglich verlassen, um in einer anderen Gemeinde ihrer Arbeit nachzugehen. Wegen der in kleinen Gemeinden nur in geringer Zahl vorhandenen oder ganz fehlenden Arbeitsplätze gehörte dort ein besonders großer Teil der Beschäftigten zu den Pendlern. In den gut 1 600 Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern lebten rund 211 100 oder 16,6 % aller Beschäftigten. Fast 93 % von ihnen bzw. knapp 196 100 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hatten ihren Arbeitsplatz in einer anderen Gemeinde. Mit zunehmender Bevölkerungszahl sind in Gemeinden und Städten mehr Arbeitsplätze vorhanden, so dass bei den dort wohnenden Beschäftigten Wohn- und Arbeitsort häufiger zusammenfallen. So arbeiteten von den knapp 270 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die in den acht Städten von Rheinland-Pfalz mit einer Bevölkerungszahl von mehr als 50 000 zuhause waren, knapp zwei Drittel auch in ihrer Wohngemeinde. Nur gut ein Drittel von ihnen, das waren rund 91 400 Menschen, hatten ihren Arbeitsplatz in einer anderen Gemeinde.

Probleme der Geheimhaltung und die Vergleichbarkeit mit Gebietseinheiten anderer Bundesländer bezüglich der Beschäftigten nach dem Arbeitsort und der Pendlerbewegung lassen für Rheinland-Pfalz den Vergleich zwischen größeren Regionaleinheiten geraten erscheinen. Dazu gehören die 12 kreisfreien Städte und die 37 verbandsfreien Gemeinden und Städte. An die Stelle der 2 256 verbandsangehörigen Ortsgemeinden können bei einer regionalisierten Darstellung die 163 Verbandsgemeinden des Landes treten.

In den Verbandsgemeinden lebten Ende Juni 1997 fast 744 700 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Von diesen wohnten und arbeiteten rund 123 500 oder 16,6 % in der gleichen Ortsgemeinde, nicht ganz 621 200 hatten ihren Arbeitsplatz außerhalb der Wohn-

gemeinde. Von diesen Auspendlern fanden 15,8 % oder gut 97 900 eine Beschäftigung in der gleichen Verbandsgemeinde. Die übrigen 523 200 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mussten ihre Verbandsgemeinde verlassen, um zur täglichen Arbeit zu kommen. Die durchschnittliche Auspendlerquote lag, von den Ortsgemeinden aus gesehen, bei 83,4 %, auf die Verbandsgemeindegrenzen bezogen allerdings nur bei 70,3 %. Dabei nimmt der Anteil der Beschäftigten, die außerhalb ihrer Verbandsgemeinde einen Arbeitsplatz haben, mit steigender Bevölkerungszahl kontinuierlich ab.

Die Verbandsgemeinden des Landes boten zum 30. Juni 1997 für weniger als 450 100 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Arbeitsplätze. Diese wurden zu fast der Hälfte (49,2 %) von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern besetzt, die Wohn- und Arbeitsort in der gleichen Verbandsgemeinde hatten. Die durchschnittliche Einpendlerquote aller Verbandsgemeinden, bezogen auf deren jeweilige Grenzen, betrug demnach 50,8 %.

Das Statistische Landesamt hat zwischenzeitlich, analog zu den Pendlerstromdateien der Volkszählungen 1970 und 1987, in seinem Landesinformationssystem eine Datei aufgebaut, mit der die Verflechtungen zwischen Wohn- und Arbeitsort für die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ermittelt und dargestellt werden können. Wegen der notwendigen Beachtung der Geheimhaltung ist die Auswertung dieser Daten im Allgemeinen auf die Regionalebene Rheinland-Pfalz, Landkreise, kreisfreie Städte, verbandsfreie Gemeinden und Verbandsgemeinden beschränkt. Alle zulässigen Auswertungen können, vom Wohnort ausgehend, die „Auspendlerströme“ und, vom Arbeitsort ausgehend, die „Einpendlerströme“ darstellen. Dabei kann eine Abschnidegrenze, unter der Pendlerströme nicht getrennt für ein bestimmtes Gebiet nachgewiesen werden, flexibel angegeben werden. ko

Mehr zu diesem Thema auf Seite 49.

Moderne Technik in rheinland-pfälzischen Haushalten

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 begann mit dem Einführungsinterview, in dem die Haushalte nach dem Besitz von langlebigen Gebrauchsgütern befragt wurden. Kühlschrank und Waschmaschine sind in fast jedem rheinland-pfälzischen Haushalt anzutreffen (99 bzw. 93 %). Stark zugenommen hat in den letzten zehn Jahren die Ausstattung mit Gefrierschränken und -truhen von 59 auf 82 %; gleiches gilt für Geschirrspülmaschinen (von 31 auf 50 %) und Wäschetrockner (von 23 auf 40 %).

Die rheinland-pfälzischen Haushalte stehen der modernen Technik aufgeschlossen gegenüber. So besaß jeder dritte Haushalt einen Anrufbeantworter. Ein Faxgerät oder eine PC-Faxkarte nutzt jeder sechste Haushalt, 12 % sind Besitzer eines Mobiltelefons oder Handys. In 42 % der Haushalte gibt es einen PC, dieser Anteil steigt bei Familien mit vier Personen auf 78 % an. Internet oder Online-Dienste und der ISDN-Anschluss sind noch nicht so stark vertreten (7,6 bzw. 5,1 %). hw

Mehr über dieses Thema auf Seite 58.

Über 270 Studienkollegiaten in Rheinland-Pfalz

An den beiden Studienkollegs in Rheinland-Pfalz, deren Aufgabe es ist, ausländische Studienbewerber auf ein Studium in Deutschland vorzubereiten, waren Anfang des Jahres 1999 insgesamt 274 Studienkollegiaten eingeschrieben, 38 % mehr als im Vorjahr. 154 Teilnehmer bereiteten sich am Staatlichen Studienkolleg in Mainz und 120 am Staatlichen Studienkolleg in Kaiserslautern auf ein Hochschulstudium im Bundesgebiet vor.

92 Personen stammten aus Asien, 77 aus Afrika, 62 aus Europa und 43 Teilnehmer kamen vom amerikanischen Kontinent.

Die Zahl der eingeschriebenen Frauen lag mit 127 Personen um knapp die Hälfte höher als im Vorjahr. Ihr Anteil erhöhte sich von 43 auf 46 %. Die meisten Studienkollegiatinnen stammten aus europäischen Ländern (41) sowie aus dem asiatischen Raum (38). we

Gästerekord im rheinland-pfälzischen Tourismus

In den rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsbetrieben war 1998 mit 6,4 Mill. Gästen ein Rekordergebnis zu verzeichnen. Dies waren 5,7 % mehr Gästeankünfte als 1997. Die Zahl der Übernachtungen entwickelte sich mit einer Zunahme um 2,7 % auf fast 20,1 Mill. ebenfalls positiv. 1997 hatte der rheinland-pfälzische Tourismus dagegen noch Rückgänge sowohl bei den Gästen als auch den Übernachtungen zu verzeichnen (-0,9 % bzw. -5,9 %).

Die meisten Besucher (1,5 Mill.) reisten in die Ferienregion Mosel und Saar, die damit einen Gästezuwachs von 6,9 % registrierte; zudem waren hier die Übernachtungen mit 5,1 Mill. (+3,4 %) am höchsten. Die erfreulichste Aufwärtsentwicklung verzeichnete die Region Rheinhessen. Hier wurden zwar nur 1,1 Mill. Übernachtungen und 645 000 Gäste, aber Zuwächse um 10,5 bzw. 14,5 % ermittelt.

Eine gute Nachfrage fand auch das Fremdenverkehrsgebiet Eifel/Ahr mit 4,1 Mill. Übernachtungen (+3,1 %) und einer Besucherzahl von 1,1 Mill. (+4,5 %), dicht gefolgt von der Pfalz mit 3,9 Mill. Übernachtungen (+3,8 %) und 1,3 Mill. Gästen (+6,3 %). Im Rheintal stieg die Zahl der Übernachtungen (2,1 Mill.) und der Gäste (820 000) dagegen nur um 1,9 bzw. 1,1 %.

Ein leicht rückläufiges Übernachtungsaufkommen war dagegen in der Region Hunsrück/Nahe/Glan festzustellen (2,2 Mill. / -0,3 %), obwohl die Zahl der Gäste um 4,5 % auf mehr als 500 000 zugenommen hatte. Mit der gleichen Situation hatte das Fremdenverkehrsgebiet Westerwald/Lahn/Taunus zu kämpfen, das mit 1,6 Mill. ebenfalls rückläufige Übernachtungszahlen (-1,9 %) bei gleichzeitig steigenden Besucherzahlen (500 000; +2 %) zu verzeichnen hatte. el

Eigenheimbau 1998 Stütze der Baukonjunktur Mehr als 9 000 Einfamilienhäuser genehmigt

Der Boom im rheinland-pfälzischen Eigenheimbau hielt auch 1998 an. Die Bauaufsichtsbehörden genehmigten die Errichtung von insgesamt 9 141 Einfamilienhäusern, eine Zahl, die letztmals im Berichtsjahr 1980 (11 399) höher gelegen hatte. Im Vergleich zum Vorjahr (8 453) wurden gut 8 % mehr Baugenehmigungen für Wohngebäude mit einer Wohnung erteilt. Auch die Anzahl der zum Bau freigegebenen Zweifamilienhäuser stieg 1998 leicht an. Nach 2 339 Neubauten des Jahres 1997 entschieden sich im vergangenen Berichtsjahr 2 362 Bauherren (+1 %) für diesen Gebäudetyp.

Während bei Eigenheimen die Baugenehmigungen – nach bereits sehr gutem Vorjahresergebnis (10 792 Wohngebäude) – nochmals um 6,6 % auf insgesamt 11 503 Gebäude gestiegen sind, zeigt sich beim Mietwohnungsbau logischerweise eine gegenläufige Entwicklung.

An den veranschlagten Baukosten für Wohnbauten ist ablesbar, wie stark sich die Bautätigkeit des Jahres 1998 zugunsten des Eigenheimsektors verschoben hat. Für neue Eigenheime waren Baukosten von insgesamt gut 4,6 Mrd. DM vorgesehen (+8 %), die Investitionen in Mietwohnungen bezifferten sich auf rund 1,2 Mrd. DM (-18,6 %).

Von den gut 5,8 Mrd. DM kalkulierten Baukosten im Wohnbau (ohne Wohnheime) entfielen 59 % auf Einfamilienhäuser, 21 % auf Zweifamilienhäuser und 20 % auf Geschosswohnbauten. hes

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Rheinland-Pfalz

– Neue Form der Auswertung von Verflechtungen zwischen Wohn- und Arbeitsorten –

Für die Erfassung und Darstellung von Entwicklungen am Arbeitsmarkt stellt die von der Bundesanstalt für Arbeit geführte Datei der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine der wichtigsten Datenquellen dar. In ihr sind alle Beschäftigten erfasst, die krankenversicherungspflichtig, rentenversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Arbeitslosenversicherung sind. Auswertungen aus der Beschäftigtendatei der Bundesanstalt für Arbeit werden zum einen durch die Arbeitsverwaltung für Zwecke der Arbeitsmarktbeobachtung vorgenommen, zum anderen werden Daten an die statistischen Ämter des Bundes und der Länder übermittelt, die dadurch in die Lage versetzt werden, Ergebnisse für Zwecke der Erwerbstätigenrechnung und für Untersuchungen der kleinräumigen Beschäftigungsstruktur zu ermitteln.

Seit etwa Mitte der siebziger Jahre liegen Ergebnisse der Beschäftigtenstatistik in den statistischen Ämtern vor, und zwar bezogen auf den Arbeitsort der sozialversicherungspflichtigen Arbeiter und Angestellten. Die dieser Statistik zugrunde liegenden Meldungen der einzelnen Betriebe erschweren wegen der notwendigen Geheimhaltung in einem kleinräumig strukturierten Bundesland wie Rheinland-Pfalz die Darstellung der Daten in regional tiefer Gliederung. Seit 1996 sind auch die Ergebnisse der Beschäftigtenstatistik auf den Wohnort bezogen verfügbar. Da hier Rückschlüsse auf die meldenden Betriebe weniger leicht zu ziehen sind, eignen sich wohnortbezogene Daten besser für eine kleinräumige Darstellung der Ergebnisse in einem Flächenland mit vielen kleinen Gemeinden¹⁾.

Das Vorliegen von Beschäftigtendaten nach dem Arbeitsort und nach dem Wohnort ermöglicht Untersuchungen über Arbeitnehmer, bei denen Arbeits- und Wohnort in unterschiedlichen Gebietseinheiten liegen.

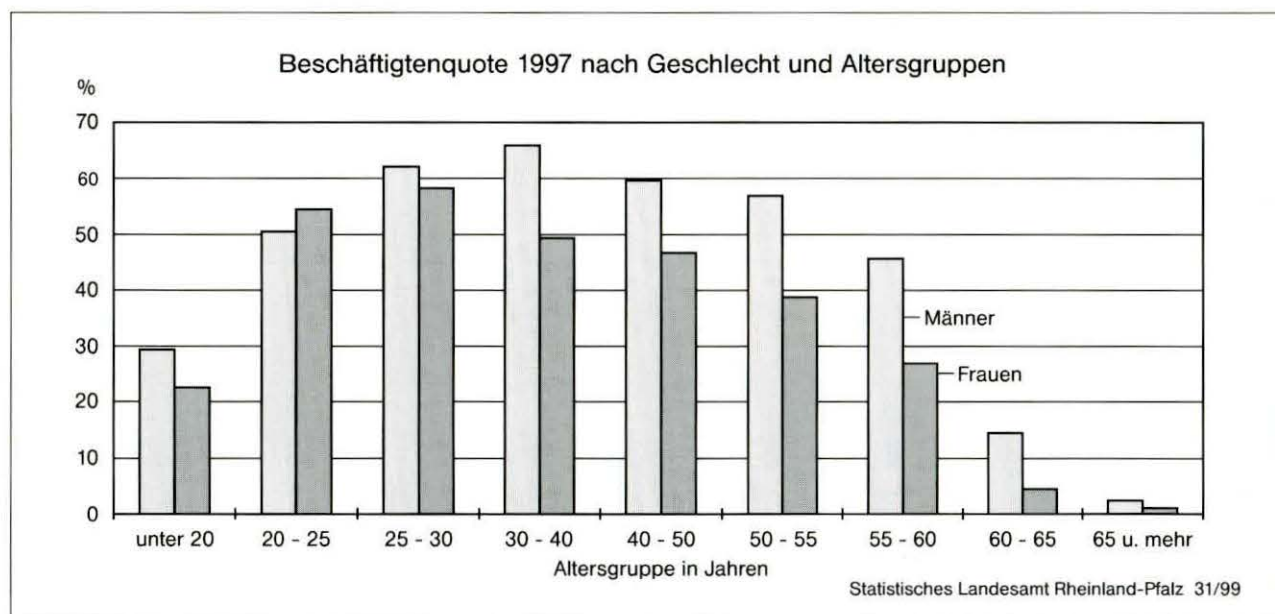
Dieser Personenkreis wird häufig vereinfachend unter dem Begriff „Pendler“ dargestellt. Dies kann allerdings nur insoweit akzeptiert werden, als der Betrachter sich darüber im Klaren ist, dass es sich hier nicht um eine begriffliche Identität mit dem bei den Volkszählungen der früheren Jahre verwendeten „Tagespendler“ handelt, sondern nur um Beschäftigte, bei denen die in der Beschäftigtendatei registrierte Wohngemeinde von der Sitzgemeinde des meldenden Betriebes, in einigen Fällen sicherlich auch nur zeitlich befristet, abweicht. Inzwischen hat das Statistische Landesamt diese Daten in einer Form aufbereitet, die schnelle und aussagefähige Ergebnisse bezüglich der räumlichen Verflechtungen zwischen Wohn- und Arbeitsort zulässt.

Beschäftigte am Wohnort und ihr Anteil an der Bevölkerung

Am 30. Juni 1997 hatten in Rheinland-Pfalz rund 1,263 Mill. sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihren Wohnsitz. Davon waren fast 727 800 Männer (57,6 %) und knapp 535 200 Frauen. Daraus errechnete sich für die Gesamtbevölkerung eine Beschäftigtenquote von 31,7 %. Für die männliche Bevölkerung belief sich dieser Anteil auf 37,1 %, für die weibliche auf 26,2 %. Diese Quoten sind allerdings wenig aussagefähig, da hierbei der Altersaufbau der Bevölkerung keine Berücksichtigung findet. Es bietet sich deshalb an, die Zahl der Beschäftigten in Beziehung zu der gleichaltrigen Bevölkerung zu setzen. Wegen der offenen Altersgruppen in der Beschäftigtenstatistik (unter 20 Jahre bzw. 65 und mehr Jahre) geschieht dies vereinfachend unter Heranziehung der Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 70 Jahren. Es errechnet sich dabei für 1997 eine Beschäftigtenquote der Männer von 49,5 % und der Frauen von 37,7 %.

Auf die verschiedenen Altersgruppen aufgeteilt werden deutliche Unterschiede sichtbar. Zu den Beschäftigten zählten Ende Juni 1997 knapp 66 % der Männer

1) Dazu auch: Kollmar, Helmut: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer – Darstellungsmöglichkeiten in regionaler und fachlicher Tiefengliederung –, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 5/1998, S. 89 ff.



im Alter zwischen 30 und 40 Jahren. Einen Anteil von rund 62 % hatten die männlichen Beschäftigten im Alter von 25 bis 30 Jahren an der gleichaltrigen Bevölkerung. Auch bei den 50- bis 55-jährigen ergab sich noch eine Quote von 57 %. Dagegen zählten von den 55 bis 60 Jahre alten Männern nicht mehr ganz 46 % zu den Beschäftigten. Bei den 60- bis 65-jährigen lag der Anteil mit 14,5 % bereits auf einem sehr niedrigen Niveau. Die Frauen hatten im Gegensatz zu den Männern 1997 mit über 58 % ihre höchste Beschäftigtenquote bei den 25- bis 30-jährigen. Der zweithöchste Anteil (54,5 %) wurde bei den Frauen in der Altersgruppe 20 bis 25 Jahre registriert. Die Altersgruppe zwischen 30 und 40 Jahren, die bei den Männern mit fast 66 % am stärksten besetzt war, hatte bei den Frauen einen Anteil von unter 50 %. Von den 60- bis 65-jährigen Frauen gehörten nur noch 4,5 % zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Bei der folgenden regionalisierten Darstellung muss aus Vereinfachungsgründen, trotz der vorher gemachten Einschränkungen, auf die einfache Beschäftigtenquote (d. h. Beschäftigte gemessen an der Gesamtbevölkerung) zurückgegriffen werden.

Die durchschnittliche Beschäftigtenquote der Gesamtbevölkerung des Landes von 31,7 % variierte bei den einzelnen Gemeinden deutlich, da die 2305 Gemeinden von ihrer Bevölkerungszahl und -struktur her sehr unterschiedlich sind. Die Bandbreite reichte von weniger als 10 % bis zu mehr als 50 % Anteil der Beschäftigten an der Bevölkerung.

Gut 9 % aller rheinland-pfälzischen Gemeinden hatten am Stichtag eine Beschäftigtenquote von unter 25 %. Über 26 % der Gemeinden hatten einen Anteil der Beschäftigten an der Bevölkerung von 25 bis 30 %. Eine Beschäftigtenquote zwischen 30 und 32 %, in diese Gruppe fiel auch der Landesdurchschnitt von 31,7 %, hatten mehr als 21 % der Gemeinden des Landes. Fast 28 % aller Gemeinden lagen mit ihrem Anteil in der Gruppe von 32 bis 35 %.

Im Durchschnitt haben kleine Gemeinden eine niedrigere Beschäftigtenquote als Gemeinden mit einer höheren Einwohnerzahl. Hauptgrund dafür dürfte der höhere Anteil der in der Landwirtschaft als Selbständige beschäftigten Menschen sein. Fast 70 % der Gemeinden des Landes hatten Ende Juni 1997 weniger als 1000 Einwohner. Auf sie entfielen nur 16,6 % aller in Rheinland-Pfalz wohnenden sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Für diese Gruppe errechnete sich eine Beschäftigtenquote von 31,1 %. Mit 31,2 und 31,6 % nur geringfügig höher waren die Anteile bei den Gemeinden mit 50000 und

**Gemeinden, Bevölkerung und Beschäftigte
am Wohnort 1997 nach Größenklassen
der Beschäftigtenquote**

Beschäftigtenquote ¹⁾ in %	Gemeinden	Bevölkerung	Beschäftigte am Wohnort
Anzahl			
unter 25	209	64 443	14 140
25 - 30	604	1 007 658	287 815
30 - 32	493	944 654	291 343
32 - 35	639	1 544 601	513 768
35 - 40	332	432 725	157 653
40 - 45	23	15 144	6 153
45 und mehr	5	528	288
Insgesamt	2 305	4 009 753	1 271 160
Anteil in %			
unter 25	9,1	1,6	1,1
25 - 30	26,2	25,1	22,6
30 - 32	21,4	23,6	22,9
32 - 35	27,7	38,5	40,4
35 - 40	14,4	10,8	12,4
40 - 45	1,0	0,4	0,5
45 und mehr	0,2	0,0	0,0
Insgesamt	100	100	100

1) Anteil der Beschäftigten am Wohnort an der Gesamtbevölkerung.

Auspendler, Einpendler und Nicht-Pendler der Gemeinden 1997 nach Gemeindegrößenklassen

Gemeindegrößenklasse nach der Einwohnerzahl	Auspendler	Einpendler	Beschäftigte mit Wohnort = Arbeitsort	Auspendler- quote ¹⁾	Einpendler- quote ²⁾	Nicht-Pendler- quote ¹⁾
	Anzahl			%		
unter 1 000	196 094	48 310	15 009	92,9	76,3	7,1
1 000 – 5 000	303 272	144 639	54 206	84,8	72,7	15,2
5 000 – 10 000	124 126	123 278	52 322	70,3	70,2	29,7
10 000 – 20 000	74 424	83 553	41 122	64,4	67,0	35,6
20 000 – 50 000	65 296	103 071	75 319	46,4	57,8	53,6
50 000 und mehr	91 433	238 208	178 537	33,9	57,2	66,1
Insgesamt	854 645	741 059	416 515	67,2	64,0	32,8

1) Bezogen auf Beschäftigte am Wohnort. – 2) Bezogen auf Beschäftigte am Arbeitsort.

mehr bzw. 20 000 bis 50 000 Einwohnern (zusammen weniger als 1 % aller Gemeinden), bei denen die nicht der Sozialversicherungspflicht unterliegenden Personenkreise der Selbständigen (z. B. Handwerker, Angehörige freier Berufe), Beamten und geringfügig Beschäftigten zahlenmäßig eine größere Rolle spielen als in kleineren Gemeinden. Zum Teil über 32 % lagen die Beschäftigtenquoten in den Gemeinden der Größenklassen zwischen 1 000 und 20 000 Einwohner. In diesen insgesamt 676 Gemeinden, das sind gut 29 % aller Gemeinden von Rheinland-Pfalz, wohnten rund 51 % der im Lande lebenden Beschäftigten.

Pendlerquoten der Gemeinden

Die Darstellung von Ergebnissen aus der Beschäftigtenstatistik für ein Flächenland wie Rheinland-Pfalz mit einer Vielzahl kleiner und kleinster Gemeinden ist nicht zuletzt wegen der bereits erwähnten Geheimhaltungsproblematik schwierig. Darüber hinaus spiegelt die Darstellung von Durchschnittswerten für Gemeindegrößenklassen die Streubreite innerhalb der Klassen nur unzureichend wieder.

Die Beschäftigtenquote, als Anteil der Beschäftigten nach dem Wohnort an der Bevölkerung, zeigt nur eine relativ geringe Streuung zwischen den Gemeindegrößenklassen, da die Bevölkerungsverteilung und die Verteilung der Beschäftigten nach dem Wohnort, abgesehen von einigen extremen Fällen, weitgehend gleichmä-

ßig ist. Ganz anders ist die Lage bei einer Betrachtung der Beschäftigten nach dem Arbeitsort, da hier die Vielzahl kleiner Gemeinden keine oder nur wenige Arbeitsstätten hat. Beschäftigungsmöglichkeiten bestehen hauptsächlich in mittleren und größeren Kommunen. So wohnten 1997 in den Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern zwar rund 17 % der Landesbevölkerung, aber nur 5,5 % aller in Rheinland-Pfalz arbeitenden Beschäftigten hatten in einer dieser Gemeinden ihre Betriebsstätte. Den knapp 28 % der Bevölkerung, die in Gemeinden mit 1 000 bis 5 000 Einwohnern lebten, standen nur rund 17 % der Beschäftigten, die dort arbeiteten, gegenüber. Gut ein Viertel der im Land beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hatten ihren Arbeitsplatz in einer Gemeinde, in der die Bevölkerungszahl zwischen 5 000 und 20 000 lag. Der Anteil dieser Gruppe an der Gesamtbevölkerung betrug nicht ganz 23 %. Mehr als die Hälfte der sozialversicherungspflichtigen Arbeiter und Angestellten gingen ihrer Beschäftigung in einer der 21 Gemeinden mit über 20 000 Einwohnern nach, während dort nur ein knappes Drittel der Rheinland-Pfälzer ihren Wohnsitz hatten.

Dieses Auseinanderfallen von Arbeitsort und Wohnort bedeutet, dass eine große Zahl der Beschäftigten täglich ihre Wohngemeinde verlassen muss, um in einer anderen Gemeinde ihrer Arbeit nachzugehen. Wegen der in kleinen Gemeinden nur in geringer Zahl vorhandenen oder ganz fehlenden Arbeitsplätze muss dort ein besonders großer Teil der Beschäftigten pendeln. In den gut 1 600 Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwoh-

Gemeinden, Bevölkerung, Beschäftigte am Wohn- bzw. Arbeitsort sowie Beschäftigtenquote 1997 nach Gemeindegrößenklassen

Gemeindegrößenklasse nach der Einwohnerzahl	Gemeinden		Bevölkerung		Beschäftigte am Wohnort		Beschäftigte am Arbeitsort		Beschäftigten- quote ¹⁾
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
unter 1 000	1 608	69,8	678 000	16,9	211 103	16,6	63 319	5,5	31,1
1 000 – 5 000	571	24,8	1 110 516	27,7	357 478	28,1	198 845	17,2	32,2
5 000 – 10 000	80	3,5	552 959	13,8	176 448	13,9	175 600	15,2	31,9
10 000 – 20 000	25	1,1	357 611	8,9	115 546	9,1	124 675	10,8	32,3
20 000 – 50 000	13	0,6	445 598	11,1	140 615	11,1	178 390	15,4	31,6
50 000 und mehr	8	0,3	865 069	21,6	269 970	21,2	416 745	36,0	31,2
Insgesamt	2 305	100	4 009 753	100	1 271 160	100	1 157 574	100	31,7

1) Anteil der Beschäftigten am Wohnort an der Gesamtbevölkerung.

nen lebten Ende Juni 1997 rund 211 100 oder 16,6 % aller Beschäftigten. Fast 93 % von ihnen bzw. knapp 196 100 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hatten ihren Arbeitsplatz in einer anderen Gemeinde. Damit wohnten fast 23 % aller Auspendler des Landes in einer Kommune dieser Größenklasse. Die Auspendlerquote, d. h. der Anteil der Auspendler an den in der jeweiligen Gemeinde beheimateten Beschäftigten, lag bei Gemeinden der Größenklasse 1 000 bis 5 000 Einwohner mit nicht ganz 85 % ebenfalls sehr hoch. Auch in der nächsten Gruppe (5 000 bis 10 000 Einwohner) mussten noch mehr als 70 % der sozialversicherungspflichtigen Arbeiter und Angestellten zur Arbeit in eine andere Gemeinde pendeln.

Mit zunehmender Bevölkerungszahl sind in Gemeinden und Städten mehr Arbeitsplätze vorhanden, so dass bei den dort wohnenden Beschäftigten Wohn- und Arbeitsort häufiger zusammenfallen. So arbeiteten von den knapp 270 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die in den acht Städten von Rheinland-Pfalz mit einer Bevölkerungszahl von mehr als 50 000 zu Hause waren, knapp zwei Drittel auch in ihrer Wohngemeinde. Nur gut ein Drittel von ihnen, das waren rund 91 400 Menschen, hatten ihren Arbeitsplatz in einer anderen Gemeinde. Diesen Auspendlern standen 238 200 Einpendler gegenüber, die ihren Arbeitsplatz in einer dieser acht Kommunen hatten, aber außerhalb wohnten. Damit wurden gut 57 % der dortigen Arbeitsplätze von auswärts wohnenden Beschäftigten besetzt; dies unterstreicht die Bedeutung dieser Städte für den Arbeitsmarkt.

Eine weit höhere Einpendlerquote weisen allerdings kleine Gemeinden auf. Mehr als drei Viertel der relativ wenigen Arbeitsplätze in Gemeinden mit unter 1 000 Einwohnern müssen von Beschäftigten aus anderen Gemeinden besetzt werden. Der Hauptgrund für diese eigentlich nicht zu erwartende Tatsache liegt vielfach darin, dass die in der jeweiligen Gemeinde wohnenden Beschäftigten zahlenmäßig nicht ausreichen, den dort in einigen Fällen auftretenden erhöhten Arbeitskräftebedarf, z. B. durch die Ansiedlung eines größeren Unternehmens, abzudecken.

Eine Gruppierung der 2 305 Gemeinden und Städte von Rheinland-Pfalz nach der Auspendlerquote ergab für 1997, dass in 231 Gemeinden alle dort wohnenden Beschäftigten pendeln mussten. In 698 Gemeinden errechnete sich eine Quote, die zwischen 95 und weniger als 100 % lag. Auf diese Größenklasse entfielen

allerdings nur 8,9 % aller Beschäftigten. Bei 1 100 Gemeinden zählten zwischen 80 und 95 % der dort lebenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu den Auspendlern. In nur 33 Gemeinden hatten weniger als die Hälfte der dort wohnenden sozialversicherungspflichtigen Arbeiter und Angestellten einen Arbeitsplatz, der nicht in der gleichen Gemeinde lag. Dabei handelte es sich vor allem um die großen Städte. In diesen relativ wenigen Gemeinden lebten allerdings 30,8 % der Landesbevölkerung und 30,1 % der rheinland-pfälzischen Beschäftigten.

Größere Regionaleinheiten reduzieren Darstellungsprobleme

Probleme der Geheimhaltung und die Vergleichbarkeit mit Gebietseinheiten anderer Bundesländer bezüglich der Beschäftigten nach dem Arbeitsort und der Pendlerbewegung lassen für Rheinland-Pfalz den Vergleich zwischen größeren Regionaleinheiten geraten erscheinen. Dazu gehören die 12 kreisfreien Städte und die 37 verbandsfreien Gemeinden und Städte. An die Stelle der 2 256 verbandsangehörigen Ortsgemeinden können bei einer regionalisierten Darstellung die 163 Verbandsgemeinden des Landes treten. Dabei muss allerdings beachtet werden, dass Daten über Aus- und Einpendler ebenso wie Ergebnisse über Beschäftigte, bei denen Wohn- und Arbeitsort gleich ist, immer von der jeweiligen Einzelgemeinde aus gesehen werden. Dadurch müssen bei einer Verbandsgemeinde unterschiedliche Gruppen von Auspendlern unterschieden werden. Zum einen sind das Auspendler, die zwar ihre Wohngemeinde verlassen müssen, aber doch innerhalb der gleichen Verbandsgemeinde arbeiten, zum anderen Beschäftigte, bei denen die Arbeitsstelle außerhalb der Verbandsgemeinde liegt, in der sie wohnen.

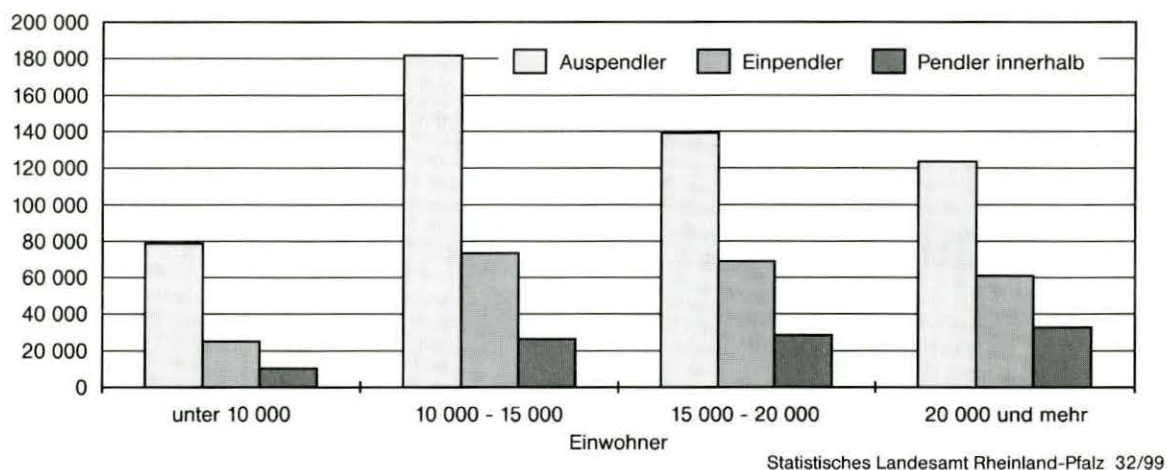
Im Folgenden wird für die Verbandsgemeinden ein kurzer Überblick zu diesen unterschiedlichen Ergebnissen gegeben. Der Vollständigkeit halber schließt sich eine Darstellung für die verbandsfreien Gemeinden und die kreisfreien Städte an. Für die Darstellung nach Größenklassen gilt auch hier, dass Durchschnittswerte die Streubreite innerhalb der Klassen nicht erkennen lassen.

In den 163 Verbandsgemeinden des Landes lebten Ende Juni 1997 fast 744 700 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Von diesen wohnten und arbeiteten rund 123 500 oder 16,6 % in der gleichen Ortsge-

Verbandsgemeinden, Bevölkerung sowie Beschäftigte am Wohn- bzw. Arbeitsort 1997
nach Größenklassen der Verbandsgemeinden

Verbandsgemeinde- größenklasse nach der Einwohnerzahl	Verbandsgemeinden		Bevölkerung		Beschäftigte am Wohnort		Beschäftigte am Arbeitsort	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
unter 10 000	39	23,9	339 147	14,5	104 552	14,0	50 831	11,3
10 000 – 15 000	63	38,7	782 515	33,4	249 537	33,5	141 161	31,4
15 000 – 20 000	37	22,7	633 316	27,0	202 592	27,2	132 671	29,5
20 000 und mehr	24	14,7	589 738	25,2	187 974	25,2	125 396	27,9
Insgesamt	163	100	2 344 716	100	744 655	100	450 059	100

Aus- und Einpendler über die Grenzen sowie Pendler innerhalb der Verbandsgemeinde 1997 nach Größenklassen der Verbandsgemeinden



meinde, nicht ganz 621 200 hatten ihren Arbeitsplatz außerhalb der Wohngemeinde. Von diesen Auspendlern fanden 15,8 % oder gut 97 900 eine Beschäftigung in der gleichen Verbandsgemeinde. Die übrigen 523 200 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mussten ihre Verbandsgemeinde verlassen, um zur täglichen Arbeit zu kommen. Die durchschnittliche Auspendlerquote lag, von den Ortsgemeinden aus gesehen, bei 83,4 %, auf die Verbandsgemeindengrenzen bezogen allerdings nur bei 70,3 %. Teilt man die Verbandsgemeinden nach der Bevölkerungszahl in Größenklassen ein, nimmt der Anteil der Beschäftigten, die außerhalb ihrer Verbandsgemeinde einen Arbeitsplatz haben, mit steigender Bevölkerungszahl kontinuierlich ab. So gingen 1997 in den 39 Verbandsgemeinden mit weniger

als 10 000 Einwohnern mehr als drei Viertel der dort wohnenden Beschäftigten einer Arbeit außerhalb dieser Regionaleinheit nach. In der Größenklasse zwischen 10 000 und 15 000 Einwohnern lag dieser Anteil bei knapp 73 %. Beschäftigte in Verbandsgemeinden mit einer Bevölkerungszahl von 15 000 bis 20 000 hatten eine Auspendlerquote von 68,6 %. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der noch größeren Verbandsgemeinden mussten zu einem noch geringeren Anteil, nämlich zu 65,7 %, auf dem Weg zur Arbeit die Grenzen ihrer Verbandsgemeinde überschreiten.

Die 163 Verbandsgemeinden des Landes boten am 30. Juni 1997 für weniger als 450 100 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Arbeitsplätze. Diese wurden

Aus- und Einpendler über die Grenzen der Einzelgemeinden und der Verbandsgemeinden sowie Nicht-Pendler 1997 nach Größenklassen der Verbandsgemeinden

Verbandsgemeinde- größenklasse nach der Einwohnerzahl	Auspender	Einpendler	Beschäftigte mit Wohnort = Arbeitsort ¹⁾	Auspender- quote ²⁾	Einpendler- quote ³⁾	Nicht-Pendler- quote ²⁾
	Anzahl			%		
Bezogen auf die Grenzen der Einzelgemeinden						
unter 10 000	89 213	35 492	15 339	85,3	69,8	14,7
10 000 – 15 000	208 265	99 889	41 272	83,5	70,8	16,5
15 000 – 20 000	167 534	97 613	35 058	82,7	73,6	17,3
20 000 und mehr	156 154	93 576	31 820	83,1	74,6	16,9
Insgesamt	621 166	326 570	123 489	83,4	72,6	16,6
Bezogen auf die Grenzen der Verbandsgemeinden						
unter 10 000	78 814	25 093	10 399	75,4	49,4	9,9
10 000 – 15 000	181 825	73 449	26 440	72,9	52,0	10,6
15 000 – 20 000	139 063	69 142	28 471	68,6	52,1	14,1
20 000 und mehr	123 532	60 954	32 622	65,7	48,6	17,4
Insgesamt	523 234	228 638	97 932	70,3	50,8	13,2

1) Bezogen auf die Grenzen der Verbandsgemeinden: nur Fälle, bei denen der Arbeitsort zwar außerhalb der jeweiligen Einzelgemeinde, aber innerhalb der gleichen Verbandsgemeinde liegt. - 2) Bezogen auf Beschäftigte am Wohnort. - 3) Bezogen auf Beschäftigte am Arbeitsort.

zu fast der Hälfte (49,2 %) von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern besetzt, die Wohn- und Arbeitsort in der gleichen Verbandsgemeinde hatten. Die durchschnittliche Einpendlerquote aller Verbandsgemeinden, bezogen auf deren jeweilige Grenzen, betrug demnach 50,8 %. Unter diesem Durchschnittswert lag die Quote mit 49,4 % bei Verbandsgemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern, da in kleineren Gebieten das Arbeitsplatzangebot relativ gering ist. Größere Verbandsgemeinden boten bereits eine deutlich höhere Zahl von Arbeitsplätzen. So kamen in Gebieten mit 10 000 bis 15 000 und 15 000 bis 20 000 Einwohnern bereits 52 % aller dort arbeitenden Beschäftigten von außerhalb der jeweiligen Verbandsgemeinde. Bei noch größeren Gebietseinheiten ging die Einpendlerquote wieder auf unter 49 % zurück, da hier das Arbeitsplatzangebot häufiger von Pendlern aus der gleichen Verbandsgemeinde genutzt wurde.

In den 37 Gemeinden des Landes, die keiner Verbandsgemeinde angeschlossen sind, wohnten 1997 insgesamt 208 700 Beschäftigte, von denen 89 200 oder 42,7 % auch in ihrer Wohngemeinde arbeiteten. Rund 119 500 mussten täglich auf dem Weg zur Arbeitsstelle die Gemeindegrenze überschreiten. Diesen standen gut 140 400 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegenüber, die von draußen kamen, um einen der gut 229 600 in diesen Gemeinden vorhandenen Arbeitsplätze aufzusuchen. Auch bei diesen Gebieten zeigte sich sowohl für die Auspendler- als auch für die Einpendlerquoten eine Abhängigkeit von der Bevölkerungszahl. So betrug die Auspendlerquote in verbandsfreien Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern mehr als 76 % und nahm mit steigender Gemeindegröße

laufend ab, bis sie bei den Städten mit einer Bevölkerungszahl von 25 000 und mehr ihr Minimum mit etwas über 39 % erreichte. Die Einpendlerquoten nahmen von 66,5 % in der erstgenannten Größenklasse auf 55,4 % in der Gruppe mit 25 000 und mehr Einwohnern ab.

In den 12 kreisfreien Städten wohnten 1997 rund 317 800 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, von denen 203 800 oder 64,1 % auch in der gleichen Gemeinde arbeiteten. Knapp 114 000 bzw. 35,9 % arbeiteten in einer anderen Gemeinde des Landes oder in einem anderen Bundesland. Die in diesen Städten angebotenen 477 900 Arbeitsplätze wurden zu mehr als 57 % von einpendelnden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern besetzt. Die Auspendlerquote nahm auch hier mit steigender Gemeindegröße ab. So fanden in fünf kreisfreien Städte, deren Bevölkerungszahl unter 50 000 Einwohnern lag, knapp 56 % der dort wohnenden Beschäftigten auch einen Arbeitsplatz in ihrer Heimatstadt. Bei den drei Gemeinden mit einer Bevölkerungszahl zwischen 50 000 und 100 000 war das bereits bei fast 64 % der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Fall. In den vier Großstädten von Rheinland-Pfalz lag der Anteil mit 67,4 % noch einmal deutlich höher.

Darstellung der Verflechtungen zwischen Wohn- und Arbeitsorten erweitert

Von großer Bedeutung sind für viele Untersuchungen die bisher nicht dargestellten Verflechtungen zwischen Gebieten, die so genannten „Pendlerströme“. Nach ersten Darstellungen auf der Ebene von kreisfreien Städten und Landkreisen anhand der Daten von 1996²⁾ hat das Statistische Landesamt zwischenzeitlich, analog zu den Pendlerstromdateien der Volkszählungen 1970 und 1987, in seinem Landesinformationssystem (LIS) eine Datei aufgebaut, mit der die Verflechtungen

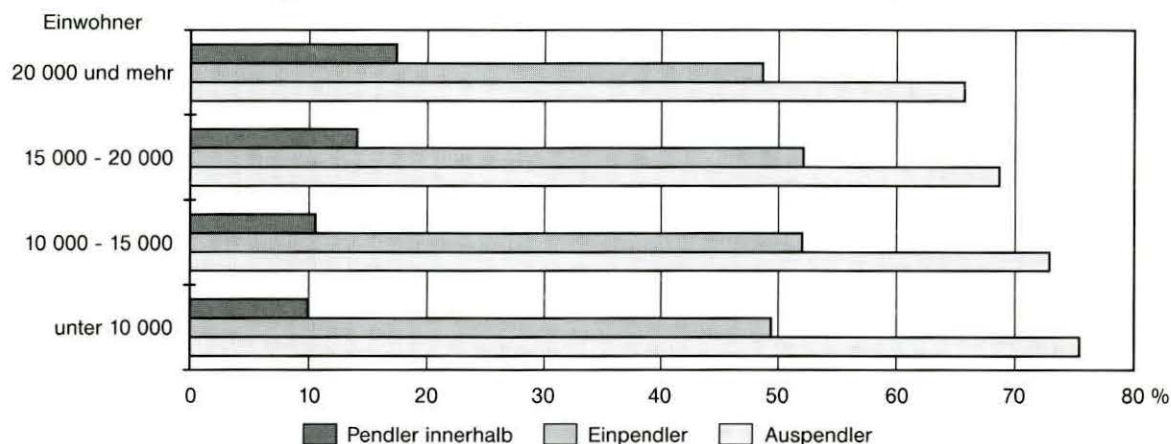
2) Dazu: Kollmar, Helmut: Zusammenhänge zwischen Wohn- und Arbeitsort bei den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern – Neue Auswertungsmöglichkeiten der Beschäftigtenstatistik -, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 10/1997, S. 222 ff.

Auspendler, Einpendler und Nicht-Pendler der kreisfreien Städte und verbandsfreien Gemeinden 1997 nach Gemeindegrößenklassen

Gemeindegrößenklasse nach der Einwohnerzahl	Auspendler	Einpendler	Beschäftigte mit Wohnort = Arbeitsort	Auspendler- quote ¹⁾	Einpendler- quote ²⁾	Nicht-Pendler- quote ¹⁾
	Anzahl			%		
Kreisfreie Städte						
unter 50 000	30 764	48 321	39 018	44,1	55,3	55,9
50 000 – 100 000	24 680	45 037	43 551	36,2	50,8	63,8
100 000 und mehr	58 549	180 711	121 247	32,6	59,8	67,4
Insgesamt	113 993	274 069	203 816	35,9	57,4	64,1
Verbandsfreie Gemeinden						
unter 10 000	17 475	10 705	5 403	76,4	66,5	23,6
10 000 – 15 000	21 668	16 290	8 775	71,2	65,0	28,8
15 000 – 20 000	37 607	46 215	24 992	60,1	64,9	39,9
20 000 – 25 000	18 206	20 068	12 085	60,1	62,4	39,9
25 000 und mehr	24 530	47 142	37 955	39,3	55,4	60,7
Insgesamt	119 486	140 420	89 210	57,3	61,2	42,7

1) Bezogen auf Beschäftigte am Wohnort. – 2) Bezogen auf Beschäftigte am Arbeitsort.

Quoten der Aus- und Einpendler über die Grenzen sowie der Pendler innerhalb der Verbandsgemeinden 1997 nach Größenklassen der Verbandsgemeinden



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 33/99

zwischen Wohn- und Arbeitsort für die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ermittelt und dargestellt werden können. Wegen der bereits mehrfach erwähnten Geheimhaltungsproblematik ist die Auswertung dieser Daten im Allgemeinen auf die Regionalebene Rheinland-Pfalz, Landkreise, kreisfreie Städte, verbandsfreie Gemeinden und Verbandsgemeinden beschränkt. Die Darstellung für Ortsgemeinden, verstanden als Teil einer Verbandsgemeinde, bleibt bei den regulären Auswertungen aus dem Landesinformationssystem außer Betracht, ist aber in zu prüfenden Einzelfällen möglich, da grundsätzlich alle Daten auf der Gemeindeebene in der Datei eingelagert sind. Alle zulässigen Auswertungen können vom Wohnort ausgehend die „Auspendlerströme“ und vom Arbeitsort ausgehend die „Einpendlerströme“ darstellen. Dabei kann eine Abschneidegrenze, unter der Pendlerströme nicht getrennt für ein bestimmtes Gebiet nachgewiesen werden, flexibel angegeben werden. Als Zielgebiete von „Auspendlerströmen“ bzw. Herkunftsgebiete von „Einpendlerströmen“ können innerhalb des Landes Landkreise, kreisfreie Städte, verbandsfreie Gemeinden und Verbandsgemeinden gewählt werden. Bei den die Landesgrenze überschreitenden Strömen sind als Gebiete andere Bundesländer oder deren kreisfreie Städte und Landkreise wählbar. Ströme über die nationalen Grenzen hinweg sind nur als Einpendler darstellbar, da die Erfassung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Sitz des Betriebes, in diesem Fall speziell in Rheinland-Pfalz, nicht aber am Wohnort wie bei einer Volkszählung ansetzt, so dass Rheinland-Pfälzer, die z. B. in Frankreich oder Luxemburg arbeiten, nicht nachweisbar sind.

Die beispielhaft gezeigten Auswertungen für den Rhein-Lahn-Kreis, die verbandsfreie Gemeinde Lahnstein und die Verbandsgemeinde Bad Ems sind zum einen aus der Sicht des Wohnortes und zum anderen aus dem Blickwinkel des Arbeitsortes erstellt. Es ist dabei wichtig zu erwähnen, dass bei der Darstellung von zusammengefassten Gebietseinheiten erst durch die

Berücksichtigung der Position „Pendler innerhalb des Gebietes“ beim Nachweis nach Ziel- oder Herkunftsgebieten die Beschäftigten ermittelt werden können, bei denen im Falle von Auspendlern der Arbeitsort oder bei Einpendlern der Wohnort außerhalb des jeweiligen Gebietes (z. B. Landkreis, Verbandsgemeinde) liegen.

Am Beispiel des Rhein-Lahn-Kreises kann gezeigt werden, dass Ende Juni 1997 von den rund 32 140 Beschäftigten, die ihre Gemeinde verlassen mussten, um zum Arbeitsplatz zu gelangen, knapp 12 810 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einer anderen Gemeinde dieses Kreises arbeiteten, während 19 330 die Arbeitsstelle in einer kreisfreien Stadt oder einem anderen Landkreis von Rheinland-Pfalz bzw. einem anderen Bundesland hatten. Der mit fast 4 880 Beschäftigten größte Pendlerstrom ging in das Oberzentrum Koblenz, aber auch die hessische Landeshauptstadt Wiesbaden (2 000) sowie der Rheingau-Taunus-Kreis (2 430) und der Landkreis Limburg-Weilburg (3 030), beide ebenfalls in Hessen gelegen, waren wichtige Arbeitsorte der Kreisbewohner. Sogar die Bankenmetropole Frankfurt am Main stand mit gut 1 360 Beschäftigten als Ziel noch vor dem hinter Koblenz nächst größeren rheinland-pfälzischen Gebiet, dem Westerwaldkreis, in dem rund 1 210 Bewohner des Rhein-Lahn-Kreises ihre Arbeitsstelle hatten. Den Rhein-Lahn-Kreis als Ziel hatten nicht ganz 6 340 Beschäftigte, die außerhalb beheimatet waren. Mit rund 1 420 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern stand der Westerwaldkreis an erster Stelle der Herkunftsgebiete, gefolgt von 1 300 Beschäftigten, die im hessischen Landkreis Limburg-Weilburg wohnten und im Rhein-Lahn-Kreis arbeiteten. An dritter Stelle standen mit gut 1 110 die Einpendler aus Koblenz.

Die Ergebnisse für die Stadt Lahnstein lassen sich einfacher darstellen, da es sich hier um eine Einzelgemeinde handelt. Den rund 3 620 Auspendlern standen mehr als 3 330 Einpendler gegenüber. In der vorliegenden Darstellung sind auch hier, wie in allen Verflechtungstabellen, die Beschäftigten nicht berücksichtigt,

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Einpendler und Auspendler 1997 nach Arbeits- und Wohnort

Arbeitsort / Wohnort Schlüssel / Gebiet		Ein- pendler ¹⁾	Wohnort / Arbeitsort Schlüssel / Gebiet		Aus- pendler ¹⁾
Arbeitsort in 141	Rhein-Lahn-Kreis	19 142	Wohnort in 141	Rhein-Lahn-Kreis	32 138
Wohnort in			Arbeitsort in		
111	Kfr St Koblenz	1 112	111	Kfr St Koblenz	4 875
137	LK Mayen-Koblenz	626	137	LK Mayen-Koblenz	728
138	LK Neuwied	175	138	LK Neuwied	330
140	Rhein-Hunsrück-Kreis	194	140	Rhein-Hunsrück-Kreis	250
143	Westerwaldkreis	1 421	143	Westerwaldkreis	1 209
	übrige Gebiete Rheinland-Pfalz	229	315	Kfr St Mainz	412
06439	Pendler innerhalb des Kreises	12 807	339	LK Mainz-Bingen	75
06533	Rheingau-Taunus-Kreis	411		übrige Gebiete Rheinland-Pfalz	295
	Limburg-Weilburg	1 299		Pendler innerhalb des Kreises	12 807
	übrige Kreise anderer Bundesländer	865	05111	Düsseldorf, Stadt	53
			05314	Bonn, Stadt	83
			05315	Köln, Stadt	163
			06411	Darmstadt, Stadt	116
			06412	Frankfurt/Main, Stadt	1 363
			06414	Wiesbaden, Landeshauptstadt	2 002
			06433	Groß-Gerau	209
			06434	Hochtaunuskreis	68
			06436	Main-Taunus-Kreis	325
			06438	Offenbach	98
			06439	Rheingau-Taunus-Kreis	2 432
			06533	Limburg-Weilburg	3 032
				übrige Kreise anderer Bundesländer	1 213
Arbeitsort in 14100075	Lahnstein	3 334	Wohnort in 14100075	Lahnstein	3 619
Wohnort in			Arbeitsort in		
11100000	Kfr St Koblenz	680	11100000	Kfr St Koblenz	2 046
13700203	Bendorf	31	13700003	Andernach	31
13702	VG Maifeld	39	13700203	Bendorf	34
13705	VG Rhens	48	13702	VG Maifeld	35
13706	VG Untermosel	58	13707	VG Vallendar	37
13707	VG Vallendar	74	13708	VG Weißenthurm	131
13708	VG Weißenthurm	76	13800045	Neuwied	102
13800045	Neuwied	54	14000501	Boppard	44
14000501	Boppard	40	14101	VG Bad Ems	207
14101	VG Bad Ems	429	14102	VG Braubach	95
14102	VG Braubach	619	14106	VG Nassau	52
14106	VG Nassau	139	14107	VG Nastätten	33
14107	VG Nastätten	241	14304	VG Montabaur	48
14108	VG Loreley	194	14310	VG Wirges	33
14303	VG Höhr-Grenzhausen	32	31500000	Kfr St Mainz	38
14304	VG Montabaur	111		übrige Gebiete Rheinland-Pfalz	263
	übrige Gebiete Rheinland-Pfalz	322	05314	Bonn, Stadt	34
	übrige Kreise anderer Bundesländer	147	05315	Köln, Stadt	50
			06412	Frankfurt/Main, Stadt	43
				übrige Kreise anderer Bundesländer	263
Arbeitsort in 14101	VG Bad Ems	3 123	Wohnort in 14101	VG Bad Ems	3 997
Wohnort in			Arbeitsort in		
11100000	Kfr St Koblenz	200	11100000	Kfr St Koblenz	1 040
13707	VG Vallendar	33	13708	VG Weißenthurm	59
14100075	Lahnstein	207	13800045	Neuwied	63
14102	VG Braubach	86	14100075	Lahnstein	429
14103	VG Diez	101	14102	VG Braubach	34
14105	VG Katzenelnbogen	44	14103	VG Diez	60
14106	VG Nassau	470	14106	VG Nassau	402
14107	VG Nastätten	132	14107	VG Nastätten	81
14108	VG Loreley	52	14303	VG Höhr-Grenzhausen	45
14303	VG Höhr-Grenzhausen	38	14304	VG Montabaur	196
14304	VG Montabaur	391	14310	VG Wirges	45
14310	VG Wirges	37		übrige Gebiete Rheinland-Pfalz	282
	übrige Gebiete Rheinland-Pfalz	309		Pendler innerhalb der	
	Pendler innerhalb der Verbands- gemeinde	871	05315	Verbandsgemeinde	871
	übrige Kreise anderer Bundesländer	151	06412	Köln, Stadt	38
			06414	Frankfurt/Main, Stadt	63
			06533	Wiesbaden, Landeshauptstadt	36
				Limburg-Weilburg	31
				übrige Kreise anderer Bundesländer	222

1) Abschnidegrenze beim Kreis 50, bei verbandsfreier Gemeinde und Verbandsgemeinde jeweils 30 Beschäftigte.

bei denen Wohn- und Arbeitsort in der gleichen Gemeinde liegen. Für Lahnstein waren dies 1997 weniger als 2 370 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Die Betrachtung der Zusammenhänge zwischen Wohnung und Arbeitsplatz der Beschäftigten am Beispiel der Verbandsgemeinde Bad Ems ist vergleichbar der Darstellung des Rhein-Lahn-Kreises. Auch hier müssen von der Gesamtzahl der Aus- oder Einpendler aller Ortsgemeinden die Beschäftigten abgesetzt werden, die ihren Arbeitsplatz innerhalb der Verbandsgemeinde selbst haben, um die über die Grenzen des Gebietes laufenden Ströme zu ermitteln. Nach den Ergebnissen von 1997 arbeiteten rund 870 Beschäftigte, die in einer der zur Verbandsgemeinde gehörenden Ortsgemeinden wohnten, zwar nicht in der Heimatgemeinde, aber doch in einer anderen Gemeinde des Verbandsgemeindegebietes. Knapp 3 130 Beschäftigte hatten ihren Arbeitsplatz außerhalb der Verbandsgemeinde. Hauptziele dieser Auspendler waren die Städte Koblenz (1 040) und Lahnstein (430) sowie die Verbandsgemeinde Nassau mit 400. In einem anderen Bundesland hatten 390 in der Verbandsgemeinde woh-

nende Beschäftigte ihre Arbeitsstelle. Als Pendlerziel war die Verbandsgemeinde Bad Ems für 2 250 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Interesse. Die größten Einpendlerströme kamen dabei aus den Verbandsgemeinden Nassau (470) und Montabaur (390), aber auch die Städte Lahnstein und Koblenz, mit jeweils rund 200 Beschäftigten, waren als Herkunftsgebiete der im Verbandsgemeindebereich arbeitenden sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von größerer Bedeutung.

Die Darstellungsmöglichkeiten für die Verflechtungen zwischen Wohn- und Arbeitsorten, wie sie die Auswertung der Beschäftigtenstatistik bietet, geben interessante Einblicke in die überregionalen Zusammenhänge und Abhängigkeiten am Arbeitsmarkt, sollten aber nicht vergessen lassen, dass dabei Daten für wichtige Personengruppen (Beamte, geringfügig Beschäftigte und Selbständige) fehlen und somit in den Ergebnissen keinen Niederschlag finden können.

Diplom-Volkswirt Helmut Kollmar

Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern

– Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 –

Die erste Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) in der Bundesrepublik Deutschland fand 1962/63 statt. Es sollten Daten über Einnahmen und Ausgaben aller Bevölkerungsgruppen gewonnen und Aussagen über deren wirtschaftliche und soziale Gesamtsituation ermöglicht werden. Die Erhebung wird in fünfjährigem Turnus durchgeführt; 1998 fand die Stichprobe zum achten Mal statt.

Methodische Änderungen

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe zählt zusammen mit den Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) zu den Wirtschaftsrechnungen der privaten Haushalte. Im Gegensatz zu den meisten anderen amtlichen Statistiken besteht bei diesen Erhebungen keine Auskunftspflicht; die Beteiligung der Haushalte erfolgt auf freiwilliger Basis. Um das System der Wirtschaftsrechnungen zu verbessern – gemeint sind hier insbesondere eine erhöhte Aktualität der Ergebnisse und die Entlastung der Buch führenden Haushalte – wurde das Konzept der beiden Erhebungen grundlegend verändert.

Bei der EVS wurde der Anschreibungszeitraum der Haushalte von zwölf Monaten auf ein Vierteljahr reduziert; den Haushalten wurde vorgegeben, in welchem Quartal des Jahres 1998 die Haushaltsbücher zu führen waren. Ebenso wie bei den vorherigen Erhebungen wurde mit Stand 1. Januar 1998 neben der laufenden Erhebung der Einnahmen und Ausgaben das Einführungsinterview durchgeführt; entfallen ist das bisherige Schlussinterview, dessen Fragen jedoch größtenteils in das Haushaltsbuch und das Einführungsinterview integriert wurden.

Das neue Erhebungskonzept der Laufenden Wirtschaftsrechnungen sieht auf der Basis der bestehenden Rechtsgrundlage ab dem Jahr 1999 ein Quartalspanel vor, das heißt, dass ein gleich bleibender Kreis von bundesweit insgesamt 6 000 privaten Haushalten – in Rheinland-Pfalz sind es 159 – in jedem Vierteljahr einen Monat lang über seine Einnahmen und Ausgaben berichtet. Dabei gibt es keine Begrenzung auf bestimmte Haushaltstypen. Die Haushalte von Selbständigen werden auf Grund der bestehenden Rechtsgrundlage nicht einbezogen.

Vorgegebener Quotenplan

Das für die EVS gewählte Verfahren der Quotenauswahl geht von der Annahme aus, dass eine Teilerhebung, die in einigen Merkmalen (Quotierungsmerkmalen) ein Miniaturbild der Gesamtheit ist, auch für andere

Merkmale die Verhältnisse der Gesamtheit unverzerrt widerspiegelt. Die Zusammensetzung der Teilerhebung wird durch Vorgabe von Quoten (Anteilswerte) für bestimmte Merkmale, die möglichst eng mit den zu erhebenden Merkmalen korreliert sein sollten, gesteuert.¹⁾ Vereinfacht gesagt sollen im Hinblick auf die sozio-ökonomischen Merkmale die an der EVS teilnehmenden Haushalte der Struktur aller Haushalte entsprechen. Für die Werbung der Haushalte wurde ein so genanntes „Erhebungssoll“ vorgegeben. Die Basis hierfür bildete der vorangegangene Mikrozensus. Auf Bundesebene lag die Vorgabe mit einem durchschnittlichen Auswahlatz von insgesamt 0,2% bei 73 890 Haushalten. Die Auswahlgesamtheit wurde in Schichten gegliedert, die sich aus der Kombination der Merkmale „Bundesland“, „Haushaltstyp“, „berufliche Stellung des Haupteinkommensbeziehers/der Haupteinkommensbezieherin“, „monatliches Haushaltsnettoeinkommen“ und „Erhebungsquartal“ ergaben.

Auf Rheinland-Pfalz entfielen nach der länderweisen Schichtung 3 719 Haushalte. Damit auch jede weitere Schicht entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung repräsentiert wird, war die weitere Verteilung auf die übrigen Schichten ebenso vorgegeben. Von insgesamt 86 Schichten mussten in Rheinland-Pfalz etliche zusammengelegt werden, da nicht genügend Haushalte in der Grundgesamtheit vorhanden waren. Auf Ein-Personen-Haushalte entfielen 17 Schichten mit 842 Haushalten (22,6%); so mussten zum Beispiel 105 alleinle-

Quotierungsmerkmale für die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998

1. Bundesland

2. Haushaltstyp

- Ein-Personen-Haushalte
- Ehepaare/Lebensgemeinschaften ohne Kinder
- Alleinerziehende mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren
- Ehepaare/Lebensgemeinschaften mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren, höchstens ein Partner erwerbstätig
- Ehepaare/Lebensgemeinschaften mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren, beide Partner erwerbstätig
- Sonstige Haushalte

3. Stellung im Beruf des Haupteinkommensbeziehers bzw. der Haupteinkommensbezieherin

- Selbständige/Landwirte
- Beamte/Beamtinnen
- Angestellte
- Arbeiter/Arbeiterinnen
- Rentner/Rentnerinnen
- Sonstige Nichterwerbstätige

4. Monatliches Haushaltsnettoeinkommen

- unter 1 400 DM
- 1 400 DM bis unter 2 500 DM
- 2 500 DM bis unter 5 000 DM
- 5 000 DM bis unter 7 000 DM
- über 7 000 DM

5. Erhebungsquartal

1) Siehe hierzu: Krug, Nourney, Schmidt: Wirtschafts- und Sozialstatistik; München/Wien 1994, S. 54 f.

bende Rentner mit einem Einkommen von 1 400 bis 2 500 DM gesucht werden. Ehepaare bzw. Lebenspartnerschaften ohne Kinder brachten es auf 21 Schichten mit 1 029 Haushalten (27,7 %); 5 Schichten waren für Alleinerziehende (134 Haushalte; 3,6 %) vorgesehen. Etwa jeder vierte Haushalt (937; 25,2 %) fiel in die 25 Schichten der Ehepaare bzw. Lebenspartnerschaften mit Kindern. Die sonstigen Haushalte (777; 20,9 %) umfassten 18 Schichten. Für die Zahl der Haushalte von Landwirten und Ausländern war eine Zielgröße von 79 bzw. 237 vorgegeben.

Gesteigerte Teilnahmebereitschaft

Wie schon bei früheren Erhebungen gab es bundesweit bei der Werbung der Haushalte ähnlich gelagerte Probleme. Trotz intensiver Pressearbeit ist es nicht gelungen, die vorgegebene Zahl in allen Schichten zu erreichen. Es fehlten Ein-Personen- und sonstige Haushalte sowie Haushalte von Landwirten und Ausländern; dem gegenüber gab es ein deutliches Plus bei den Beamten und den Angestellten. Daher konnten nicht alle Schichten ausreichend belegt werden, umgekehrt waren einige überrepräsentiert.

Erfreulich ist die Tatsache, dass sich gegenüber der Erhebung von 1993 die Zahl der gewonnenen Haushalte auf Bundesebene um rund 12 000 erhöht hat. Dieser positive Trend ist auch in Rheinland-Pfalz zu beobachten: Beteiligten sich vor fünf Jahren bei dem Einführungsinterview noch 3 248 Haushalte, so waren es im Jahr 1998 schon 3 673. Damit wurde die vorgegebene Quote von 3 719 Haushalten zu 98,8 % erreicht (Bund 93,3 %); Rheinland-Pfalz erzielte dadurch unter den 16 Bundesländern Rang vier.

Struktur der Haushalte

Bei der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe wird als Haushalt eine Gruppe von verwandten oder persönlich verbundenen Personen verstanden, die ein oder mehrere Einkommen erhalten, gemeinsam wirtschaften und in der Regel zusammen wohnen. Auch wer allein lebt und wirtschaftet, bildet einen Haushalt. Nicht vertreten in der Stichprobe sind Personen, die in einem Heim oder einer Anstalt leben, und diejenigen, deren monatliches Haushaltsnettoeinkommen 35 000 DM und mehr beträgt.

Von den 3 673 Haushalten, die am Einführungsinterview teilgenommen haben, zählten rund 1 400 (38 %) zu der Gruppe der Angestellten, die – wie in den anderen Ländern – überrepräsentiert waren. Dieser Sachverhalt überrascht nicht, da erfahrungsgemäß hier immer eine hohe Teilnahmebereitschaft, ebenso wie bei den Beamten (15 %) –, vorliegt. Die Arbeiter-Haushalte sind mit 567 (15,4 %) etwas unterrepräsentiert, während Rentner- und Pensionärshaushalte (819; 22,3 %) das vorgegebene Soll fast erfüllten.

Bezogen auf die Personenzahl waren die Haushalte mit zwei Personen (32 %) vor denjenigen mit vier Personen (25 %) am stärksten vertreten. Der immer weiter

zunehmende Typ des Single-Haushalts erreichte eine Quote von 17 %. In der Mehrzahl handelte es sich hierbei um alleinlebende Frauen. Vom Haushaltstyp her bildeten Ehepaare mit einem oder mehreren Kindern die stärkste Gruppe (45 %) vor den Ehepaaren ohne Kind (24 %), die in mehr als der Hälfte der Fälle den Rentnern und Pensionären zuzuordnen waren.

Jeder zweite Haushalt (55 %) verfügte Anfang Januar 1998 über ein monatliches Nettoeinkommen von 4 000 DM und mehr. Am stärksten besetzt war die Gruppe „5 000 bis 7 000 DM“ mit 808 Haushalten vor der Kategorie „4 000 bis 5 000 DM“ (804), in der die Arbeiterhaushalte verhältnismäßig stark vertreten waren. Immerhin 328 der teilnehmenden Haushalte konnten der Klasse „7 000 bis 10 000 DM“ zugeordnet werden; 82 % von ihnen zählten zu den Angestellten und Beamten.

Aktualisierung des Fragenkatalogs

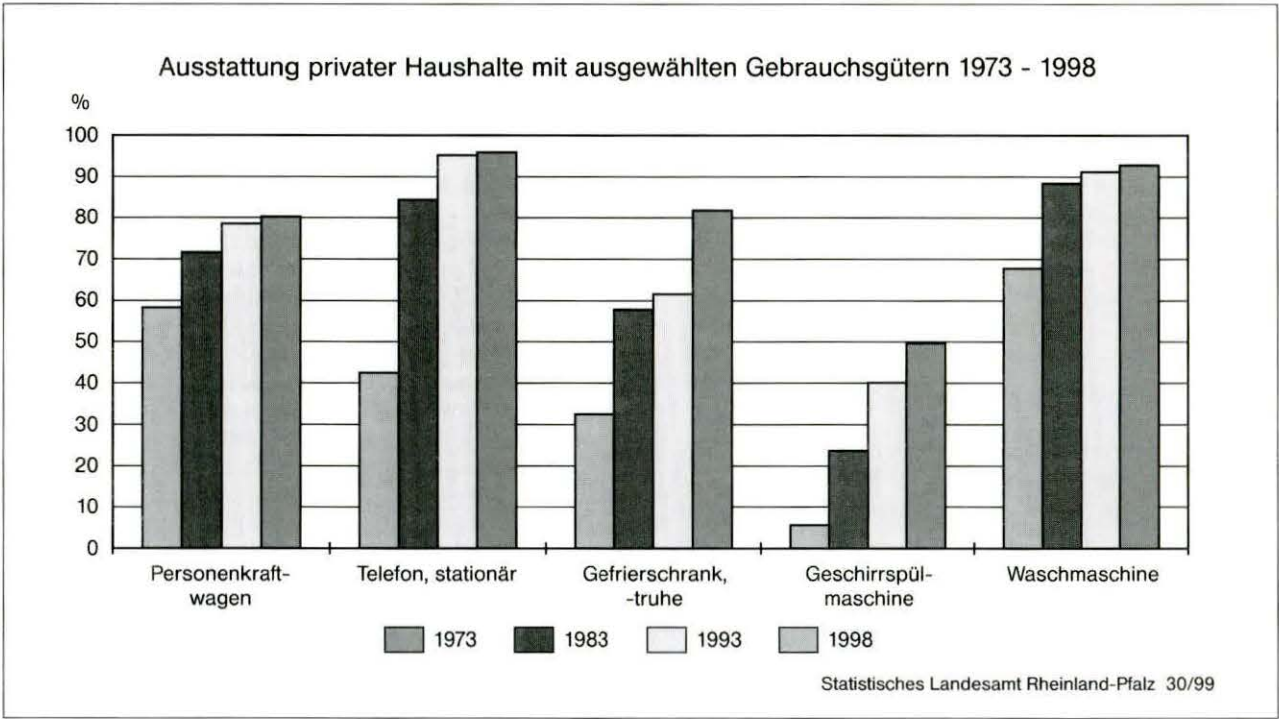
Bei der Vorbereitung jeder neuen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe wird geprüft, ob der Fragenkatalog der langlebigen Gebrauchsgüter noch aktuell ist. Da ständig neue Produkte auf den Markt kommen, müssen sie – sofern sie eine gewisse Bedeutung haben – in das Frageprogramm aufgenommen werden. Umgekehrt gibt es Waren, deren Nachfrageintensität nachgelassen hat oder bei denen eine Marktsättigung erreicht ist.

Gegenüber der letzten EVS 1993 haben sich bei der 98er Erhebung teilweise beachtliche Verschiebungen ergeben. So sind aus dem 93er Programm entfallen: Plattenspieler, CD-Player, Kassettenrecorder, Tonbandgeräte, Diaprojektoren, Wohnwagen, Motor- und Segelboote, elektrische Grillgeräte und Nähmaschinen. Die Untergliederung bei Krafträdern (Motorrad und Motorroller, Kleinkraftrad), bei Fernsehern (Farb- und Schwarzweißgeräte) sowie Fotoapparaten (Spiegelreflex- und Kleinbildsucherkameras sowie übrige Kameras) wurde aufgegeben. Der 1998 insgesamt gestraffte Fragenkatalog wurde dafür um den immer mehr an Bedeutung gewinnenden Sektor „PC und Nachrichtenübermittlung“ erweitert.

In den Textübersichten sind zum Teil Zahlen in Klammern gesetzt; hier ist der Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist. Bei einem Schrägstrich erscheinen keine Angaben, weil der Zahlenwert nicht sicher genug ist.

Hohe Quote bei der PKW-Versorgung

Der Besitz eines Autos kann sowohl als Statussymbol als auch als Instrument der Mobilitätssteigerung angesehen werden. In Rheinland-Pfalz spielt vor allem auch der zweite Grund eine Rolle. Bedingt durch die ländliche Struktur und ein in vielen Teilen des Landes schwach ausgebauten öffentliches Nahverkehrssystem sind viele Personen auf den Individualverkehr angewiesen. Insbesondere viele Berufspendler und auch Auszubildende benötigen ein Auto, um ihre Arbeits- und Ausbildungsstätten erreichen zu können. So überrascht es auch



nicht, dass 80 % aller Haushalte Anfang Januar 1998 mindestens einen PKW besaßen. Dieser Wert liegt über dem des früheren Bundesgebietes (76 %) und dem der neuen Länder (einschließlich Berlin-Ost) mit 71 %.

In den letzten 25 Jahren hat die Zahl der Autos sehr stark zugenommen. Wurde bei der EVS 1973 eine Quote von 58 % ermittelt, so waren es zehn Jahre später bereits knapp 72 %. Weniger kräftig war der Anstieg bis 1993 auf nahezu 79 %.

Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern 1973 - 1998¹⁾

Gebrauchsgut	Von den Haushalten verfügt ... % über das angegebene Gebrauchsgut					
	1973	1978	1983	1988	1993	1998
Personenkraftwagen	58,3	65,5	71,6	73,9	78,6	80,3
fabrikneu gekauft	35,7	40,7	43,4	41,4	41,1	36,8
Krafttrad	8,2	10,2	11,6	8,4	8,8	12,4
Fahrrad	51,9	54,3	63,3	66,7	71,3	77,2
Fernsehgerät	88,4	95,5	95,7	95,9	96,6	96,6
Farbfernsehgerät	14,6	48,5	73,3	87,3	95,0	-
Videorecorder	-	-	7,1	26,6	51,0	64,4
CD-Player	-	-	-	5,0	37,9	-
Fotoapparat	67,3	73,7	78,6	76,4	79,3	84,2
Heim-, Personalcomputer	-	-	-	-	23,8	42,1
Telefon, stationär	42,5	63,0	84,4	91,6	95,2	95,9
Kühlschrank	-	-	82,5	81,6	77,2	99,1
Gefrierschrank, -truhe	32,5	51,9	57,8	59,1	61,6	81,8
Kühl- und Gefrierkombination	-	-	16,3	19,5	25,5	-
Geschirrspülmaschine	5,6	14,8	23,7	30,7	40,1	49,7
Elektrisches Grillgerät/ Mikrowelle	18,9	34,5	39,1	32,6	27,5	53,7
Bügelmaschine	8,7	13,1	14,4	13,1	12,6	11,3
Waschmaschine	67,8	79,0	88,4	89,6	91,2	92,8
Wäschetrockner	-	-	14,4	22,6	30,8	40,2

1) Im Januar.

Fabrikneu gekaufte Autos waren bei 37 % der Haushalte anzutreffen; dieser Wert weist in den vorhergegangenen Erhebungsjahren einige Schwankungen auf. Am höchsten war er 1983 mit gut 43 %. In jedem zweiten Haushalt (51 %) stand ein Gebrauchtwagen zur Verfügung.

Betrachtet man die Haushalte nach der sozialen Stellung, so zeigt sich, dass einzelne Gruppen einen Versorgungsgrad von mehr als 90 % erreichten. Am höchsten war er bei den Selbständigen (95 %) und den Beamten, Angestellten und Arbeitern (93 %). Überdurchschnittlich häufig sind Autos auch in Haushalten von Pensionären anzutreffen (84 %). Diese Gruppe besitzt auch die meisten fabrikneuen PKWs (61 %).

Die Differenzierung der Haushalte nach der Personenzahl lässt folgende Aussage zu: Mit ansteigender Zahl der Haushaltsmitglieder erhöht sich der Anteil der PKW-Eigentümer. Während bei den Ein-Personen-Haushalten in 56 % der Fälle ein Auto zur Verfügung stand, waren es bei den Familien mit vier Personen fast 98 %. Bei den noch größeren Haushalten sank die Quote aber wieder auf 94 %.

Radboom in den letzten Jahren

Das Fahrrad erfreut sich in Rheinland-Pfalz einer immer größeren Beliebtheit. Konnten 52 % der Haushalte im Jahr 1973 ihr eigenes Rad benutzen, so waren es 1998 bereits 77 %. Von Stichprobe zu Stichprobe erhöhte sich der Wert kontinuierlich. Die Zunahmen dürften nicht zuletzt auf die in den letzten Jahren verbreitete Sport-, Gesundheits- und Fitnesswelle zurückzuführen sein. Den höchsten Ausstattungsgrad an Rädern wiesen in der sozialen Differenzierung die Haushalte der Selbständigen auf (91 %). Noch höher war die-

Private Haushalte nach sozialer Stellung und Besitz von langlebigen Gebrauchsgütern am 1. 1. 1998

Haushalte Gebrauchsgut	Insgesamt	Darunter Haushalte von					
		Selbst- ständigen ¹⁾	Arbeit- nehmern ²⁾	darunter Angestellten und Arbeitern	Nicht- erwerbs- tätigen	darunter	
						Rentnern	Pensionären
Erfasste Haushalte (Anzahl)	3 673	149	2 525	1 975	900	647	(172)
Hochgerechnete Haushalte (1000)	1 751	125	893	795	638	516	(77)
Ausstattungsgrad ⁴⁾ der Haushalte in %							
Fahrzeuge							
Personenkraftwagen	80,3	95,3	93,3	92,6	61,2	59,2	(83,6)
fabrikneu gekauft	36,8	(44,7)	38,2	35,6	35,8	34,1	(61,0)
gebraucht gekauft	51,2	(60,2)	(67,0)	68,2	27,9	27,0	(29,8)
Kraftrad	12,4	/	19,2	19,5	(4,1)	(4,0)	/
Fahrrad	77,2	91,2	88,7	88,3	59,2	55,3	(69,7)
Empfangs-, Aufnahme- und Wiedergabegeräte von Bild und Ton							
Fernsehgerät	96,6	95,9	97,0	96,7	96,9	98,3	(97,0)
Videorecorder	64,4	74,3	80,2	80,1	41,4	40,3	(45,8)
Videokamera/Camcorder	14,9	(22,9)	20,2	20,0	(6,6)	(5,8)	/
Fotoapparat	84,2	89,9	91,7	91,0	74,4	73,1	(81,6)
Radiorecorder/Stereorundfunkgerät	79,3	81,7	81,3	81,1	78,1	76,9	(83,8)
Hi-Fi-Anlage	65,0	80,2	83,3	82,5	37,3	33,8	(50,0)
Satellitenempfangsanlage	41,5	(46,0)	45,3	45,9	35,9	39,0	(26,5)
Kabelanschluß	42,4	(46,1)	42,4	41,8	42,0	40,6	(52,8)
PC und Nachrichtenübermittlung							
PC mit CD-ROM-Laufwerk ³⁾	29,4	(51,4)	41,7	40,8	8,5	(5,4)	(15,4)
PC ohne CD-ROM-Laufwerk ³⁾	12,7	(26,8)	16,7	16,0	(5,6)	(3,9)	/
Modem für Datenfernübertragung	9,2	(23,7)	12,0	11,9	(1,7)	/	/
Internet oder Online-Dienste	7,6	(23,9)	9,3	8,9	/	/	/
ISDN-Anschluß	5,1	(20,3)	5,4	5,1	/	/	/
Telefon stationär (auch schnurlos)	95,9	97,7	96,7	96,4	96,7	96,9	(98,7)
Telefon mobil (Autotelefon, Handy)	11,7	(36,2)	14,0	13,6	(4,7)	/	/
Anrufbeantworter	32,6	(61,0)	42,0	41,6	15,2	11,2	(21,6)
Faxgerät, PC-Faxkarte	15,4	(51,0)	16,8	16,3	(5,2)	(3,5)	/
Elektrische Haushaltsgeräte							
Kühlschrank	99,1	100,0	99,6	99,6	98,9	99,1	(100,0)
Gefrierschrank, Gefriertruhe	81,8	89,0	82,0	81,2	83,4	85,8	(83,4)
Geschirrspülmaschine	49,7	72,1	60,5	59,0	33,5	32,2	(51,6)
Mikrowellengerät	53,7	65,1	64,0	63,6	39,0	38,1	(49,6)
Bügelmaschine	11,3	/	8,9	8,6	14,9	14,2	(26,1)
Waschmaschine	92,8	96,1	93,8	93,6	92,6	94,8	(94,9)
Wäschetrockner	40,2	(49,9)	49,1	48,8	27,5	26,7	(34,6)

1) Gewerbetreibende, freiberuflich Tätige und Landwirte. – 2) Beamte, Angestellte und Arbeiter. – 3) Auch Laptops und Notebooks. – 4) Anzahl der Haushalte, in denen entsprechende langlebige Gebrauchsgüter vorhanden sind, bezogen auf hochgerechnete Haushalte der jeweiligen Spalte.

ser Wert bei den größeren Haushalten. Bedingt durch die Kinder standen in 98 bzw. 96 % der Haushalte mit vier bzw. fünf und mehr Personen Fahrräder zur Verfügung. Aber auch bei Haushalten mit ein und zwei Personen war die Quote mit 61 bzw. 75 % recht hoch. Krafträder gab es in jedem achten Haushalt.

Unterhaltungselektronik weit verbreitet

Der Bereich der Unterhaltungselektronik umfasst Empfangs-, Aufnahme- und Wiedergabegeräte von Bild und Ton. Der Ausstattungsgrad der Haushalte mit diesen Geräten hat sich weiter verbessert. Dies ist u.a. auch auf die teilweise erheblichen Preiserückgänge und den harten Konkurrenzkampf in dieser Branche zurückzuführen.

Den höchsten Ausstattungsgrad gab es bei Fernsehgeräten, die nahezu in allen Haushalten anzutreffen waren (97 %). Diese Quote blieb in den letzten zehn Jahren fast konstant und gilt für alle sozialen Schichten. Mit 143 Geräten pro 100 Haushalte ist hier ein hohes Maß an Mehrfachausstattung festzustellen. Dies ist besonders typisch für Haushalte mit Kindern. So gab es in Familien mit fünf und mehr Personen 189 Fernsehgeräte je 100 Haushalte.

Allgemein ist zu beobachten, dass die technische Ausstattung bei den Selbständigen und den Arbeitnehmern besser ist als bei den Nichterwerbstätigen. Beispiele hierfür sind Videorecorder (80 bzw. 41 %) und Hi-Fi-Anlagen (gut 80 bzw. 38 %). Nicht ganz so deutlich ist der Unterschied beim Radiorecorder/Stereorundfunkgerät (81 bzw. 78 %) und bei Fotoapparaten

Private Haushalte nach Personenzahl und Besitz von langlebigen Gebrauchsgütern am 1. 1. 1998

Haushalte Gebrauchsgut	Insgesamt	Davon mit ... Personen im Haushalt				
		1	2	3	4	5 und mehr
Erfasste Haushalte (Anzahl)	3 673	624	1 163	639	930	317
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	1 751	564	581	278	246	82
Ausstattungsgrad ²⁾ der Haushalte in %						
Fahrzeuge						
Personenkraftwagen	80,3	56,1	87,6	94,5	97,7	94,1
fabrikneu gekauft	36,8	22,4	44,0	41,5	43,5	48,6
gebraucht gekauft	51,2	32,8	50,0	70,7	67,6	70,2
Kraftrad	12,4	(6,5)	10,1	17,8	21,5	(24,7)
Fahrrad	77,2	60,7	75,1	91,1	98,3	96,1
Empfangs-, Aufnahme- und Wiedergabegeräte von Bild und Ton						
Fernsehgerät	96,6	92,4	98,5	99,0	98,7	96,7
Videorecorder	64,4	42,1	64,7	86,5	84,6	80,7
Videokamera/Camcorder	14,9	(3,3)	11,9	26,8	30,8	28,8
Fotoapparat	84,2	68,1	88,0	93,2	98,3	94,3
Radiorecorder/Stereorundfunkgerät	79,3	73,0	78,7	83,7	87,8	87,8
Hi-Fi-Anlage	65,0	46,9	63,7	80,0	87,2	81,9
Satellitenempfangsanlage	41,5	31,0	43,5	46,5	51,2	53,1
Kabelanschluß	42,4	42,2	43,7	45,0	40,6	31,9
PC und Nachrichtenübermittlung						
PC mit CD-ROM-Laufwerk ¹⁾	29,4	14,2	23,9	41,1	55,4	55,0
PC ohne CD-ROM-Laufwerk ¹⁾	12,7	(5,8)	11,0	18,2	22,3	(24,2)
Modem für Datenfernübertragung	9,2	(5,5)	8,9	(11,0)	14,4	(14,6)
Internet oder Online-Dienste	7,6	(4,4)	(7,1)	(9,0)	11,5	(16,7)
ISDN-Anschluß	5,1	/	(4,9)	(6,9)	(8,0)	(8,5)
Telefon stationär (auch schnurlos)	95,9	91,9	97,0	98,0	99,1	98,2
Telefon mobil (Autotelefon, Handy)	11,7	(7,6)	12,0	16,1	13,1	(18,3)
Anrufbeantworter	32,6	29,3	32,3	37,0	35,9	33,1
Faxgerät, PC-Faxkarte	15,4	(7,7)	15,7	21,2	20,9	(30,3)
Elektrische Haushaltsgeräte						
Kühlschrank	99,1	97,9	99,4	100,0	99,9	100,0
Gefrierschrank, Gefriertruhe	81,8	65,2	86,1	91,0	95,0	94,1
Geschirrspülmaschine	49,7	20,7	52,1	65,4	82,1	82,2
Mikrowellengerät	53,7	36,5	53,9	66,8	73,1	69,5
Bügelmaschine	11,3	(6,8)	14,3	(13,1)	(10,5)	(18,4)
Waschmaschine	92,8	81,9	96,4	98,8	99,7	100,0
Wäschetrockner	40,2	18,3	40,5	56,0	64,6	62,8

1) Auch Laptops und Notebooks. – 2) Anzahl der Haushalte, in denen entsprechende langlebige Gebrauchsgüter vorhanden sind, bezogen auf hochgerechnete Haushalte der jeweiligen Spalte.

(rund 90 bzw. 74 %). Mit zunehmender Zahl der Personen steigt der Anteil der Haushalte mit einer Satellitenempfangsanlage. 31 % der Haushalte mit einer Person können die vielfältige Programmstruktur nutzen; in Haushalten mit vier Personen beläuft sich der Anteil auf 51 %. Bei dem Kabelanschluss sind keine gravierenden Differenzen erkennbar; im Durchschnitt ist in 42 % der Haushalte diese Technik installiert.

Gut vier von zehn Haushalten besitzen einen PC

Der in den letzten Jahren feststellbare verstärkte Einsatz von Personalcomputern (PC) in Industrie, Handel, Verwaltungen und Dienstleistungsunternehmen hat auch die privaten Haushalte tangiert. Besaßen vor fünf Jahren erst 24 % der Haushalte in Rheinland-Pfalz

einen PC, so waren es 1998 bereits 42 %. Bei Haushalten mit drei und vier Personen erreichte dieser Wert sogar eine Größenordnung von 59 bzw. 78 %. Mit beigetragen zu dieser Entwicklung hat der schnelle technische Fortschritt bei gleichzeitig starkem Preiserückgang.

Auch in anderen Bereichen der modernen Technik zeigen sich die rheinland-pfälzischen Haushalte aufgeschlossen. Nahezu jeder Zehnte verfügt über ein Modem für die Datenfernübertragung, jeder Dreizehnte über einen Internetanschluss und jeder Zwanzigste kann ISDN nutzen.

Kaum ein Haushalt ohne Telefon

Ein Telefon, ob stationär oder schnurlos, ist fast in jedem Haushalt vorhanden (96 %); seit der letzten

Stichprobe vor fünf Jahren ist dieser Wert konstant geblieben. Am höchsten ist er bei Pensionären und Haushalten mit vier Personen (je 99 %).

Die erstmals gestellte Frage nach einem mobilen Telefon – hier konnte es sich um ein Autotelefon oder ein Handy handeln – beantwortete jeder achte Haushalt positiv, bei Haushalten mit drei Personen war es sogar jeder Sechste. Diese Personengruppe erreichte auch die höchsten Quoten bei Anrufbeantwortern (37 %) und Faxgeräten/PC-Faxkarten (21 %). Durchschnittlich verfügten 33 bzw. 15 % der Haushalte über diese technischen Einrichtungen.

Gute Ausstattung mit Haushaltsgeräten

Bei der „Standardausstattung“ der Haushalte mit elektrischen Haushaltsgeräten wie Kühlschrank und Waschmaschine ist ein sehr hoher Ausstattungsgrad festzustellen. Ein Kühlschrank ist in 99 % aller Haushalte anzutreffen (1983 lag der Anteil noch bei 83 %), eine Waschmaschine gibt es in 93 % der Fälle. Mit ansteigender Personenzahl erhöht sich der Ausstattungsgrad. Ein-Personen-Haushalte nutzen zu 82 % eine eigene Waschmaschine, dagegen war dies in allen Haushalten mit vier und mehr Personen der Fall. Kräftige Zunahmen gab es bei Gefrierschränken und -truhen: von 33 % im

Private Haushalte nach monatlichem Nettoeinkommen und Besitz von langlebigen Gebrauchsgütern
am 1. 1. 1998

Haushalte Gebrauchsgut	Ins- gesamt	Darunter mit einem monatlichen Nettoeinkommen von ... bis unter ... DM ¹⁾						
		1 000 - 1 800	1 800 - 2 500	2 500 - 3 500	3 500 - 4 500	4 500 - 5 000	5 000 - 7 000	7 000 - 10 000
Erfasste Haushalte (Anzahl)	3 673	212	372	616	751	398	808	328
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	1 751	259	285	335	269	127	228	93
Ausstattungsgrad ³⁾ der Haushalte in %								
Fahrzeuge								
Personenkraftwagen	80,3	53,0	73,1	86,2	94,2	97,7	97,8	97,2
fabrikneu gekauft	36,8	(18,6)	(24,3)	37,3	42,8	46,2	58,4	58,8
gebraucht gekauft	51,2	(34,1)	48,7	53,1	61,0	66,4	57,7	67,5
Kraftrad	12,4	/	(9,3)	(12,0)	15,1	(14,9)	21,9	(18,7)
Fahrrad	77,2	61,6	65,3	74,1	86,2	88,9	92,1	98,0
Empfangs-, Aufnahme- und Wiedergabegeräte von Bild und Ton								
Fernsehgerät	96,6	94,3	96,7	96,5	98,4	99,3	98,7	99,2
Videorecorder	64,4	(42,8)	51,3	63,2	78,8	81,4	84,7	88,2
Videokamera/Camcorder	14,9	/	/	13,1	20,2	25,9	24,7	28,4
Fotoapparat	84,2	65,3	79,6	86,5	93,8	93,8	97,9	98,6
Radiorecorder/Stereorundfunk- gerät	79,3	71,5	75,2	80,0	83,1	86,8	85,9	82,2
Hi-Fi-Anlage	65,0	(38,5)	56,9	61,3	76,6	82,7	87,8	90,8
Satellitenempfangsanlage	41,5	(38,4)	36,0	44,7	45,4	42,3	44,1	40,3
Kabelanschluß	42,4	(34,9)	42,2	42,8	41,8	47,2	47,9	53,4
PC und Nachrichtenübermittlung								
PC mit CD-ROM-Laufwerk ²⁾	29,4	(12,5)	(14,1)	22,9	35,1	40,0	52,6	60,8
PC ohne CD-ROM-Laufwerk ²⁾	12,7	/	(7,0)	(11,9)	15,4	(18,9)	20,4	(25,2)
Modem für Datenfernübertragung	9,2	/	/	(8,5)	(10,8)	(11,4)	13,3	(18,0)
Internet oder Online-Dienste	7,6	/	/	(5,6)	(7,1)	(7,4)	(12,5)	(18,3)
ISDN-Anschluß	5,1	/	/	/	(3,9)	/	(9,2)	(15,9)
Telefon stationär (auch schnurlos)	95,9	95,5	96,0	97,2	98,6	99,0	98,8	100,0
Telefon mobil (Autotelefon, Handy)	11,7	/	/	(8,3)	(13,2)	(16,3)	17,4	(27,7)
Anrufbeantworter	32,6	(22,4)	30,3	32,4	34,8	41,4	39,9	46,8
Faxgerät, PC-Faxkarte	15,4	(12,1)	/	(13,5)	16,2	(16,5)	23,2	(34,4)
Elektrische Haushaltsgeräte								
Kühlschrank	99,1	98,5	99,1	99,6	99,7	100,0	100,0	100,0
Gefrierschrank, Gefriertruhe	81,8	72,8	70,4	80,4	89,2	92,4	96,2	93,5
Geschirrspülmaschine	49,7	(27,9)	29,0	42,6	60,0	74,6	80,1	83,4
Mikrowellengerät	53,7	(35,4)	44,5	53,1	60,0	71,0	74,0	73,4
Bügelmaschine	11,3	/	(9,7)	(10,8)	(11,7)	(15,0)	15,4	(17,0)
Waschmaschine	92,8	88,1	90,3	94,1	98,1	96,8	99,3	100,0
Wäschetrockner	40,2	(25,1)	28,0	36,8	48,1	56,2	61,9	56,2

1) Selbsteinstufung der Haushalte; ohne Haushalte von Landwirten. – 2) Auch Laptops und Notebooks. – 3) Anzahl der Haushalte, in denen entsprechende langlebige Gebrauchsgüter vorhanden sind, bezogen auf hochgerechnete Haushalte der jeweiligen Spalte.

Jahre 1973 auf jetzt 82%. Jeder zweite Haushalt in Rheinland-Pfalz spült inzwischen das Geschirr mit der Maschine, 1973 war es jeder Zwanzigste. In zwei von drei Haushalten mit vier Personen erleichtert ein Wäschetrockner die Arbeit. Im Durchschnitt aller Haushalte nahm die Verbreitung von 14 % (1983) auf jetzt 40 % zu. Die Mikrowelle ist in mehr als jedem zweiten Haushalt anzutreffen.

Bessere Ausstattung bei höherem Einkommen

Die Aussage, dass bei höherem Einkommen generell eine bessere Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern vorliegt, kann in dieser Form nicht bestätigt werden. Zutreffender ist, hier von einer Tendenz zu sprechen. Als Beispiel sei der Videorecorder genannt: 51 % der Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 1 800 bis 2 500 DM besitzen ein solches Gerät. Mit jeder höheren Einkommensgruppe steigt der prozentuale Anteil der Besitzer. So erreicht er 88 % in der höchsten Einkommensklasse „7 000 bis 10 000 DM“.

Wegen der meist noch relativ geringen Verbreitung der Geräte im Bereich „PC und Nachrichtenübermittlung“ sind nur eingeschränkte Aussagen im Hinblick auf das Einkommen möglich. Eine Ausnahme bildet das Telefon; hier beträgt die Differenz zwischen der niedrigsten (96 %) und höchsten Einkommensgruppe (100 %) nur vier Prozentpunkte. Noch geringer ist der Abstand bei den nahezu in jedem Haushalt stehenden Kühlschränken. Auch in Haushalten der niedrigsten Einkommensgruppe ist das Fernsehgerät eine Selbstverständlichkeit (94 %).

Rheinland-Pfalz im Ländervergleich

Die Ausstattung der rheinland-pfälzischen Haushalte mit Gebrauchsgütern ist im Vergleich mit den übrigen Bundesländern (es wird nur auf das frühere Bundesgebiet Bezug genommen) als ausgewogen zu bezeichnen. Im Bereich Fahrzeuge ist der Versorgungsgrad mit Autos (80,3 %) nach Bayern (81 %) der höchste. Rangziffer Eins wird bei gebrauchten PKWs erreicht (51,2 %), Platz Drei bei Krafträdern (12,4 %).

In der Gruppe der Geräte für Bild und Ton ist beim Besitz von Kameras und Musikspielgeräten ein unterdurchschnittlicher Anteil zu erkennen. Dagegen stehen Fernsehgeräte (96,6 %) und Videorecorder (64,4 %) hoch im Kurs. Nach Nordrhein-Westfalen (96,9 bzw. 67,9 %) ist die Versorgung mit diesen Geräten in Rheinland-Pfalz am besten. Im Vergleich zu den anderen Bundesländern haben die Haushalte im Land die höchste Quote bei den Satellitenempfangsanlagen (41,5 %), der Bundeswert liegt mit 28,6 % deutlich niedriger. Dieses Ergebnis ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass die Versorgung mit Kabelanschlüssen verhältnismäßig gering ist (42,4 %). Hier beeinflussen besonders die Stadtstaaten Berlin-West (74,3 %), Hamburg (68,5 %) und Bremen (66,7 %) das Bundesergebnis (50,7 %).

Das Ausstattungsniveau der Haushalte im Land mit PCs und Geräten der Nachrichtenübermittlung ist unterdurchschnittlich; nur bei den Mobiltelefonen wird der Bundeswert knapp überschritten. Bei den elektrischen Haushaltsgeräten ist das Gegenteil der Fall. Bis auf die Bügelmaschine (11,3 %) ist der Versorgungsgrad mit diesen Geräten überdurchschnittlich. Bei Waschmaschinen, Wäschetrocknern und Gefrierschränken bzw. -truhen rangieren die rheinland-pfälzischen Haushalte an zweiter Stelle.

Diplom-Volkswirt Ingo Hawliczek

Verfahren und Ablauf des Volksbegehrens zur Wiedereinführung des Buß- und Bettages in Rheinland-Pfalz

An dieser Stelle veröffentlicht das Statistische Landesamt, dessen Präsident als Landeswahlleiter mit der Durchführung der Wahlen beauftragt ist und damit auch für den Ablauf des Volksbegehrens verantwortlich war, eine Abhandlung von Dr. Stephan Danzer, Statistisches Landesamt, die versucht, aus rechtlicher Sicht ein Resümee des Volksbegehrens zu ziehen. Neben den verfassungsrechtlichen Grundlagen werden das Verfahren zur Durchführung des Volksbegehrens und die aufgetretenen Probleme mit den in der Praxis gefundenen Lösungen dargestellt. Weiterhin geht der Beitrag auf die im Anschluss an das Volksbegehren geäußerte Kritik an den bestehenden Durchführungsvorschriften ein.

Um juristischen Aspekten gerecht zu werden und dem interessierten Leser durch entsprechende Verweise und diesbezügliche Anmerkungen am Ende des Beitrags einen detaillierten Fundstellennachweis zur Verfügung zu stellen, weicht die redaktionelle Gestaltung des Beitrags von der üblichen Darstellung in den Statistischen Monatsheften ab.

I. Verfassungsrechtliche Grundlagen

Art. 107 Landesverfassung Rheinland-Pfalz (LV) bestimmt, dass die Gesetzgebung durch das Volk im Wege des Volksentscheides oder durch den Landtag ausgeübt wird. Dem Volksentscheid entspricht die zweite Stufe des Gesetzgebungsverfahrens, also die Beratung und Beschlussfassung im Parlament. Ihm geht gemäß Art. 108 LV das Volksbegehren als das Recht, ein Gesetz einzubringen, vor (5). Nach Art. 109 LV kann die Gesetzesinitiative und damit auch der Volksentscheid initiiierenden oder kassierenden Charakter haben. So besteht die Möglichkeit, sowohl Gesetze zu erlassen als auch Gesetze zu ändern bzw. aufzuheben. Zudem können sie darauf gerichtet sein, den Landtag aufzulösen (6).

Auf den ersten Blick scheint die rheinland-pfälzische Verfassung im Gegensatz zu der in Art. 20 Abs. 2 GG kodifizierten „repräsentativen Demokratie“ das Plebiszit als zumindest gleichwertigen Träger der Gesetzgebung anzuerkennen. Das „Volk“ wird sogar dem Landtag vorangestellt. Nach dem Vorbild des Art. 73 der Weimarer Verfassung wurde damit von der Möglichkeit der unmittelbaren Demokratie weitgehend Gebrauch gemacht (7). Der Eindruck bestätigt sich nach näherem Hinsehen nicht.

Bereits die Tatsache, dass in der Verfassungswirklichkeit nur einmal eine Gesetzesinitiative durch das Volk zustande gekommen ist, spricht für die vorrangige Gesetzgebungstätigkeit durch den Landtag (8). Auch der Gesetzgeber sieht nach der Verfassung die Volksvertretung, durch die das Volk die Staatsgewalt ausübt, als das wichtigste Organ an. Das Volksbegehren und der Volksentscheid werden nur als „Einschränkung“ der Befugnisse angesehen (9). Das beruht vor allem darauf, dass die unmittelbare Gesetzgebungskompetenz des Volkes zusätzlich inhaltlich begrenzt ist und einen gewissen Rückhalt in der Bevölkerung benötigt, um über das Stadium der Initiative hinauszukommen.

Der Hintergrund

In der Zeit vom 16. bis 29. November 1998 (1) wurde in Rheinland-Pfalz zum ersten Mal in seiner Geschichte ein Volksbegehren nach den landesrechtlichen Vorschriften (2) durchgeführt. Die Initiatoren des Volksbegehrens wollten eine Änderung des Feiertagesgesetzes erreichen, in dem der Buß- und Bettag, der zum Ausgleich des Arbeitgeberanteils zur Finanzierung der Pflegeversicherung in Rheinland-Pfalz als gesetzlicher Feiertag entfiel, wieder eingeführt werden sollte (3). Der Gesetzesinitiative blieb der Erfolg versagt (4).

Abgesehen von den in Art. 129 LV bestimmten, hier nicht interessierenden Schranken für ein verfassungsänderndes Gesetz, die im Übrigen sowohl den Landtag als auch das Volk binden, sind darüber hinaus Volksbegehren über Finanzfragen, Abgabengesetze oder Besoldungsverordnungen unzulässig (Art. 109 Abs. 3 S. 2 LV). Das Budgetrecht liegt also allein in der Hand des Landtages. Er legt im Wesentlichen die Richtung und den Inhalt des staatlichen Handelns fest (10). Schuck/Unglaub (11) sind der Ansicht, der Landtag und die Landesregierung hätten zumindest die Verpflichtung, die finanziellen Nebenfolgen von Volksentscheiden bzw. -begehren im Haushalt zu berücksichtigen. Auf diesem Wege darf jedoch das Budgetrecht nicht ausgehöhlt werden. Desweiteren finden die finanziellen Auswirkungen ihre Grenzen in den haushaltsrechtlichen Grundsätzen der Art. 116-118 LV. Die einzukalkulierenden Nebenfolgen dürfen nicht zu einem der Verfassung widersprechenden Haushalt führen.

Aufgrund der in Art. 109 Abs. 3 S. 2 LV bestimmten Ausklammerung des Budgetrechtes aus der Gesetzgebungskompetenz des Volkes wird die Bedeutung des Landtages erheblich gestärkt. Das wird auch nicht durch das Recht des Volkes, den Landtag aufzulösen, kompensiert. Es handelt sich hierbei um eine rein destruktive Befugnis. Ein inhaltliches Gestalten ist damit

nicht verbunden. Zudem erscheint eine Frontstellung zwischen dem Landtag und der Bevölkerung wenig wahrscheinlich, weil aufgrund der Tätigkeit der Parteien bei der politischen Willensbildung die Strömungen und Auffassungen der Gesellschaft erfasst und in den Landtag eingebracht werden. Der Landtag und das Volk stehen also auch während der Legislaturperiode in einem ständigen Dialog, der einer Entfremdung entgegenwirkt.

Neben der inhaltlichen Einschränkung ist ein Volksbegehren nur dann zustande gekommen, wenn ein Fünftel der Stimmberechtigten der Gesetzesinitiative zugestimmt hat (Art. 109 Abs. 3 S. 1 LV), es sei denn die Verfassung besagt etwas anderes. Die exakte Berechnung des Quorums ergibt sich aus § 73 Abs. 3 Landeswahlgesetz (LWG). Danach gilt als Zahl der Stimmberechtigten die amtlich ermittelte Zahl der Wahlberechtigten bei der letzten Landtagswahl (12). Für das erstmals durchgeführte Volksbegehren waren demnach 597 420 Unterstützungsunterschriften erforderlich (13). Das ist eine stattliche Anzahl, zumal zu bedenken ist, dass nach § 29 Abs. 1 S. 2 LWG eine Partei nur 5 % der abgegebenen Stimmen benötigt, um in den Landtag einzuziehen, bzw. nach Art. 108 LV i. V. m. § 50 Geschäftsordnung des Landtages es für eine wirksame Gesetzesinitiative bereits ausreicht, wenn eine Fraktion oder mindestens acht Abgeordnete einen Gesetzesentwurf einbringen. Die Vorschrift bezweckt, partikuläre Interessen für das Beschlussverfahren gar nicht erst zuzulassen. Die Verfassung stellt insoweit die Prognose, dass der Gesetzesentwurf nicht mehrheitsfähig ist. Damit will der Verfassungsgeber den politischen Willensbildungsprozess nicht mit Angelegenheiten befassen, die nur für das Interesse einer kleinen Minderheit von Bedeutung sind.

Zusammenfassend ist Folgendes festzuhalten:

Die Verfassung von Rheinland-Pfalz sieht grundsätzlich eine unmittelbare Gesetzgebung durch das Volk mit der Hilfe von Volksbegehren und Volksentscheiden vor. Das Gesetzgebungsrecht des Volkes ist aber in materieller und formeller Hinsicht gegenüber den legislatorischen Befugnissen des Landtages begrenzt. Nach der Vorstellung des Verfassungsgebers erfüllt folglich der Landtag in aller Regel die Gesetzgebungstätigkeit, während das Volk nur ausnahmsweise die Gesetzgebungsinitiative ergreift. Die Verfassungswirklichkeit bestätigt diesen Sachverhalt.

II. Verfahren zur Durchführung des Volksbegehrens

Vor diesem verfassungsrechtlichen Hintergrund sind die aufgrund der Verweisung des Art. 109 Abs. 5 LV im Landeswahlgesetz geregelten Durchführungsbestimmungen für das Volksbegehren bzw. den Volksentscheid auszugestalten. Die Normen haben unter Beachtung des Rechtsstaatsgebotes sicherzustellen, dass die Bevölkerung in Rheinland-Pfalz das demokratische Recht, ein Volksbegehren zu initiieren sowie ein solches zu unterstützen, in Anspruch nehmen kann. Allerdings lässt die Verfassung, wie bereits dargelegt wurde, verfahrensrechtliche Beschränkungen zu, um einen Missbrauch der Gesetzgebungskompetenz zu verhindern.

Diese Schranken dürfen jedoch nicht dazu führen, dass die Ausübung der Gesetzgebungsbefugnis des Volkes ausgehöhlt wird. Im Einzelnen stellen sich die Regelungen folgendermaßen dar:

Das Volksbegehren unterteilt der Gesetzgeber in ein besonderes Zulassungs- und Eintragsverfahren (§ 62 LWG). Das Zulassungsverfahren ist als Vorverfahren ausgestaltet und bezweckt damit, offenbar aussichtslose Gesetzesinitiativen zu vermeiden und eine Prüfung ihrer Verfassungsmäßigkeit zu ermöglichen (14).

Voraussetzung für die Zulassung des Volksbegehrens ist ein schriftlicher Antrag der Initiatoren an die Landesregierung (§ 63 Abs. 1 LWG). Sein Inhalt richtet sich nach § 63 Abs. 2 LWG. Danach hat er einen ausgearbeiteten Gesetzesentwurf zu enthalten, wenn das Volksbegehren auf Erlass, Aufhebung oder Abänderung eines Gesetzes gerichtet ist. Hier wiederholt das Gesetz die in Art. 109 Abs. 2 S. 2 LV kodifizierte Vorgabe der Verfassung. Die Forderung, Überschrift, Eingangsformel und Gesetzeswortlaut anzugeben, entspricht dem rechtsstaatlichen Gebot, dem Bürger einen verständlichen Gesetzesentwurf zu unterbreiten, der auch durchführbar ist (15). Weiterhin müssen mindestens 20 000 Stimmberechtigte mit ihrer Unterschrift den Antrag unterstützen. Eine eigene Definition des „Stimmberechtigten“ lässt sich aus den Vorschriften über das Volksbegehren nicht ableiten. Aufgrund dessen kann auf die Legaldefinition des § 2 LWG verwiesen werden. Stimmberechtigt ist folglich jeder Deutsche i. S. v. Art. 116 GG, der zum Zeitpunkt der Unterschriftleistung

- das 18. Lebensjahr vollendet hat,
- seit mindestens drei Monaten in Rheinland-Pfalz eine Wohnung inne hat oder, sofern er in der Bundesrepublik Deutschland keine Wohnung inne hat, sich sonst gewöhnlich dort aufhält und
- nicht nach § 3 LWG vom Stimmrecht ausgeschlossen ist (16).

Die Unterschriften müssen auf vorgeschriebenen Bögen, die von den Antragstellern zu beschaffen sind, eigenhändig und leserlich geleistet werden (§§ 73, 74 Abs. 1 S. 1 Landeswahlordnung – LWO). Das Stimmrecht ist schließlich durch eine von Seiten der Gemeinde unentgeltlich erteilte Bestätigung nachzuweisen.

Nach der Auffassung des Gesetzgebers soll die Notwendigkeit von 20 000 Unterschriften die Gefahr eines Missbrauchs des demokratischen Rechtes abwehren und eine ständige Beunruhigung des politischen Lebens verhindern (17). Dem gleichen Zweck dient die Kostenübernahme der Unterschriftenbögen durch die Initiatoren. Damit werden nicht ernst gemeinte Anträge ausgeschlossen. Das geforderte Unterschriftenquorum entspricht auch angesichts der nicht vorgeschriebenen Frist, innerhalb derer die Unterschriften beizubringen sind, den verfassungsmäßigen Vorgaben. Die Initiatoren erlangen dadurch auch einen ersten Anhaltspunkt über die Resonanz der übrigen Gesellschaft auf ihr Anliegen. Daraufhin können sie ihr weiteres Vorgehen ausrichten.

Im Rahmen des Volksbegehrens über die Wiedereinführung des Buß- und Bettages konnte die Hürde mit 42 249 gültigen Unterschriften anstandslos übersprungen werden (18). Bereits das zeigt, dass es sich hier um eine angemessene Zulassungsbeschränkung handelt.

Schließlich sind drei stimmberechtigte Personen und deren Ersatzpersonen zu benennen, die gemeinschaftlich ermächtigt sind, die Antragsteller bei allen mit dem Volksbegehren zusammenhängenden Geschäften sowie gegenüber allen Behörden zu vertreten. Der an erster Stelle genannte Vertreter gilt als allein bevollmächtigt zur Entgegennahme aller Mitteilungen und Entscheidungen, die mit dem Volksbegehren und dem Volksentscheid in Zusammenhang stehen.

Diese Bedingung regelt die Vertretungsbefugnis im Innen- und Außenverhältnis. Damit wird der Informationsfluss koordiniert und ein eigenmächtiges Handeln einzelner Antragsteller ausgeschlossen. Ferner ist gewährleistet, dass die Vertreter den Antrag in seiner Substanz nicht verändern können.

Der die Voraussetzungen erfüllende Antrag ist dann unter Beachtung der Formvorschrift des § 75 Abs. 1 LWO der Landesregierung zuzuleiten. Daneben sind gemäß § 75 Abs. 2 LWO die Gemeindeverwaltungen zu benennen, bei denen die Eintragungslisten auszulegen sind. Eine Änderung des Planes ist möglich. Das Volksbegehren zur Wiedereinführung des Buß- und Bettages wurde landesweit ausgelegt.

Die Landesregierung entscheidet sodann über die Zulassung des Volksbegehrens (§ 64 LWG). Aufgrund des Rechtsstaatsgebotes ist dieses Prüfungsrecht jedoch eingeschränkt. Sind die Antragsvoraussetzungen des § 61 LWG erfüllt, verstößt das beabsichtigte Volksbegehren nicht gegen die in § 63 LWG niedergelegten Grundsätze und ist keinem inhaltsgleichen Antrag während des letzten Jahres vor der Einreichung des neuen Antrages stattgegeben worden, ist das Volksbegehren zuzulassen. Außerhalb dieses Rahmens darf die Landesregierung auf die Zulassung des Volksbegehrens keinen Einfluss nehmen. Ansonsten würde das Initiativrecht des Volkes in unzulässiger Weise beeinträchtigt. Zu problematisieren ist jedoch, ob die Landesregierung auch die Vereinbarkeit des Volksbegehrens mit den Normen des Grundgesetzes, der Bundesgesetze und der Rechtsverordnungen des Bundes prüfen muss. Das ist insbesondere dann sinnvoll, wenn ein in die Gesetzgebungskompetenz des Bundes eingreifendes Volksbegehren rechtzeitig abgewendet werden könnte. Der Bayerische Verfassungsgerichtshof weist zu Recht auf die nutzlose Aufwendung von hohen Verwaltungskosten für ein Gesetz, dessen Nichtigkeit festgestellt werden müsste, hin und bejaht ein Prüfungsrecht anhand des Grundgesetzes (19). Entgegen der Auffassung von Schuck/Unglaub (20) kann diese Rechtsprechung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes wegen der unterschiedlichen Gesetzeslage nicht unbesehen auf das rheinland-pfälzische Wahlrecht angewendet werden. Nach Art. 71 BayLWG hat das Staatsministerium des Innern „die gesetzlichen Voraussetzungen für die Zulassung des Volksbegehrens“ zu prüfen. Methodisch einwandfrei konnte das Gericht feststellen, dass der Wortlaut der Norm („gesetzliche Voraussetzungen“) für eine Überprüfung anhand höherrangiger Normen offen

ist. Aufgrund der Zielsetzung des Überprüfungsverfahrens, nämlich die Rechtmäßigkeit des beabsichtigten Gesetzes zu analysieren, konnte deshalb das Gericht es als gerechtfertigt ansehen, das Grundgesetz als Prüfungsmaßstab heranzuziehen.

Ebenso wenig begründet der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts (21), der zu dem gleich gelagerten Problem in dem hessischen Gesetz über Volksbegehren und Volksentscheid (GVV) erging, ein umfassendes Prüfungsrecht nach dem rheinland-pfälzischen Wahlrecht. Nach § 3 Abs. 2 S. 1 GVV ist u.a. dem Zulassungsantrag für ein Volksbegehren dann stattzugeben, wenn er „den Bestimmungen der Verfassung“ entspricht. Art. 153 der hessischen Verfassung weist auf die unterschiedlichen Gesetzgebungsbefugnisse von Bund und Ländern hin und konstatiert, dass „künftiges Recht der deutschen Republik Landesrecht bricht“. Damit darf auch das Volk als Landesgesetzgeber nicht gegen die Gesetzgebungskompetenz des Bundes verstoßen (22).

Die rheinland-pfälzische Verfassung ist weniger eindeutig. Art. 141 LV besagt zwar, dass die Verfassungsbestimmungen, die der künftigen deutschen Verfassung widersprechen, außer Kraft treten, sobald diese rechtswirksam wird. Jedoch führt § 61 LWG diesen Artikel nicht als Zulassungsvoraussetzung an.

Art. 74 LV und der Vorspruch zur Verfassung kommen insoweit in Betracht, als sie Rheinland-Pfalz als Teil eines erst künftig entstehenden Gesamtstaates ansehen (23). So ist nach Art. 74 LV Rheinland-Pfalz u.a. ein sozialer Gliedstaat Deutschlands. In die gleiche Richtung zielt der Vorspruch zur Verfassung, nach der ein neues, demokratisches Deutschland als lebendiges Glied der Völkergemeinschaft geformt werden soll. Wenn aber Rheinland-Pfalz nach seiner Verfassung ein „Gliedstaat“ ist, bindet es sich in einem Staatenbund ein (24) und nimmt an einer Abgrenzung der unterschiedlichen Kompetenzen teil, deren Regelungen das Land einhalten muss (25). Aufgrund dessen haben sowohl der Landtag als auch das Volk die in dem Gesamtstaat vereinbarten Gesetzgebungsbefugnisse des Bundes zu achten.

Ob diese Begründung ausreicht, eine umfassende Prüfung des Volksbegehrens zu bejahen, bleibt zweifelhaft. Der Gesetzgeber führt in der Gesetzesbegründung lediglich die (rheinland-pfälzische) Verfassung als Prüfungsmaßstab an (26). Zudem wird der Wortlaut der Verfassung weit ausgelegt. Eine entsprechende Klarstellung in § 64 LWG erscheint deshalb notwendig.

Die ebenfalls zu berücksichtigende Ausschlussfrist des § 64 Abs. 1 S. 2 LWG ist rechtlich nicht zu beanstanden. Sie gewährleistet Rechtsfrieden und Rechtssicherheit. So muss ausgeschlossen sein, dass aussichtslose Volksbegehren immer wieder eingebracht werden (27).

Die Entscheidung der Landesregierung ist den Antragstellern durch den Landeswahlleiter (§ 64 Abs. 2 S. 1 LWG) zuzustellen (28). Wird der Zulassungsantrag abgelehnt, entspricht es den Grundregeln des Rechtsstaates, dass dagegen ein Rechtsmittel eingelegt werden kann (29). § 65 LWG regelt die in diesem Zusammenhang auftretenden Fragen.

Der rheinland-pfälzische Verfassungsgerichtshof ist anzurufen (Art. 135 Abs. 1 Nr. 6 LV i. V. m. § 65 LWG), wenn die Landesregierung den Antrag mit der Begründung einer unzulässigen Abänderung der Verfassung durch das Volksbegehren ablehnt. Das Oberverwaltungsgericht hat zu allen übrigen Ablehnungsgründen eine Entscheidung zu treffen.

Die Klagefrist beträgt nach der Zustellung des Ablehnungsbescheides einen Monat. Gegen den Beschluss der Landesregierung können nur alle Antragsteller gemeinsam Klage erheben, da der Antrag auch von allen gestellt worden ist (30). Diese Regelung ist nicht unbedenklich. Es dürfte schwierig sein, alle Antragsteller zur Klageerhebung zu bewegen. Das könnte als eine Verweigerung des gerichtlichen Rechtsschutzes ausgelegt werden. Denn dem Rechtssuchenden dürfen keine unangemessen hohen verfahrensrechtlichen Hindernisse auferlegt werden, damit er gerichtliches Gehör erlangen kann (31). Ferner ist es unstimmig, im Falle der Rücknahme des Volksbegehrens nach seiner Zulassung und Bekanntgabe einen „Mehrheitsbeschluss“ der Antragsteller ausreichen zu lassen (§ 67 S. 2 LWG). Eine Änderung des Gesetzes ist deshalb erforderlich.

Die hessische Regelung, die nach § 4 S. 2 GVV eine Klagebefugnis der Vertreter der Antragsteller genügen lässt, eignet sich jedoch nicht zur Übernahme, da sie das Demokratieprinzip nur unzureichend beachtet. Es kann nicht sein, dass ohne Bevollmächtigung und ohne Diskussion mit den übrigen Antragstellern ein solcher Schritt von einem kleinen Personenkreis vorgenommen werden kann. Das gleiche Argument schließt es ebenso aus, die Antragsteller zugleich mit der Leistung der Unterstützungsunterschrift für eine eventuelle Klage zu bevollmächtigen. Ein rechtsstaatlich vernünftiger Weg scheint die Lösung des bayerischen Landeswahlgesetzes zu sein. Nach seinem Art. 71 ist im Falle der beabsichtigten Ablehnung sogleich eine Entscheidung des Gerichtes herbeizuführen.

Schließlich ist es nicht einzusehen, aus welchem Grund zwei Gerichte mit Volksbegehren befasst werden sollen. Da in der Hauptsache eine verfassungsrechtliche Prüfung gefordert wird (§§ 64, 61 LWG), liegt eine Alleinzuständigkeit des Verfassungsgerichtshofes nahe.

Hat die Landesregierung das Volksbegehren zugelassen, macht der Landeswahlleiter, der zusammen mit dem ebenfalls zu den Landtagswahlen gebildeten Landeswahlausschuss das Volksbegehren durchführt (§ 76 Abs. 1 LWO), den Zulassungsantrag im Ministerialblatt der Landesregierung bekannt und setzt den Beginn und das Ende der Frist fest, innerhalb derer die Eintragung für das Volksbegehren erfolgen kann (§ 66 Abs. 1 LWG). Nach § 66 Abs. 2 LWG beginnt die Eintragsfrist frühestens 14 Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung. Innerhalb dieses Zeitraums können die notwendigen Vorbereitungsarbeiten der Antragsteller und der Gemeindeverwaltungen durchgeführt werden. Ferner soll die Eintragsfrist in aller Regel 14 Tage umfassen. Eine Abweichung ist folglich nur in atypischen Fallgestaltungen, z. B. auf Antrag der Initiatoren, möglich. Die Bürger haben somit ausreichend Gelegenheit, das Begehren zu unterstützen. Der Gesetzgeber

(32) wollte zudem mit besagter Fristsetzung eine rasche Durchführung des Volksbegehrens erreichen. Dagegen ist einzuwenden, dass die Vorschrift dem Landeswahlleiter nicht aufgibt, innerhalb eines bestimmten Zeitraumes das Volksbegehren durchzuführen.

§ 67 LWG lässt eine Änderung des zugelassenen und veröffentlichten Antrags nicht mehr zu. Die Antragsteller sind aber noch insoweit dispositionsbefugt, als sie gegenüber dem Landeswahlleiter den Antrag zurücknehmen können, wenn mehr als die Hälfte der Unterzeichner dies befürworten.

Zu den angesprochenen Vorbereitungsarbeiten gehört, dass die Gemeindeverwaltungen vor Beginn der Eintragsfrist ein Eintragsverzeichnis getrennt nach Auslegestellen anlegen (§ 76 Abs. 2 S. 1 LWO). Das Verzeichnis entspricht grundsätzlich dem Wählerverzeichnis bei Landtagswahlen (§ 76 Abs. 2 S. 2 LWO). Dabei ist zu beachten, dass noch während der Eintragsfrist das Stimmrecht entstehen kann. Es muss deshalb das Eintragsrecht zu dem Zeitpunkt seiner Entstehung vermerkt werden. Zudem müssen auch die Gemeinden ein Eintragsverzeichnis erstellen, in denen nach der Vorgabe der Antragsteller keine Auslegestellen eröffnet werden sollen. Der so betroffene Stimmberechtigte hat nämlich die Möglichkeit, mittels Eintragungsschein in einer beliebigen Auslegestelle in Rheinland-Pfalz seine Unterschrift zu leisten. Weiterhin haben die Gemeindeverwaltungen die Aufgabe, spätestens am 24. Tag vor dem Beginn der Eintragsfrist die Auslegung des Eintragungsberechtigtenverzeichnisses öffentlich bekannt zu geben und darauf hinzuweisen, wo, in welcher Zeit sowie unter welchen Voraussetzungen Eintragungsscheine beantragt werden können. Eine der Wahlbenachrichtigung entsprechende Information der Stimmberechtigten hat nicht zu erfolgen (33).

Den Antragstellern obliegt es, den Gemeindeverwaltungen die auf eigene Kosten gefertigten Eintragungsslisten zu übergeben (§ 68 Abs. 1 S. 1 LWG). Wichtig dabei ist, dass die Listen den vollständigen Gesetzesentwurf enthalten, damit der Eintragungswillige klar erkennen kann, welchem Vorschlag er zustimmt (§ 68 Abs. 2 S. 2 LWG). Nach dem Eingang der Vordrucke haben die Gemeinden unverzüglich (§ 78 Abs. 1 LWO) die Eintragsfrist, die Auslegestellen und die Auslegezeiten öffentlich bekannt zu machen (§ 68 Abs. 3 S. 1 LWG) und die Listen zu den entsprechenden Terminen an den vorgesehenen Orten für Eintragungen bereit zu halten (§ 68 Abs. 2 S. 1 LWG). In der Bekanntmachung ist ebenfalls der Wortlaut des Volksbegehrens anzuführen. Daneben sind die stimmberechtigten Bürger über ihr Eintragsrecht in den Auslegestellen zu informieren (§ 68 Abs. 3 LWG).

Die Gemeindeverwaltungen haben in eigener Verantwortung die Auslegestellen vor Ort und die genauen Auslegezeiten zu bestimmen. Für die Auslegezeiten gibt § 68 Abs. 2 S. 2 LWG vor, sie so zu gestalten, dass jeder Stimmberechtigte Gelegenheit hat, sich an dem Volksbegehren zu beteiligen. Insbesondere sind dabei die beruflichen Verhältnisse der Einwohner zu berücksichtigen. Darüber hinaus soll während der Eintragsfrist

den Stimmberechtigten auch an Sonn- und Feiertagen die Möglichkeit eingeräumt werden, ihre Zustimmung zu erklären (§ 78 Abs. 2 LWO).

Hinsichtlich der Auslegestellen lässt § 79 Abs. 1 LWO in größeren Gemeinden zur schnelleren Abwicklung der Eintragungen die gleichzeitige Auslegung in mehreren Räumen mit einer entsprechenden Anzahl von Eintragungslisten zu. Im Übrigen sollen in Krankenhäusern, Altenheimen, Altenwohnheimen, Pflegeheimen, Erholungsheimen, sozialtherapeutischen Anstalten, Justizvollzugsanstalten und Gemeinschaftsunterkünften mit einer größeren Anzahl von Eintragungsberechtigten, die keinen Raum zur Eintragung außerhalb der Einrichtung aufsuchen können, eine oder mehrere Eintragungslisten ausgelegt werden (§ 79 Abs. 2 LWO). Bei der Anwendung der Norm treten zwei Fragen auf. Einmal ist der Begriff „größere“ Anzahl schwer zu definieren. Einen zahlenmäßigen Anhaltspunkt findet man lediglich in § 5 Abs. 1 LWO, wonach nur dann ein Briefwahlvorstand gebildet werden darf, wenn auf ihn mindestens 50 Wahlbriefe entfallen. Eine entsprechende Anwendung scheidet aus, weil diese Vorschrift das Wahlgeheimnis schützen will, das beim Volksbegehren gerade nicht zum Tragen kommt. Nach der hier vertretenen Ansicht werden die Gemeindeverwaltungen zu einer nach außen kaum begründbaren Abgrenzung gezwungen.

Da auch eine Briefwahl beim Volksbegehren nicht möglich ist, werden zudem Stimmberechtigte „kleinerer“ Anstalten von der Eintragung faktisch ausgeschlossen. Auf dieses Problem wird noch einzugehen sein.

Naturgemäß können die Vorgaben zu den Auslegezeiten und -stellen nur Leitlinien aufstellen, die vor Ort umgesetzt werden müssen. Dazu ist es erforderlich, sich die verfassungsrechtlichen Grundlagen nochmals vor Augen zu führen. So haben die Gemeindeverwaltungen das Recht der Stimmberechtigten, einen Gesetzesentwurf einzubringen, zu gewährleisten. Deshalb verbietet es sich, Auslegezeiten und -stellen so eng einzugrenzen, dass eine Eintragung nur unter erschwerten Bedingungen möglich ist. Da das Volksbegehren eine Gesetzesinitiative ist, also ein aktives Handeln zur Erreichung eines bestimmten Ziels erfordert, müssen die Eintragungslisten nicht unbegrenzt und allorts ausgelegt werden. Zu Recht entschied deshalb der hessische Staatsgerichtshof (34), dass die Behörde beispielsweise aus fiskalischen Gründen das Volksbegehren nicht erschweren darf, dem Bürger aber nicht jede geringfügige Unannehmlichkeit erspart bleiben muss.

Die Gemeindeverwaltungen haben bei der Festlegung der Auslegestellen insbesondere die örtlichen Verkehrsverhältnisse in ihre Überlegungen einzubeziehen. Bezüglich der Auslegezeiten dürfte es neben den allgemeinen Öffnungszeiten ausreichend sein, wenn für Berufstätige an dem einen oder anderen Tag die Verwaltung bis in die Abendstunden geöffnet ist und auch an Samstagen und Sonntagen für mehrere Stunden Eintragungen vorgenommen werden können. Dieses Ziel wurde bei dem zum ersten Mal durchgeführten Volksbegehren in Rheinland-Pfalz erreicht. Die Initiatoren haben diesbezüglich keine begründete Kritik verlauten lassen.

§ 69 LWG regelt, wer berechtigt ist, sich in die Unterschriftsbögen einzutragen. Voraussetzung dazu ist die Eintragung im Eintragungsberechtigtenverzeichnis, sofern das Stimmrecht noch nicht verloren gegangen ist, oder die Vorlage eines Eintragungsscheines. Für dessen Ausstellung gelten die entsprechenden Bestimmungen des Wahlrechts (§ 69 Abs. 1 Nr. 2 i. V. m. § 8 LWG). Angesichts der landesweiten Auslegung und der 14-tägigen Auslegungsfrist ist nur eine geringe Anzahl von Eintragungsscheinen benötigt worden.

Die Eintragung an sich kann nur höchstpersönlich und nur vor Ort vorgenommen werden. So schreibt § 68 Abs. 2 S. 1 LWG u. a. den Gemeindeverwaltungen vor, die Eintragungslisten „zum eigenhändigen schriftlichen Eintrag der Zustimmungserklärung“ bereit zu halten. Das Volksbegehren erfordert also ein persönliches Engagement des unterstützungswilligen Bürgers. Denn er kann nur an einer bestimmten Stelle seine Eintragung vornehmen. Eine Briefwahl scheidet deshalb aus (35).

Aus der Bedingung der Höchstpersönlichkeit folgt, dass die Person des Eintragenden klar bestimmbar sein muss, um seine materielle Berechtigung nachzuweisen. Zur Identifizierung hat deshalb die Eintragung neben der Unterschrift den Familiennamen und Vornamen sowie die Anschrift zu enthalten (§ 70 Abs. 1 LWG). Die nunmehr geltende Fassung des § 70 LWG trat erst kurz vor dem Eintragungsverfahren in Kraft. Nach der alten Rechtslage war für eine gültige Eintragung die Angabe des Familiennamens und Vornamens, des Geburtsdatums und des Geburtsortes, des Berufes und des Standes bzw. der Anschrift vorzunehmen.

Die Novellierung hinsichtlich der zusätzlich notwendigen Unterschrift drängte sich auf, da diese Eintragung bisher nur in § 77 Abs. 2 LWO ausdrücklich und in § 68 Abs. 2 S. 1 LWG nur inzidenter vorgesehen war und deshalb dem rechtsstaatlichen Bestimmtheitsgebot nur unzureichend entsprach. Die Begrenzung der Angaben zur Person reicht im Übrigen zur Identifizierung aus und beachtet die datenschutzrechtlichen Anforderungen (36).

Die Gültigkeit der Eintragungen richtet sich nach § 71 LWG. Im Wesentlichen sanktioniert die Vorschrift die nicht mögliche Identifizierung bzw. das fehlende Eintragsrecht des Unterschriftleistenden. So liegt eine Ungültigkeit der Eintragung vor, wenn sie unleserlich oder unvollständig ist. Aus diesem Grund haben die Gemeindeverwaltungen die Eintragungswilligen anzuhalten, alle Spalten der Eintragungsliste vollständig und leserlich auszufüllen (§ 81 Abs. 4 LWO). Bei Unterschriften wird wegen ihrer Individualität eine Lesbarkeit nicht immer gewährleistet sein. Deshalb sollen die Bediensteten die Unterschrift erläutern (§ 81 Abs. 6 LWO). Der Vorschlag, die Unterschrift für gültig zu erklären, ist dann sinnvoll, wenn sie den Unterzeichner und seine Unterschrift kennen. Ausreichend für die Gültigkeit dürfte im Übrigen die Erkennbarkeit von mehreren einzelnen Buchstaben sein. Die Rechtsprechung zu der Bestimmbarkeit des Klägers bei der Einreichung der Klage (37) kann hier übernommen werden.

Weitere Ungültigkeitstatbestände sind nach § 71 Abs. 1 Nr. 2-5 LWG die nicht zweifelsfreie Erkennbarkeit des Eintragenden, die Eintragung nicht stimmbe-

rechtigter Personen, die Eintragung in nicht ordnungsgemäße Eintragungslisten (38) und die nicht rechtzeitige Abgabe der Eintragung.

Nach dem Ablauf der Eintragsfrist schließt die Gemeindeverwaltung unverzüglich (§ 82 Abs. 1 LWO) die Eintragungslisten mit der Bestätigung, dass die Eingetragenen am Tage der Eintragung stimmberechtigt waren und in der Gemeinde ihren Wohnsitz hatten oder Eintragungsscheine übergeben haben (§ 72 Abs. 1 LWG). Daneben sind die Anzahl der Unterschriften festzustellen und Bedenken gegen die Gültigkeit zu vermerken (§ 83 LWO). Die Eintragungslisten müssen sodann von den kreisfreien Städten unmittelbar, von den kreisangehörigen Gemeinden über den zuständigen Landrat an den Landeswahlleiter übersandt werden (§ 72 Abs. 2 LWG).

Über die Gültigkeit der Unterschriften entscheidet letztendlich der Landeswahlausschuss (§ 71 Abs. 2 LWG). Dieser stellt auch das Ergebnis fest und gibt es öffentlich bekannt (§ 73 Abs. 1 LWG).

Erreicht das Volksbegehren nicht die erforderliche Unterstützung, übersendet abschließend der Landeswahlleiter die Verhandlungen, also die Niederschrift der Sitzung des Landeswahlausschusses, über das Volksbegehren einschließlich der Unterlagen der Landesregierung. Damit endet, wie beim Volksbegehren über die Wiedereinführung des Buß- und Bettages, das Verfahren.

Ist das Volksbegehren erfolgreich, hat die Landesregierung dieses dem Landtag mit einer eigenen Stellungnahme unverzüglich zu unterbreiten (Art. 109 Abs. 2 LV und § 74 Abs. 2 S. 1 LWG). Innerhalb von zwei Monaten nach der Unterbreitung durch die Landesregierung hat der Landtag über das Volksbegehren zu entscheiden. Die Fristsetzung zwingt dazu, sich der Gesetzesinitiative des Volkes auch anzunehmen. Stimmt der Landtag seiner Auflösung oder dem Gesetzentwurf nicht zu, ist ein Volksentscheid herbeizuführen (§§ 75 Abs. 2, 77 Nr. 1 LWG). Er kann dabei einen eigenen Gesetzentwurf dem Volk zur Abstimmung vorlegen (§ 75 Abs. 3 LWG).

III. Rechtliche Fragen bei der erstmaligen Durchführung eines Volksbegehrens

In der praktischen Umsetzung des Verfahrens zur Durchführung eines Volksbegehrens traten die nachfolgenden Fragestellungen auf:

- Nach § 68 Abs. 2 S. 1 LWG haben die Gemeindeverwaltungen die Eintragungslisten für die Zustimmungserklärungen auszulegen. Das sind die Stadt- und Gemeindeverwaltungen für die kreisfreien Städte, großen kreisangehörigen Städte und verbandsfreien Gemeinden sowie die Verbandsgemeindeverwaltungen für die Ortsgemeinden (§ 94 S. 1 LWO). Die Bürgermeister der Ortsgemeinden erklärten sich darüber hinaus bereit, in den Ortsgemeinden Eintragungslisten auszulegen. Das auf freiwilliger Basis gemachte Angebot hat die Eintragungsmöglichkeiten verbessert. Die gesetzliche Grundlage für diese Maßnahme ergibt sich aus § 86 S. 2 LWG.

Die Initiatoren des Volksbegehrens wünschten zudem eine Auslegung der Eintragungslisten in den Kirchen. Dem konnte nicht entsprochen werden. Dagegen spricht bereits der Wortlaut des § 68 Abs. 2 LWG, der allein die Gemeindeverwaltungen als zuständigen Auslegungsort vorsieht. Im Übrigen widerspricht es dem Datenschutz, wenn ein amtlich erstelltes Eintragungsberechtigtenverzeichnis ungesichert in privaten Räumen ausliegt. Eine mögliche Zweckentfremdung sollte schon im Ansatz verhindert werden. Schließlich ist anzustreben, dass die Bürger frei über ihre Zustimmungserklärung entscheiden können. Außerhalb der amtlichen Räume kann jedoch auf die Dispositionsfreiheit des Einzelnen Druck ausgeübt werden. Angesichts dessen ist eine Ausweitung der Auslegungsorte nicht rechters.

- Während der Auslegung kam es vereinzelt vor, dass Antragsteller ihre geleistete Eintragung wieder zurücknehmen wollten. Nach den Erkenntnissen der Gemeindeverwaltungen beruhte die Eintragung häufig auf der fehlerhaften Einschätzung, damit gegen die Wiedereinführung des Buß- und Bettages gestimmt zu haben. Es fragt sich nun, ob eine Eintragung zurückgenommen werden kann.

Eine gesetzliche Grundlage dafür sehen die Regelungen über das Volksbegehren nicht vor (39). Es ist deshalb zu überlegen, ob die Regelung bei Wahlen, die eine Rücknahme der abgegebenen Stimme ausschließt, entsprechend angewendet werden kann (40). Nach ihrem Zweck passt die Vorgabe jedoch nicht. Aufgrund der fehlenden Kennzeichnung des Stimmzettels kann der Wähler nicht mehr identifiziert und der Stimmzettel ebenso wenig ausgesondert werden. Angesichts der für jedermann erkennbaren Eintragung überzeugt dieses Argument nicht. Ferner handelt es sich bei der Zustimmungserklärung nicht um ein Gestaltungsrecht, das in der Regel nicht widerrufen werden darf. Letztendlich lässt sich gegen eine Rücknahme noch anführen, dass der Antragsteller, der von dritter Seite genötigt wird, seine getroffene Entscheidung zu ändern, geschützt werden muss. Dieser Ansicht ist nicht zu folgen. Der demokratische Rechtsstaat garantiert Willens- und Meinungsfreiheit. Die darauf beruhende offene Gesellschaft diskutiert frei von staatlichem Zwang über politische Themen. Es lassen sich auch keine gesellschaftlichen Kräfte ermitteln, die Stimmberechtigte zu einer Rücknahme ihrer Entscheidung drängen. In diesem Fall obliegt es staatlichen Stellen, dagegen einzuschreiten. Auch der Einwand, die Rücknahme widerspreche der zu fordernden Rechtssicherheit, kann nach der hier vertretenen Ansicht nicht überzeugen. Da die Rücknahme von Gesetzes wegen nicht ausgeschlossen ist, kann dem Willen des Eintragenden dieses Argument nicht entgegen gehalten werden; zumal ein zu schützendes Vertrauen anderer nicht ersichtlich ist. Daraus ist zu folgern, dass die vorliegende Gesetzeslage eine Rücknahme der Eintragung durch den Antragsteller zulässt.

- Ein weiteres Problem ist die „Doppeleintragung“. Bisweilen kam es vor, dass sich eintragungsberech-

tigte Bürger sowohl bei der Ortsgemeinde als auch bei der Verbandsgemeinde für das Volksbegehren ausgesprochen haben.

Eine Doppeleintragung ist rechtlich nicht zulässig. Schon aus § 68 Abs. 2 S. 1 LWG ergibt sich, dass nur eine Zustimmungserklärung möglich ist. Auf § 4 Abs. 1 LWG muss deshalb nicht zurückgegriffen werden. Die Folgen der Doppeleintragung regelt § 71 Abs. 1 LWG nicht ausdrücklich. § 71 Abs. 1 Nr. 3 LWG legt jedoch fest, dass Eintragungen nicht stimmberechtigter Personen ungültig sind. Das ist der Fall, wenn der Eintragungswillige erneut seine Zustimmung erklären will. In diesem Zeitpunkt hat er sein Recht durch die erste Eintragung verwirkt. Folglich ist jedenfalls eine Eintragung ungültig. Es stellt sich nun die Frage, ob auch der anderen Eintragung die Wirksamkeit abgesprochen werden muss. Dagegen könnte § 48 Abs. 3 LWG eingewendet werden. Nach dieser Auslegungsregel gelten mehrere in einem Wahlumschlag befindliche Stimmzettel als ein Stimmzettel, wenn sie gleich lauten oder nur einer von ihnen gekennzeichnet ist.

Eine analoge Anwendung dieser Norm scheidet bereits deshalb aus, weil aufgrund der lex-specialis-Vorschrift des § 71 Abs. 1 Nr. 3 LWG nur noch die Gültigkeit einer Eintragung fraglich ist. Des weiteren passt auch die ratio legis des § 48 Abs. 3 LWG auf die vorliegende Fallgestaltung nicht. § 48 Abs. 3 LWG schreibt vor, auf welchem Weg widersprüchliche Willenserklärungen im Rahmen der Stimmabgabe gelöst werden sollen. Die Problematik eines mehrmaligen Ausübens des Wahlrechtes wird hingegen nicht diskutiert. Für eine Berücksichtigung einer Eintragung spricht weiterhin, dass der Wille des Eintragenden klar erkennbar ist. Das Argument reicht aber nicht aus, um die Gültigkeit zu begründen. Entscheidend ist, dass durch die doppelte Eintragung gegen den Grundsatz der „Eintragungsgleichheit“ verstoßen wird. Eine bloße strafrechtliche Sanktionierung reicht nicht aus. Wer versucht, auf unrechtmäßige Weise sein Ziel zu erreichen, muss mit entsprechenden Konsequenzen, der Ungültigkeit seiner Eintragungen, rechnen (41).

- Insbesondere die Stadtverwaltungen haben beanstandet, dass das Eintragungsberechtigtenverzeichnis für alle Auslegestellen des Stadtgebietes zu fertigen war. Sie fanden es ausreichend, nach der Eintragung die Berechtigung bei einer zentralen Erfassungsstelle abzugleichen. Manche Gemeinden scheinen auch so gehandelt zu haben, denn anders sind ihre Feststellungen, der Eintragende habe keine Berechtigung gehabt, kaum erklärbar.

Gegen eine solche Praxis spricht, dass der Eintragende von der Ungültigkeit seiner Zustimmungserklärung keine Kenntnis erlangt und wohl darüber im Nachhinein auch nicht informiert wird. Damit schneidet die Verwaltung ihm rechtgrundlos sein in § 80 Abs. 1 i.V.m. § 19 Abs. 2 Nr. 1 LWO verbürgtes Recht auf Beantragung eines Eintragungsscheines ab. Das wiegt umso schwerer, als er keine Benachrichtigung über seine Eintragung im Berechtigtenverzeichnis erhält. Dem kann nicht entgegengehalten werden,

er hätte sich während der Auslegung des Eintragungsberechtigtenverzeichnisses informieren können. Aufgrund der abgeschlossenen Auslegung hat er bereits nur noch ein eingeschränktes Antragsrecht, um eingetragen zu werden. Diese Rechtsposition muss ihm unangetastet erhalten bleiben.

IV. Kritik am Verfahren zur Durchführung des Volksbegehrens

Nachdem die Eintragsfrist für das Volksbegehren abgelaufen war und sich der ausbleibende Erfolg abzeichnete, wurde an dem Verfahren zur Durchführung des Volksbegehrens grundsätzliche Kritik erhoben. Im Kern wird bezweifelt, ob die Verfahrensvorschriften das demokratische Recht des Volkes, Gesetzgebungstätigkeit auszuüben, in dem erforderlichen Maße gewährleisten. So wird bemängelt, dass die im Eintragungsberechtigtenverzeichnis Eingetragenen nicht über ihr Recht entsprechend der Wahlbenachrichtigung informiert werden (42). Gefordert wird zudem eine verständlichere und umfassendere Aufklärung über das Volksbegehren (43). Weiterhin sei die nicht vorgesehene Möglichkeit der „Briefwahl“ zu beanstanden (44). Insbesondere bettlägerigen Stimmberechtigten werde dadurch die Inanspruchnahme der verfassungsmäßigen Rechte genommen. Schließlich sei das geforderte Stimmenquorum zu hoch (45). Die Zulassung eines Volksbegehrens könne deshalb kaum erreicht werden.

Ob in der Tat die Forderungen verfassungsrechtlich geboten sind, ist anhand der systematischen Stellung des Volksbegehrens in der Verfassung und der dort beschriebenen Anforderungen an den Gesetzgeber zu beantworten.

Das Volksbegehren ist, wie schon dargelegt wurde, eine Gesetzesinitiative des Volkes. Bereits aus dem Wortlaut ergibt sich, dass das Volk aktiv werden muss, damit später eine Entscheidung durch den Volksentscheid getroffen werden kann. Die Initiatoren eines Volksbegehrens haben also die Aufgabe, selbst den politischen Willensbildungsprozess in ihrem Sinne auf den Weg zu bringen. Deshalb müssen sie sich eine ausreichende Unterstützung für ihr Vorhaben verschaffen. Es muss sich erst zeigen, inwieweit die Gesellschaft an einer Gesetzeseinführung bzw. -änderung interessiert ist. Im Gegensatz zu den im Landtag vertretenen Parteien lässt sich ein politischer Rückhalt bei den Bürgern hierbei nicht unterstellen.

Die Aufklärung über den Inhalt des Volksbegehrens hat demnach nicht von den staatlichen Institutionen auszugehen. Aus dem gleichen Grund ist es nicht geboten, die Eintragungsberechtigten über ihr Eintragsrecht gesondert zu informieren.

Etwas anderes sollte für Volksentscheide gelten. Hier wird eine konkrete Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung eines Gesetzes gefordert. Die dazu nötige, vorbereitende Maßnahme, die Gesetzesinitiative, ist bereits getroffen worden. Angesichts dessen besteht zu den Wahlen Identität, sodass eine Benachrichtigung der Stimmberechtigten erfolgen sollte.

Allerdings gehört es zu den staatlichen Aufgaben, in Bekanntmachungen über das Verfahren zur Durchführung des Volksbegehrens zu informieren. Hier traten sicherlich angesichts der umfangreichen Ausführungen Irritationen auf. Es darf aber nicht vergessen werden, dass zum ersten Mal in Rheinland-Pfalz ein Volksbegehren stattgefunden hat und demzufolge eine gewisse Unerfahrenheit mit diesem Instrument in der Bevölkerung herrschte. Zudem besteht die Pflicht, die einzelnen Tatbestände möglichst genau zu formulieren, um Rechtssicherheit zu gewährleisten (46). Das geht sicherlich auf Kosten der Verständlichkeit der Sprache. Dieser Konflikt wird jedoch kaum lösbar sein.

Die Kritik, das Landeswahlgesetz verhindere wegen des Fehlens einer „Briefwahl“ die Ausübung verfassungsmäßiger Rechte, ist nicht begründet. Richtig ist allerdings, dass die zu Hause befindlichen bettlägerigen Stimmberechtigten und solche, die sich in einer kleineren Einrichtung i. S. v. § 79 Abs. 2 LWO befinden, eine Eintragung faktisch nicht vornehmen können. Ein Verstoß gegen den Grundsatz der Allgemeinheit der Wahl liegt aber nicht vor.

Durch die Auslegung der Eintragungsbögen in den Gemeindeverwaltungen wird jedermann die Möglichkeit eingeräumt, von seinem Recht, das Volksbegehren zu unterstützen, Gebrauch zu machen (47). Die 14-tägige Auslegungsfrist lässt den Unterstützungswilligen auch ausreichend Zeit, sich einzutragen. Demnach muss der Gesetzgeber persönliche Hinderungsgründe der Stimmberechtigten nicht besonders berücksichtigen. Zudem handelt es sich bei dem Volksbegehren noch nicht um eine Entscheidung, sondern um ihre Vorbereitung, die von dem Bürger ein aktives Handeln verlangt. Da im Rahmen des Volksentscheides eine Briefwahl vorgenommen werden kann (§ 79 LWG), ist auch demjenigen Bürger, der den Wahlschein nicht abholen kann, die Teilnahme an der Gesetzgebungstätigkeit des Volkes grundsätzlich nicht verwehrt.

Letztendlich wird vorgeschlagen, das in Art. 109 Abs. 3 LV vorgesehene Quorum zu senken. Das ist verfassungsrechtlich nicht notwendig. Zudem sprechen auch gewichtige Gründe dagegen.

Im Rahmen der Ausgestaltung ihrer Verfassungen sind die Länder durch Art. 28 Abs. 1 S. 1 GG begrenzt. Um innerhalb des Bundesgebietes Homogenität sicherzustellen, verpflichtet der Bund die Länder, Normativbestimmungen einzuhalten. Innerhalb dieses Rahmens können die Länder dann ihre Vorstellungen verwirklichen. Homogenität darf also nicht mit Uniformität gleichgesetzt werden (48).

Daraus ergibt sich, dass die Länder u.a. den Grundsätzen des demokratischen Rechtsstaates entsprechen müssen. Die rheinland-pfälzische Verfassung kommt dieser Forderung nach, indem sie sich, wie bereits erörtert wurde, für die repräsentative Demokratie ausgesprochen hat. Die Elemente der unmittelbaren Demokratie sind deshalb nicht zwingend erforderlich. Führt aber die Landesverfassung auch eine Gesetzgebungstätigkeit durch das Volk ein, hat der Verfassungsgeber in der Ausgestaltung einen weiten Gestaltungsspielraum. Er ist nur insoweit begrenzt, als er Verfassungs-

normen verletzen würde. Es ist im konkreten Fall nicht ersichtlich, welche verfassungsrechtlichen Gründe gegen das festgesetzte Stimmenquorum sprechen könnten, zumal das Überspringen der notwendigen Stimmenzahl nicht unmöglich erscheint.

Fasst man eine wesentliche Senkung des Quorums ins Auge, stellt die Funktionsfähigkeit des Staates eine Schranke dar. Die politische Willensbildung und Arbeit wird in erheblichem Maße beeinträchtigt, wenn Volksbegehren wegen eines niedrigen Quorums häufig initiiert werden. Es besteht die Gefahr, dass die Bürger an der Demokratie ermüden, wenn sie häufig zu Eintragungen bzw. Entscheidungen aufgerufen werden, die wegen eines zu geringen Rückhalts in der Bevölkerung bzw. wegen des fehlenden Zugriffs auf das Budgetrecht sich kaum gestaltend auswirken können.

Ein weiterer Ausbau der unmittelbaren Demokratie erscheint auch wegen der ausgeweiteten konkurrierenden Gesetzgebung des Bundes und wegen der wachsenden Gesetzgebungszuständigkeit seitens der Europäischen Union problematisch. Vor diesem Hintergrund bleibt den Bundesländern nur noch eine sehr begrenzte Gesetzgebungskompetenz (49). Die Gesetzgebungstätigkeit des Landtages würde aber angesichts dessen weitgehend reduziert, wenn aufgrund verringerter Anforderungen in verstärktem Maße das Volk durch Volksbegehren und Volksentscheide diese ausübte.

Dr. Stephan Danzer

Anmerkungen

- 1) Vgl. die Bekanntmachung des Landeswahlleiters Rheinland-Pfalz über die Zulassung eines Volksbegehrens zur Wiedereinführung des Buß- und Bettages als gesetzlicher Feiertag und die Festsetzung der Eintragsfrist, Staatsanzeiger Rheinland-Pfalz vom 5. 10. 1998, Nr. 36, S. 1542.
- 2) Davon sind die nach Art. 29 Abs. 2 GG vorzunehmenden Volksentscheide zur Neugliederung des Bundesgebietes zu unterscheiden. Vgl. zu den einzelnen Abstimmungen: Mayer/Ule, Staats- und Verwaltungsrecht in Rheinland-Pfalz, Stuttgart 1969, S. 9 f.
- 3) § 58 Abs. 2 SGB XI ermächtigt die Länder, zum Ausgleich des Arbeitgeberanteils einen gesetzlichen Feiertag zu streichen. Allein der Freistaat Sachsen hat davon keinen Gebrauch gemacht. In diesem Fall tragen die nach § 20 Abs. 1 Nr. 1 SGB XI versicherungspflichtig Beschäftigten in Höhe von 1 vom Hundert allein die Beiträge. Peters, in: Kasseler Kommentar zum Sozialversicherungsrecht, Bd. 2, 25. Lieferung, München 1998, § 58 SGB XI, Rn. 5f., 8.
- 4) Vgl. die Pressemitteilung des Landeswahlleiters vom 9. 12. 1998 (LWL 32/98) zum „Amtlichen Endergebnis des Volksbegehrens zur Wiedereinführung des Buß- und Bettages als gesetzlicher Feiertag“.
- 5) Mayer/Ule, a.a.O., S. 50 f., Süsterhenn/Schäfer, Kommentar der Verfassung für Rheinland-Pfalz, Koblenz 1950, Art. 109, Anm. 2, 4.

- 6) Auf die der Weimarer Verfassung entlehnten Art. 114 und 115 LV ist aufgrund der geringen Bedeutung nicht einzugehen. Vgl. dazu Mayer/Ule, a.a.O., S. 53.
- 7) Vgl. zur Weimarer Verfassung: Menger, Christian-Friedrich, Deutsche Verfassungsgeschichte der Neuzeit, 8. Aufl., Heidelberg 1993, S. 170. Auch während der Geltung der Weimarer Verfassung wurden die Volksentscheide wegen des in viele Parteien Volkes wenig genutzt. Zudem Mayer/Ule, a.a.O., S. 28; Süsterhenn/Schäfer, a.a.O., Art. 107, Anm. 2.
- 8) Mayer/Ule, a.a.O., S. 28.
- 9) Ds/Ltag vom 3.5.1950, Nr. 1448, S. 2957.
- 10) Weber-Fas, Wörterbuch zum Grundgesetz, Darmstadt 1993, Begriff „Budgetrecht“, S. 50.
- 11) Schuck/Unglaub, Rheinland-pfälzisches Landeswahlrecht mit Erläuterungen '96, Neustadt a.d. Weinstraße, 1996, § 61, Anm. 61.3.
- 12) § 73 Abs. 3 LWG spricht hier von letzten Landtagswahlen. Es dürfte sich hierbei um einen redaktionellen Fehler handeln.
- 13) Pressemitteilung des Landeswahlleiters (LWL 32/98) vom 9.12.1998; vgl. Anm. 4.
- 14) Ds/Ltag vom 3.5.1950, Nr. 1448, S. 2957.
- 15) Süsterhenn/Schäfer, a.a.O., Art. 109, Anm. 3.
- 16) Auf die das Demokratieprinzip und die speziellen Wahlgrundsätze einschränkenden, aber von der Verfassung zu rechtfertigenden Gründe wird hier nicht eingegangen. Dazu ausführlich: Schreiber, Handbuch des Wahlrechts zum Deutschen Bundestag, Kommentar zum Bundeswahlgesetz, 5. Aufl., Köln u. a. 1994, § 12, Rn. 3f.
- 17) Ds/Ltag vom 3.5.1950, Nr. 1448, S. 2957.
- 18) Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, 51. Jahrgang, Heft 12, Dezember 1998, „kurz und aktuell“.
- 19) DVBl 1985, S. 893 ff. (895).
- 20) Schuck/Unglaub, a.a.O., § 64, Anm. 64.2.
- 21) BVerfG-Beschluss vom 24.3.1982, 2 BvH 1, 2/81; 2 BvR 233/82.
- 22) Zustimmend: Hannappel/Meireis, Leitfaden Volksbegehren und Bürgerbegehren im Lande Hessen, Ausgabe 1997, Mainz 1997, A 1, Rn. 31.
- 23) Mayer/Ule, a.a.O., S. 26f.
- 24) Brockhaus, Enzyklopädie, Bd. 8, 19. Aufl., Mannheim 1989, Begriff „Gliederstaaten“, S. 594.
- 25) Bindschedler, in: Staatslexikon, Bd. 7, Freiburg 1962, Begriff „Staatenbund“, S. 564.
- 26) Ds/Ltag vom 3.5.1950, Nr. 1448, S. 2957.
- 27) Ds/Ltag ebenda.
- 28) Eigentlich dem zuerst genannten Vertreter der Antragsteller (§ 64 Abs. 1 Nr. 3, S. 1 LWG).
- 29) Ds/Ltag vom 3.5.1950, Nr. 1448, S. 2958.
- 30) Ds/Ltag ebenda.
- 31) Schmidt-Aßmann, in: Maunz/Dürig, Kommentar zum GG, Bd. 2, 32. Lieferung, München 1996, Art. 19 IV, Rn. 4.
- 32) Ds/Ltag ebenda.
- 33) Vgl. zu dieser Problematik Abschnitt IV.
- 34) Urteil vom 3.7.1968, P. St. 486.
- 35) Vgl. zu dieser Problematik ebenfalls Abschnitt IV.
- 36) Die nunmehr überholte Regelung ist § 44 Abs. 2 LWG entlehnt worden. Nach dieser Vorschrift soll sich der Bürger ein Bild von dem Bewerber machen können. Ein solcher Sachverhalt liegt hier aber nicht vor.
- 37) Kopp/Schenke, Verwaltungsgerichtsordnung, Kommentar, 11. Aufl., München 1998, § 81, Rn. 5 und 7.
- 38) Deshalb haben die Gemeindeverwaltungen den Einlegebogen mit dem Hauptbogen durch Schnur und Siegel zu verbinden (§ 77 Abs. 1 S. 2 LWO).
- 39) Anders das schleswig-holsteinische Gesetz über Initiativen aus dem Volk, Volksbegehren und Volksentscheid in § 16 Abs. 2: „Die Eintragung kann nicht zurückgenommen werden.“
- 40) So Schuck/Unglaub, a.a.O., § 74, Anm. 74.1.
- 41) So wohl auch für das Wahlrecht: Schreiber, a.a.O., § 14, Rn. 10.
- 42) Nassauische Neueste Nachrichten vom 30.11.1998; Trierischer Volksfreund vom 30.11.1998.
- 43) Frankfurter Rundschau vom 1.12.1998.
- 44) Trierischer Volksfreund vom 30.11.1998; Die Rheinpfalz vom 28.11.1998.
- 45) Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1.12.1998.
- 46) Kaufmann, Arthur, Grundprobleme der Rechtsphilosophie, München 1994, S. 103 – 107.
- 47) Seifert, Bundeswahlrecht, Kommentar, 3. Aufl., München 1976, Art. 38 GG, Rn. 5.
- 48) Maunz/Scholz, in: Maunz/Dürig, a.a.O., Art. 28, Rn. 1 – 3.
- 49) Schneider, Nehmen ist seliger als Geben. Oder: Wie viel „Föderalismus“ verträgt der Bundesstaat?, NJW 1998, S. 3757 f.

Das Statistische Programm der Europäischen Gemeinschaft 1998 bis 2002

Nach längerer Beratungszeit wurde Ende Dezember 1998 mit einer Entscheidung des Rates das Statistische Programm der Gemeinschaft für die Jahre 1998 bis 2002 verabschiedet. Die zum zweiten Mal für ein statistisches Programm der EG gewählte Rechtsform einer Ratsentscheidung, die an die Mitgliedstaaten gerichtet ist, unterstreicht den statistikpolitischen Stellenwert dieses Programms und seinen im Vergleich zu früheren Programmen stärkeren Aufforderungscharakter. Die Durchführung der aus den statistischen Programmen der EG resultierenden Erhebungen fällt in Deutschland bekanntermaßen den Ländern zu. Beschlüsse zu diesen Programmen wirken sich daher auch unmittelbar auf die Arbeiten in den statistischen Landesämtern aus. Deren Aufgabenkatalog wird zwischenzeitlich in nicht unerheblichem Maße durch EG-Statistiken bestimmt.

Das Programm 1998 bis 2002 stellt einen Orientierungsrahmen für Aktionen im Bereich der Gemeinschaftsstatistik dar. Es setzt erstmals striktere und abgestufte Prioritäten und begrenzt die Ausweitung der Gemeinschaftsstatistik durch ausdrückliche Anbindung an die Verfügbarkeit personeller und finanzieller Ressourcen. Realisiert wurde auch eine stärkere Beteiligung des Ausschusses für das Statistische Programm, insbesondere bei der jährlichen Überprüfung der Prioritäten. Damit ist ein entsprechender Beschluss des Bundesrates im Vorfeld der Beratungen zur genannten Ratsentscheidung weitgehend berücksichtigt worden.

Europäischer Statistikbedarf erstreckt sich über 18 Aufgabengebiete

Entsprechend Artikel 1 der Ratsentscheidung ergeben sich die Einzelheiten des Programms aus dem Anhang derselben. Diesem wiederum sind die Leitlinien, die Hauptbereiche und die Ziele der geplanten Maßnahmen zu entnehmen. Der Anhang enthält eine Aufstellung des europäischen Statistikbedarfs, wie er sich aus den politischen Aufgabengebieten der EU ergibt. Der Bedarf ist zunächst in 17 Titel untergliedert, die sich im einzelnen aus dem Vertrag über die Europäische Union, den Verträgen zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften und nachfolgenden Rechtsvorschriften ergeben. Sie reichen vom Freien Warenverkehr über Landwirtschaft, Verkehr, Wirtschafts- und Währungspolitik, Handelspolitik, Sozialpolitik, Industrie oder Umwelt bis hin zur Zusammenarbeit mit Drittländern. Um den Erfordernissen im Zusammenhang mit der Finanzierung der Union sowie den Erweiterungsbestrebungen gerecht zu werden, ist ein 18. Titel hinzugefügt worden.

Zu jedem der politikbezogenen Titel enthält die Ratsentscheidung nähere Ausführungen. Sie beziehen sich auf

- die Hauptausrichtung der statistischen Arbeiten, die für die einzelnen Politikbereiche im Fünfjahreszeitraum durchgeführt werden sollen,

- die den Arbeiten zugrunde liegenden Vertragsbestimmungen sowie die wichtigsten Rechtsakte, die für die Gestaltung der Arbeiten bestimmend sind, ferner auf
- politische Dokumente, die den statistischen Bedarf begründen,
- geplante Rechtsvorschriften für die zu dem jeweiligen Politikbereich geforderte Statistik,
- Themen, für die es keine ausreichenden Ressourcen gibt, um die Fertigstellung der Arbeiten im geforderten Zeitraum sicherzustellen.

Im Vordergrund der Ausführungen steht die politische Begründung des Arbeitsprogramms.

Die den einzelnen Titeln vorangestellten Leitlinien weisen neben einer einleitenden Begründung des Bedarfs an statistischen Informationen für die Durchführung politischer Maßnahmen und deren Erfolgskontrolle zunächst auf notwendige strategische Überlegungen im Zusammenhang mit der Durchführung des Programms hin. Dabei werden Fragen wie Nutzerorientierung, Prioritätensetzung, Qualität, Effizienz oder Minimierung des Aufwandes für die Befragten behandelt.

Hohe Priorität für die Wirtschafts- und Währungsunion

Auch zur Frage der Prioritätensetzung enthalten die Leitlinien eindeutige Festlegungen. Danach werden die Prioritäten jährlich von der Kommission unter Beteiligung des Ausschusses für das Statistische Programm überprüft und für das folgende Jahr abgestimmt. Neue Aktionen und Prioritäten sollen von einer umfassenden Einschätzung statistischer Erfordernisse und der Berücksichtigung der Fähigkeit der Mitgliedstaaten zu deren Deckung ausgehen.

Bei der Bestimmung der Prioritäten für die statistischen Arbeiten werden drei verschiedene Arten von Tätigkeitsbereichen unterschieden:

1. Aus der Gemeinschaftspolitik resultierender vorrangiger Bedarf

Es handelt sich dabei um bei der Durchführung der Gemeinschaftspolitiken entstehende neue statistische Anforderungen. Höchste Prioritätsstufe im Programm 1998 bis 2002 erhalten die Statistiken, die im Zusammenhang mit der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion, mit Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung sowie dem „Europäischen Vertrauenspakt für Beschäftigung“ und schließlich mit der EU-Erweiterung stehen. Hier geht es um statistische Erfordernisse, die aus dem Stabilitäts- und Wachstumspakt erwachsen, um

Kurzzeitindikatoren für Nachfrage, Wirtschaftsleistung, Arbeitsmarkt und Kosten, um Daten zur Kostenstruktur und zu Produktionsleistungen der Unternehmen sowie zur Struktur des Arbeitsmarktes und nicht zuletzt um verlässliche und vergleichbare statistische Daten für die Beitrittsländer.

2. Statistische Begleitung laufender politischer Maßnahmen

Die statistischen Arbeiten zur Begleitung bestehen der Gemeinschaftspolitiken werden vorbehaltlich einer laufenden Bedarfskontrolle fortgeführt.

3. Sonstige Bereiche

Es handelt sich um die Erhebung sonstiger erforderlicher statistischer Daten. Sie richtet sich nach den verfügbaren Ressourcen.

Der letzte Abschnitt der Leitlinien enthält Aussagen zur Notwendigkeit des Ausgleichs zwischen dem Bedarf an Statistiken und den zur Verfügung stehenden Res-

ourcen. Es wird gefordert, dass das Gemeinschaftliche Statistische System für ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen dem Bedarf an Informationen für gemeinschaftspolitische Zwecke und den auf regionaler, nationaler und EU-Ebene für die Bereitstellung dieser Informationen in erster Linie benötigten finanziellen Mittel sorgen muss. In diesem Zusammenhang wird besonders darauf hingewiesen, dass die Flexibilität gewahrt werden muss, die erforderlich ist, damit die nationalen Stellen die wirtschaftlichste Lösung für die Bereitstellung der benötigten Daten wählen können. Darüber hinaus bedürfte es der Konsolidierung des bisher Erreichten und der regelmäßigen Überprüfung des Programms, damit Ressourcen gegebenenfalls für vorrangigere Aufgaben verwendet werden können. Insofern stellen die Titel 1 bis 18 des Programms zunächst den gesamten statistischen Bedarf dar. Mit Blick auf die zur Verfügung stehenden Ressourcen muss anschließend eine Prioritätenzuweisung für die einzelnen statistischen Maßnahmen gemäß dem dafür vorgegebenen Rahmen erfolgen.

Diplom-Agraringenieur Werner Laux

Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Krankenanstalten 1997

1997 gab es in Rheinland-Pfalz insgesamt 103 allgemeine Krankenhäuser mit zusammen 25 500 Planbetten. Der Nutzungsgrad der Betten lag bei 78 %. In den Krankenhäusern waren 4 250 Ärzte hauptamtlich tätig. Hinzu kamen 480 Ärzte im Praktikum und 330 Belegärzte.

Die Mehrzahl der Krankenhäuser (67) befindet sich in freigemeinnütziger Trägerschaft. Weitere 12 Krankenhäuser werden von Privaten betrieben, 24 sind in öffentlicher Trägerschaft.

Zahl der öffentlichen Krankenanstalten geht zurück

Die Jahresrechnungsstatistik der öffentlichen Krankenanstalten weist die Einnahmen und Ausgaben von 21 öffentlichen Einrichtungen aus; 19 dieser Anstalten sind in kommunaler Trägerschaft, zwei gehören dem Land. Drei der in der Krankenhausstatistik als Anstalten in öffentlicher Trägerschaft erfassten Häuser werden nicht in die Jahresrechnungsstatistik einbezogen. Die Zahl der mit der Jahresrechnungsstatistik erfassten öffentlichen Krankenanstalten, ist in den letzten Jahren stets rückläufig gewesen. So wurden 1995 noch 25 Krankenhäuser von der öffentlichen Hand betrieben. Inzwischen sind zwei kommunale Anstalten in freigemeinnützige Trägerschaft übergegangen und die drei staatlichen Krankenanstalten in Alzey, Andernach und Meisenheim wurden in einer Anstalt des öffentlichen Rechts zusammengefasst.

Ausgabevolumen fast 2,3 Mrd. DM

Die 21 öffentlichen Einrichtungen haben 1997 insgesamt 2,26 Mrd. DM ausgegeben. Davon entfielen 65 % auf die kommunalen und 35 % auf die staatlichen Krankenanstalten. An Einnahmen erzielten sie insgesamt 2,28 Mrd. DM, so dass sich rechnerisch ein Überschuss ergibt. Da hier aber ausschließlich die kassenwirksamen Ausgaben und Einnahmen betrachtet werden, wird das Bild verzerrt, denn alle übrigen Vorgänge, wie zum Beispiel die Abschreibungen, bleiben unberücksichtigt.

Die Ausgaben konzentrieren sich auf drei große Blöcke, nämlich die Personalausgaben mit 61 %, die laufenden Sachaufwendungen mit 29 % und die Sachinvestitionen mit 9 %. Die Einnahmen stammen zu 80 % aus Gebühren und sonstigen Entgelten, zu 15 % aus Zuweisungen und Zuschüssen sowie zu 6 % aus den übrigen laufenden Einnahmen.

Personalausgaben prägen die Ausgabenstruktur

Der Personalaufwand belief sich auf 1,38 Mrd. DM. Davon wurden 1,1 Mrd. DM für Löhne und Gehälter, 207 Mill. DM für gesetzliche Sozialabgaben, 71 Mill. DM für die Altersversorgung und 5 Mill. DM für Beihilfen und Unterstützungen ausgegeben. Beim Sachaufwand, der eine Höhe von 624 Mill. DM erreichte, dominierte der medizinische Bedarf mit 316 Mill. DM. Die Instandhaltung beanspruchte 109 Mill. DM und für die Bewirtschaftung der Krankenhäuser wurden 95 Mill. DM benötigt.

**Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Krankenanstalten in gesamtwirtschaftlicher Gruppierung 1997
nach Krankenhausträgern**

Ausgabeart / Einnahmeart	Insgesamt	Staatliche Kranken- anstalten	Kommunale Krankenanstalten nach Art des Trägers			
			zusammen	kreisfreie Städte	Landkreise	Bezirks- verband Pfalz
	1 000 DM					
Ausgaben						
Laufende Rechnung						
Personalausgaben	1 382 279	500 527	881 753	572 650	222 441	86 662
Laufende Zuweisungen	7 623	4 143	3 480	3 040	440	–
Ausgaben der laufenden Rechnung	2 061 472	748 466	1 313 005	888 004	315 227	109 775
Kapitalrechnung						
Sachinvestitionen	191 874	31 055	160 820	133 961	24 955	1 903
Darlehen	–	–	–	–	–	–
Erwerb von Beteiligungen	2 914	816	2 098	1 622	356	121
Ausgaben der Kapitalrechnung	194 789	31 871	162 918	135 583	25 311	2 024
Gesamtausgaben (ohne besondere Finanzierungsvorgänge)	2 256 260	780 337	1 475 923	1 023 587	340 538	111 799
Schuldentilgung	15 984	–	15 984	10 748	3 615	1 622
Einnahmen						
Laufende Rechnung						
Gebühren, sonstige Entgelte	1 814 306	595 587	1 218 719	820 355	293 500	104 864
Übrige laufende Einnahmen	124 204	51 780	72 425	49 805	21 095	1 524
Zinseinnahmen	5 108	155	4 953	1 945	2 503	505
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse sowie Schuldendiensthilfen	182 025	156 112	25 913	19 639	4 744	1 530
Einnahmen der laufenden Rechnung	2 125 643	803 633	1 322 010	891 744	321 843	108 423
Laufender Sachaufwand	656 346	243 773	412 573	302 055	87 697	22 821
Zinsausgaben	15 224	24	15 200	10 258	4 649	292
Kapitalrechnung						
Veräußerung von Sachvermögen	1 569	561	1 009	118	232	658
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	149 212	36 046	113 166	83 164	26 563	3 439
Darlehensrückflüsse	–	–	–	–	–	–
Veräußerung von Beteiligungen	0	0	–	–	–	–
Einnahmen der Kapitalrechnung	150 782	36 607	114 175	83 282	26 796	4 097
Gesamteinnahmen (ohne besondere Finanzierungsvorgänge)	2 276 425	840 240	1 436 185	975 026	348 639	112 520
Schuldenaufnahme	34 950	–	34 950	33 270	1 680	–

Die Sachinvestitionen betrugen 192 Mill. DM, davon wurden 81 Mill. DM für den Erwerb von technischen Anlagen, Einrichtungen und Ausstattungen ausgegeben. Mit weiteren 70 Mill. DM wurden Baumaßnahmen finanziert und für 42 Mill. DM wurden Grundstücke und Gebäude gekauft.

Erträge aus Krankenhausleistungen

In der laufenden Rechnung erzielten die Krankenanstalten Einnahmen in Höhe von 2,13 Mrd. DM. Der weit überwiegende Teil waren Erträge aus allgemeinen Krankenhausleistungen, nämlich 1,91 Mrd. DM. Von erheblicher Bedeutung waren auch die Zuweisungen der öffentlichen Hand sowie die Zuschüsse Dritter zur Finanzierung der laufenden Aufwendungen in Höhe von 152 Mill. DM. Von den übrigen Einnahmepositionen ragen noch die Nutzungsentgelte und sonstigen Abgaben der Ärzte (41 Mill. DM) sowie die Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben einschließlich Notarztdienst (40 Mill. DM) heraus. Die Erlöse aus Wahlleistungen und aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses brachten jeweils 28 Mill. DM.

In der Kapitalrechnung beliefen sich die Einnahmen auf 151 Mill. DM, die vor allem zur Finanzierung der Investitionen dienten. So wurden 85 Mill. DM passivierungspflichtige Fördermittel nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz bereitgestellt. Weitere 48 Mill. DM flossen als Zuweisungen der öffentlichen Hand sowie Zuschüsse Dritter in die Krankenhauskassen. Durch zusätzliche Einzahlungen in Höhe von 13 Mill. DM wurde das Eigenkapital der Krankenanstalten aufgestockt.

Kommunale Akutkrankenhäuser

Von den kreisfreien Städten wurden acht und von den Landkreisen zehn Akutkrankenhäuser betrieben. Diese vereinigten ein Ausgabevolumen von 1,36 Mrd. DM, wobei der überwiegende Teil auf die kreisfreien Städte entfiel. An Einnahmen erzielten sie 1,32 Mrd. DM, so dass sich aus den kassenwirksamen Zahlungen allein ein Defizit ergibt. Das Krankenhaus in Trägerschaft des Bezirksverbandes Pfalz gab 112 Mill. DM aus und nahm knapp 113 Mill. DM ein.

Diplom-Volkswirt Rudolf Lamping

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1996	1997				1998			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1000	3 986	4 010	4 018	4 018	4 018	4 022
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 895	1 876	1 711	1 116	2 147	1 994 ^p	1 651 ^p	1 264 ^p	2 258 ^p
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	5,7	5,6	5,0	3,4	6,3	6,0 ^p	4,8 ^p	3,8 ^p	6,6 ^p
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 411	3 473	3 497	3 047	3 314	3 693 ^p
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,2	10,4	10,2	9,2	9,7	11,2 ^p
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 646	3 601	3 699	3 585	3 655	3 352 ^p
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,9	10,8	10,8	10,9	10,7	10,1 ^p
Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	17	18	19	12	22	15 ^p
je 1000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	5,0	5,2	5,3	3,7	6,5	4,3 ^p
Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 236	- 128	- 202	- 538	- 341	341 ^p
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 0,7	- 0,4	- 0,6	- 1,6	- 1,0	1,0 ^p
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
Zugezogene	Anzahl	9 520	8 948	10 702	8 142	7 742	10 505	11 230
Fortgezogene	Anzahl	7 397	7 381	9 290	7 863	7 370	8 260	8 219
Wanderungssaldo	Anzahl	2 123	1 567	1 412	279	372	2 245	3 011
Innerhalb des Landes										
Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	13 777	13 861	14 919	14 015	15 523	14 805	14 871
Arbeitsmarkt										
Arbeitslose	Anzahl	149 782	163 768	155 554	157 258	166 730	146 059	144 030	147 901	157 917
Männer	Anzahl	87 062	94 978	86 761	88 198	96 220	78 960	77 911	80 630	89 208
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	8 954	10 360	.	.	10 402	6 942	.	.	9 621
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	47 287	50 739	.	.	50 877	42 300	.	.	47 300
Arbeitslosenquote ⁶⁾	%	8,5	9,2	8,8	8,9	9,4	8,1	8,0	8,2	8,8
Arbeitslosenquote ⁷⁾	%	9,4	10,3	9,8	9,9	10,5	9,0	8,9	9,2	9,8
Offene Stellen	Anzahl	22 792	24 137	17 892	16 958	18 570	27 946	20 296	19 544	21 172
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	758	700	.	.	500	904	.	.	544
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	4 445	4 800	.	.	4 271	6 260	.	.	4 873
Kurzarbeiter	Anzahl	11 817	7 114	4 940	4 860	4 041	3 028	3 124	5 278	3 528
Landwirtschaft										
Schlachtmengen ⁸⁾										
Rinder	t	13 585	12 943	13 619	13 751	13 042	12 359	12 979	13 867	12 982
Kälber	t	3 460	3 348	3 892	4 258	3 735	3 149	3 616	3 947	3 717
Schweine	t	31	33	33	37	62	25	31	43	53
	t	9 995	9 453	9 574	9 331	9 097	9 070	9 216	9 745	9 058
Milch										
Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien	t	64 801	62 957	59 505	55 892	59 687	60 681	60 965	56 974	60 451
Eier										
Erzeugung in Betrieben mit mindestens 3 000 Haltungsplätzen	1 000	15 786	15 626	14 956	15 427	15 121	15 493	15 798	15 747	15 584
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ^{9) 10)}										
Betriebe	Anzahl	2 195	2 324	2 324	2 323	2 323	2 286	2 282	2 277	2 277
Beschäftigte	1000	312	312	314	313	312	315	314	313	312
Arbeiter ¹¹⁾	1000	202	201	202	202	200	203	202	201	200
Geleistete Arbeiterstunden	1000	26 463	26 567	28 251	27 620	24 834	27 661	27 947	27 268	24 662
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 657	1 680	1 605	2 449	1 754	1 623	1 623	2 494	1 763
Löhne	Mill. DM	892	901	889	1 247	981	882	891	1 268	937
Gehälter	Mill. DM	765	779	717	1 202	773	741	732	1 226	826
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	8 672	9 287	9 952	9 350	9 430	9 626	9 755	9 531	9 229
Auslandsumsatz	Mill. DM	3 537	3 883	4 196	3 865	4 077	3 772	3 843	3 755	3 712
Exportquote ¹²⁾	%	40,8	41,8	42,2	41,3	43,2	39,2	39,4	39,4	40,2

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). – 7) Arbeitslose in % der abhängigen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose). – 8) In- und ausländischer Herkunft. – 9) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. – 10) Durch die erstmalige Einbeziehung von Einheiten aus der Handwerkszählung 1995 ist ein Vergleich mit Ergebnissen vor 1997 nicht möglich. – 11) Einschl. gewerblich Auszubildender. – 12) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1996	1997				1998			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Kohleverbrauch ¹⁾	1 000 GJ	7 259	6 673	.	.	5 700	3 581	.	.	3 477
Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) ¹⁾²⁾	Mill. kWh	7 989	8 680	.	.	10 413	9 145	.	.	10 399
Heizölverbrauch ¹⁾	1 000 t	80	71	.	.	69	55	.	.	72
davon										
leichtes Heizöl	1 000 t	40	37	.	.	35	26	.	.	40
schweres Heizöl	1 000 t	41	34	.	.	33	29	.	.	32
Stromverbrauch	Mill. kWh	1 108	1 153	1 222	1 194	1 129	1 125	1 154	1 148	1 068
Stromerzeugung (industr. Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	243	209	211	219	200	128	167	175	161
Öffentliche Energieversorgung										
Elektrizitätsversorgung										
Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	386	410	510	553	533	648	632	685	...
Eigenverbrauch	Mill. kWh	27	24	25	26	26	27	24	27	...
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	359	386	486	527	508	621	608	657	...
davon aus										
Wasserkraft	Mill. kWh	64	73	46	81	102	59	72	104	...
Wind-, und Solarenergie	Mill. kWh	0,07	0,12	0,16	0,16	0,23	0,21	0,26	0,14	...
Wärmeleistung	Mill. kWh	295	313	439	446	405	562	535	554	...
Steinkohle	Mill. kWh	98	80	89	84	88	89	96	99	...
Erdgas	Mill. kWh	186	217	338	351	305	465	426	442	...
Heizöl	Mill. kWh	1,47	5,88	0,05	0,12	0,45	0,05	1,63	2,65	...
Müll, Klär- und Erdölgas	Mill. kWh	9	10	12	10	11	7	10	10	...
Stromeinspeisung	Mill. kWh	9	12	15	14	15	22	28	28	...
darunter von Betreibern										
regenerativer Energieanlagen	Mill. kWh	6	7	9	8	10	16	21	20	...
Bezug über die Landesgrenze	Mill. kWh	3 233	3 169	3 343	3 451	3 471	2 812	3 149	3 353	...
Lieferung über die Landesgrenze	Mill. kWh	1 607	1 483	1 636	1 739	1 693	1 410	1 584	1 719	...
Stromabgabe an das öffentl. Netz ³⁾	Mill. kWh	1 994	2 085	2 207	2 253	2 301	2 045	2 199	2 320	...
Gasversorgung										
Gaserzeugung	Mill. kWh	0,94	0,35	0,23	0,22	0,46	0,27	0,22	0,87	...
Saldo des Gasaustauschs über die Landesgrenze	Mill. kWh	5 404	5 412	5 910	6 871	7 297	4 317	5 405	7 468	...
Verfügbare Gasmenge ⁴⁾	Mill. kWh	5 403	5 369	5 857	6 860	7 338	4 291	5 344	7 535	...
Handwerk ⁵⁾										
Beschäftigte (Ende des Vj.)	30.9.1994=100	90	88	.	.	89
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	vjD 1994=100	91	95	.	.	108
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ^{6) 7)}										
Beschäftigte insgesamt	Anzahl	47 225	47 644	48 922	48 387	47 444	49 234	48 970	48 503	47 795
Facharbeiter	Anzahl	25 669	25 556	26 054	25 753	25 118	25 082	24 889	24 679	24 263
Fachwerker und Werker	Anzahl	8 940	8 474	8 762	8 670	8 365	9 478	9 420	9 267	8 979
Geleistete Arbeitsstunden insgesamt	1 000	4 707	4 754	5 616	5 008	3 708	5 643	5 600	4 985	3 521
Hochbau insgesamt	1 000	2 982	3 038	3 527	3 174	2 412	3 577	3 560	3 189	2 341
Wohnungsbau	1 000	1 878	1 967	2 265	2 048	1 549	2 547	2 513	2 200	1 586
gewerblicher Hochbau	1 000	816	798	921	851	668	787	792	759	603
gewerblicher und industrieller Bau	1 000	754	730	819	756	572	756	768	723	585
Bahn und Post	1 000	28	44	73	70	81	16	9	24	14
landwirtschaftlicher Bau	1 000	35	24	29	25	15	15	15	12	4
öffentlicher Hochbau	1 000	288	274	341	275	195	243	255	230	152
Organisationen ohne Erwerbs- zweck	1 000	69	66	77	64	31	48	51	46	38
Körperschaften des öffentl. Rechts	1 000	219	208	264	211	164	195	204	184	114
Tiefbau insgesamt	1 000	1 725	1 716	2 089	1 834	1 296	2 066	2 040	1 796	1 180
gewerblicher Tiefbau	1 000	459	448	540	482	356	535	580	467	356
gewerblicher und industrieller Bau	1 000	354	361	446	375	272	434	465	372	280
Bahn und Post	1 000	104	88	94	107	84	101	115	95	76
öffentlicher Tiefbau	1 000	580	565	677	597	437	679	633	589	389
Straßenbau	1 000	687	703	872	755	503	852	827	740	435
Löhne und Gehälter	Mill. DM	199	199	208	252	205	199	198	240	197
Löhne	Mill. DM	156	154	163	191	157	155	154	180	149
Gehälter	Mill. DM	43	46	45	62	48	44	44	60	49
Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	631	676	813	796	784	770	835	844	823

1) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.), Jahr = Vierteljahresdurchschnitt. – 2) 1 m³ = 35,169 MJ = 9,769 kWh (Brennwert bzw. oberer Heizwert). – 3) Einschließlich Übertragungsverluste im öffentlichen Netz. – 4) Einschließlich Meßdifferenzen. – 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 6) Nach der Totalerhebung hochgerechnet. – 7) Durch die erstmalige Einbeziehung von Einheiten aus der Handwerkszählung 1995 ist ein Vergleich mit Ergebnissen vor März 1997 nicht möglich.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1996	1997				1998			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	913	1 009	1 069	850	691	1 012	1 039	819	686
mit 1 Wohnung	Anzahl	587	704	764	608	501	745	769	610	510
mit 2 Wohnungen	Anzahl	188	195	183	147	108	188	189	130	103
mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	139	110	122	95	82	79	81	79	73
Umbauter Raum	1000 m ³	1 067	1 117	1 166	938	769	1 159	1 113	857	739
Wohnfläche	1000 m ²	189	197	205	169	135	200	199	154	136
Wohnräume	Anzahl	8 584	9 044	9 959	7 542	6 045	8 846	8 932	6 823	6 083
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	461	482	518	408	336	500	487	377	327
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	4	4	7	2	3	5	7	1	3
Unternehmen	Anzahl	109	146	161	177	159	176	219	180	169
Private Haushalte	Anzahl	801	860	901	671	529	831	813	638	514
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	162	184	230	191	145	211	216	210	148
Umbauter Raum	1000 m ³	741	881	1 284	848	560	841	1 033	1 102	758
Nutzfläche	1000 m ²	123	143	214	158	104	141	158	243	123
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	174	192	272	219	145	163	189	254	153
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	18	18	27	15	16	25	20	31	18
Unternehmen	Anzahl	136	155	183	166	122	175	185	167	124
Private Haushalte	Anzahl	8	11	20	10	7	11	11	12	6
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 141	2 128	2 337	1 877	1 501	2 071	2 022	1 537	1 391
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	3 198	3 490	3 561	3 633	3 548	3 659	3 528	3 437	...
EU-Länder	Mill. DM	1 902	1 954	1 902	2 107	1 903	2 163	2 011	1 931	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	228	232	248	242	227	271	243	211	...
Dänemark	Mill. DM	49	59	52	54	47	69	53	47	...
Finnland	Mill. DM	26	28	27	27	25	38	25	49	...
Frankreich	Mill. DM	510	464	398	530	500	502	505	474	...
Griechenland	Mill. DM	23	27	25	31	28	23	22	29	...
Großbritannien	Mill. DM	279	294	299	333	277	327	301	289	...
Irland	Mill. DM	13	13	11	13	14	19	17	14	...
Italien	Mill. DM	234	246	273	261	207	275	244	255	...
Niederlande	Mill. DM	203	220	196	222	222	225	200	186	...
Österreich	Mill. DM	131	144	140	139	143	150	141	144	...
Schweden	Mill. DM	60	57	49	77	46	64	58	56	...
Spanien	Mill. DM	121	143	157	153	143	170	168	147	...
Portugal	Mill. DM	24	25	28	25	24	29	33	30	...
USA und Kanada	Mill. DM	225	253	272	221	289	292	243	255	...
Japan	Mill. DM	84	83	102	69	78	74	84	63	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	443	529	564	546	571	462	471	479	...
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	217	301	326	314	333	332	343	336	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	2 315	2 376	2 301	2 279	2 563	2 184	2 577	2 480	...
EU-Länder	Mill. DM	1 534	1 516	1 387	1 421	1 693	1 236	1 580	1 563	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	230	253	267	255	266	266	276	366	...
Dänemark	Mill. DM	47	47	54	47	41	38	58	38	...
Finnland	Mill. DM	11	10	8	18	10	11	8	11	...
Frankreich	Mill. DM	468	374	283	357	438	274	355	307	...
Griechenland	Mill. DM	3	2	1	2	8	1	4	1	...
Großbritannien	Mill. DM	106	113	122	105	106	111	113	83	...
Irland	Mill. DM	20	20	6	8	21	10	16	9	...
Italien	Mill. DM	174	174	148	175	148	134	181	149	...
Niederlande	Mill. DM	219	253	276	203	399	197	319	342	...
Österreich	Mill. DM	71	81	63	101	88	73	112	82	...
Schweden	Mill. DM	57	49	46	35	33	40	27	55	...
Spanien	Mill. DM	104	115	94	89	107	65	92	92	...
Portugal	Mill. DM	23	25	20	25	30	16	20	29	...
USA und Kanada	Mill. DM	157	160	148	142	161	181	198	199	...
Japan	Mill. DM	99	83	106	81	84	85	101	86	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	166	187	198	196	190	208	176	169	...
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	135	196	224	218	218	238	250	226	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1996	1997				1998			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Einzelhandel ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	99,5	98,4	96,9	97,2	96,1	94,8	95,2	95,8	95,4
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	102,7	104,1	103,1	104,5	101,8	105,1	105,5	108,0	106,0
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	101,0	101,5	106,6	100,9	100,7	93,8	98,5	98,8	98,0
Großhandel ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	98,5	97,7	99,6	98,9	98,3	99,8	99,4	98,3	99,2
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	100,6	103,9	119,5	105,9	102,3	111,8	112,4	105,6	111,4
Gastgewerbe ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	98,3	95,2	98,2	94,3	95,4	97,8	95,7	91,9	94,7
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	99,7	97,5	100,6	96,1	98,2	105,9	102,5	101,6	102,9
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	99,6	96,1	108,6	88,8	96,3	107,5	104,5	84,8	97,5
Tourismus										
in allen Berichtsgemeinden										
Gäste	1000	512	507	813	386	304	812	794	431	323
Ausländer	1000	101	101	129	69	67	144	129	72	74
Übernachtungen	1000	1 728	1 626	2 539	1 053	991	2 534	2 441	1 179	1 045
Ausländer	1000	316	308	375	183	204	411	360	202	225
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
Güterempfang	1000 t	1 336	1 364	1 356	1 241	1 270	1 391	1 311
Güterversand	1000 t	788	803	821	794	733	710	721
Straßenverkehr										
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	15 607	15 873	15 464	12 133	12 144	15 174	15 621	14 572	13 102
Krafträder	Anzahl	1 285	1 512	627	406	263	747	336	240	183
Personenkraftwagen und „M 1“ Fahrzeuge	Anzahl	13 313	13 235	13 698	10 711	10 602	13 110	14 054	12 990	11 679
Lastkraftwagen	Anzahl	678	799	880	778	1 022	1 022	910	1 053	951
Zugmaschinen	Anzahl	192	192	146	124	124	191	196	178	180
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	9 424	9 495	10 448	9 822	10 064	10 118	10 527	10 699	10 110 ^P
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	1 467	1 488	1 618	1 364	1 196	1 691	1 578	1 464	1 209 ^P
Verunglückte Personen	Anzahl	7 956	8 007	8 830	8 458	8 868	8 427	8 909	9 235	8 901 ^P
Getötete	Anzahl	1 981	2 025	2 163	1 878	1 684	2 314	2 151	1 924	1 671 ^P
Pkw-Insassen	Anzahl	31	32	30	28	31	32	36	26	25 ^P
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	19	19	22	16	23	21	22	9	20 ^P
Radfahrer	Anzahl	5	6	3	–	1	8	6	4	– ^P
Fußgänger	Anzahl	2	2	1	1	1	1	5	–	– ^P
Schwerverletzte	Anzahl	4	4	3	9	6	1	2	12	5 ^P
Pkw-Insassen	Anzahl	497	490	522	451	361	481	480	421	340 ^P
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	285	266	283	308	253	237	303	266	...
Radfahrer	Anzahl	86	97	102	54	23	111	75	54	...
Fußgänger	Anzahl	52	56	57	19	18	58	40	25	...
	Anzahl	56	50	52	56	55	39	48	53	...
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
Konkurse ³⁾	Anzahl	102	104	83	90	96	95	100	100	230
Angemeldete Forderungen	1000 DM	67 528	75 825	43 647	42 983	103 705	46 567	106 796	112 618	268 727
Vergleichsverfahren	Anzahl	0	0	–	–	–	–	–	–	1

1) Vorläufige Ergebnisse. – 2) Ohne Umsatzsteuer. – 3) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1996	1997				1998			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monats- ende)										
Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	142 495	155 992	·	·	155 992	166 726	·	·	171 495
Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	139 651	151 431	·	·	151 431	160 679	·	·	164 256
Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	24 069	25 244	·	·	25 244	25 797	·	·	26 661
an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	23 193	23 874	·	·	23 874	24 825	·	·	25 714
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	876	1 370	·	·	1 370	972	·	·	947
Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	11 374	11 556	·	·	11 556	12 061	·	·	11 481
an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	9 642	9 977	·	·	9 977	10 660	·	·	10 156
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 732	1 579	·	·	1 579	1 401	·	·	1 325
Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	104 208	114 631	·	·	114 631	122 821	·	·	126 114
an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	90 490	99 743	·	·	99 743	107 204	·	·	110 800
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	13 718	14 888	·	·	14 888	15 617	·	·	15 314
Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	121 319	126 194	·	·	126 194	127 253	·	·	134 028
Sichteinlagen	Mill. DM	23 913	25 273	·	·	25 273	25 645	·	·	29 385
Termineinlagen	Mill. DM	39 399	40 417	·	·	40 417	40 889	·	·	41 561
Spareinlagen	Mill. DM	58 007	60 504	·	·	60 504	60 719	·	·	63 082
Steuern ²⁾										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern ³⁾	Mill. DM	3 228	3 344	2 935	3 641	4 941	3 918	3 051	3 839	5 098
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 362	1 359	761	1 421	2 836	1 797	787	1 378	2 805
Lohnsteuer	Mill. DM	1 088	1 088	821	1 337	1 625	819	842	1 421	1 681
Einnahmen aus der Lohn- steuererlegung	Mill. DM	182	179	–	517	–	–	–	578	–
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	36	20	– 113	– 102	554	451	– 85	– 79	– 610
Kapitalertragsteuer	Mill. DM	50	57	24	31	22	31	35	37	28
Zinsabschlag	Mill. DM	46	41	13	61	14	12	15	78	17
Einnahmen aus der Zinsab- schlagserlegung	Mill. DM	23	59	–	46	–	–	–	62	–
Körperschaftsteuer	Mill. DM	143	153	15	93	620	485	– 21	– 78	469
Einnahmen aus der Körper- schaftsteuererlegung	Mill. DM	13	12	–	95	6	–	–	– 19	–
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	1 865	1 986	2 175	2 221	2 105	2 121	2 264	2 461	2 294
Umsatzsteuer	Mill. DM	686	684	666	749	694	698	701	810	727
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	1 179	1 302	1 508	1 472	1 411	1 424	1 563	1 651	1 567
Zölle	Mill. DM	201	218	247	282	160	204	229	202	189
Bundessteuern	Mill. DM	533	250	230	177	665	264	196	177	605
Verbrauchssteuern (ohne Bier- steuer)	Mill. DM	439	153	166	109	448	159	146	129	446
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	85	87	54	59	208	94	40	38	148
Landessteuern	Mill. DM	143	111	128	102	125	120	108	106	136
Vermögensteuer	Mill. DM	40	5	6	2	4	5	4	9	11
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	58	65	70	51	62	50	56	54	50
Biersteuer	Mill. DM	8	7	7	7	6	8	7	6	6

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank sowie Postgiro- und Postsparkassenämter); ohne durchlaufende Kredite. – 2) Einschließlich des Steueraufkommens der Euro-Zoll-Kasse in Trier, die bestimmte Steuern und Abgaben (Verbrauchssteuern; Einfuhrumsatzsteuer und Zölle auf Einführen aus Nicht-EU-Ländern) zentral für alle Bundesländer vereinnahmt. – 3) Aufkommen an Lohnsteuer ab 1996 ohne das vom Arbeitgeber verrechnete steuerliche Kindergeld.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1996	1997				1998			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. DM	772	782	.	.	935	827	.	.	804
Grundsteuer A	Mill. DM	9	9	.	.	8	11	.	.	7
Grundsteuer B	Mill. DM	146	154	.	.	140	179	.	.	145
Gewerbsteuer (brutto)	Mill. DM	536	536	.	.	691	547	.	.	554
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	62	63	.	.	80	70	.	.	82
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften ²⁾										
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	2 063	1 899	1 701	1 879 ^f	2 959 ^f	2 044	1 762	2 034	2 209
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	594	594	326	614 ^f	1 254	803	336	584	1 230
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	927	1 046	1 121	1 087 ^f	1 018 ^f	977	1 204	1 273	348
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 088	1 067	863	1 091	1 730	1 187	866	1 093	1 704
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	545	537	276	564	1 158	733	283	532	1 127
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	372	391	388	422	376	332	383	454	349
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	Mill. DM	1 175	1 134	.	.	1 566 ^f	1 158	.	.	1 509
Gewerbsteuer (netto) ³⁾	Mill. DM	425	432	.	.	540	421	.	.	375
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer ⁴⁾	Mill. DM	514	457	.	.	783 ^f	400	.	.	793
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. DM	–	–	–	–	–	56	.	.	91
Preise										
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im früheren Bundesgebiet	1991 = 100	114,1	116,1	116,3	116,4	116,5	117,3	117,1	117,1	117,1
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1991 = 100	109,6	111,2	111,1	111,4	111,7	112,4	112,1	112,3	112,4
Löhne und Gehälter										
Arbeiterinnen und Arbeiter im produzierenden Gewerbe										
Bruttomonatsverdienste	DM	4 320	4 387	4 394	.	.	.	4 531	.	.
Arbeiter	DM	4 485	4 545	4 553	.	.	.	4 684	.	.
Arbeiterinnen	DM	3 146	3 210	3 199	.	.	.	3 365	.	.
Bruttostundenverdienste	DM	25,99	26,39	26,42	.	.	.	27,08	.	.
Arbeiter	DM	26,84	27,21	27,21	.	.	.	27,88	.	.
Facharbeiter	DM	28,54	29,01	29,04	.	.	.	29,91	.	.
Angelernte Arbeiter	DM	25,70	25,99	25,99	.	.	.	26,56	.	.
Hilfsarbeiter	DM	22,61	22,61	22,61	.	.	.	22,98	.	.
Arbeiterinnen	DM	19,68	20,06	20,13	.	.	.	20,73	.	.
Hilfsarbeiterinnen	DM	19,06	19,34	19,39	.	.	.	19,89	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	38,2	38,2	38,3	.	.	.	38,5	.	.
Arbeiter	Std.	38,4	38,4	38,5	.	.	.	38,7	.	.
Arbeiterinnen	Std.	36,8	36,8	36,6	.	.	.	37,4	.	.
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste im produzierenden Gewerbe	DM	6 131	6 221	6 224	.	.	.	6 411	.	.
Kaufmännische Angestellte	DM	5 560	5 669	5 681	.	.	.	5 835	.	.
Männer	DM	6 502	6 601	6 613	.	.	.	6 726	.	.
Frauen	DM	4 514	4 624	4 635	.	.	.	4 811	.	.
Technische Angestellte	DM	6 577	6 645	6 641	.	.	.	6 845	.	.
Männer	DM	6 730	6 787	6 776	.	.	.	6 985	.	.
Frauen	DM	5 026	5 186	5 219	.	.	.	5 453	.	.
im Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe	DM	4 422	4 511	4 511	.	.	.	4 609	.	.
Kaufmännische Angestellte	DM	4 409	4 491	4 488	.	.	.	4 581	.	.
Männer	DM	5 104	5 147	5 136	.	.	.	5 223	.	.
Frauen	DM	3 792	3 874	3 877	.	.	.	3 956	.	.

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Ohne die der EU zustehenden Einnahmen aus Zöllen. Lohnsteuereinnahmen ab 1996 nach Abzug des von der Familienkasse gezahlten Kindergeldes. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 4) 1996 einschließlich der Ausgleichsleistungen nach § 20 a FAG.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1996	1997				1998			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1000	81 895	82 051	82 082	82 086	82 072
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	35 608	35 130 ^p	41 745 ^p	35 444 ^p	21 955 ^p	52 941 ^p	42 927 ^p	35 544 ^p	...
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	66 334	67 506 ^p	71 500 ^p	68 277 ^p	58 714 ^p	68 698 ^p	71 160 ^p	65 438 ^p	...
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	73 570	71 396 ^p	66 926 ^p	71 095 ^p	69 140 ^p	65 949 ^p	66 805 ^p	68 882 ^p	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (–)	Anzahl	– 7 236	– 3 890 ^p	4 574 ^p	– 2 818 ^p	– 10 426 ^p	2 749 ^p	4 355 ^p	– 3 444 ^p	...
Arbeitslose	1000	3 965	4 384	4 308	4 290	4 322	4 095	3 965	3 892	3 946
Männer	1000	2 112	2 342	2 221	2 204	2 234	2 115	2 047	2 008	2 053
Arbeitslosenquote ⁴⁾	%	10,4	11,4	11,2	11,2	11,3	10,6	10,3	10,1	10,2
Arbeitslosenquote ⁵⁾	%	11,5	12,7	12,5	12,4	12,5	11,8	11,4	11,2	11,3
Offene Stellen	1000	327	337	335	311	304	466	432	393	364
Kurzarbeiter	1000	277	183	111	118	125	65	77	90	108
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ^{6) 7)}										
Beschäftigte	1000	6 520	6 416	6 448	6 430	6 422	6 461	6 472	6 448	6 436
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	540	533	558	573	551	486	557	570	563
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	173 275	183 374	202 621	197 436	194 399	169 420	202 985	200 472	196 747
Auslandsumsatz	Mill. DM	51 438	58 117	64 859	63 186	63 402	54 752	67 523	65 655	65 121
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (kalendermonatlich)	1995 = 100	99,9	103,7	112,5	114,2	111,4	96,4	117,0 ^f	118,8	117,0
Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	98,9	104,3	112,0	116,5	110,8	100,4	115,8 ^f	118,4	114,7
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	101,4	106,0	118,2	113,4	114,8	96,8	124,8 ^f	122,0	123,6
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	101,0	99,6	111,1	112,0	113,7	79,1	123,1 ^f	129,3	125,3
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	99,8	99,8	104,9	110,3	105,9	93,0	104,0 ^f	108,7	107,5
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	40 468	40 564	37 246	42 396	44 260	37 776	39 001
Gaserzeugung	Mill. kWh	30 975	31 143	28 418	32 253	33 510	27 166	26 867	30 788	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ^{8) 9)}										
Beschäftigte	1000	1 312	1 221	1 256	1 239	1 225	1 132	1 135	1 176	1 163
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	130	123	149	146	129	111	131	135	122
Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	18 109	17 530	19 972	20 661	20 183	16 722	18 244	19 427	19 416
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	17 772	18 433	19 193	19 006	16 376	21 187	20 233	19 849	16 546
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	15 021	16 223	16 940	16 755	14 347	19 386	18 527	18 122	14 836
Wohnfläche	1000 m ²	3 779	3 639	3 792	3 688	3 216	3 701	3 608	3 564	3 104
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 337	3 355	3 699	3 728	3 165	4 149	3 798	3 875	3 280
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	48 031	44 110	44 895	45 520	39 576	41 550	40 574	40 009	34 903
Handel und Gastgewerbe ¹⁰⁾										
Einzelhandel										
Umsatz ¹¹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	101,3	101,1	98,6	107,2	102,6	93,4	99,3	105,1	108,2
Großhandel										
Umsatz ¹¹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	98,1	101,5	108,5	111,7	102,6	94,9	106,3	105,5	104,1
Gastgewerbe										
Umsatz ¹¹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	97,5	96,7	108,0	104,5	89,3	103,6	103,1	100,7	86,8

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). – 5) Arbeitslose in % der abhängigen Erwerbspersonen. (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose). – 6) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 7) Durch die erstmalige Einbeziehung von Einheiten aus der Handwerkszählung 1995 ist ein Vergleich mit Ergebnissen vor 1997 nicht möglich. – 8) Nach der Totalerhebung hochgerechnet. – 9) Durch die erstmalige Einbeziehung von Einheiten aus der Handwerkszählung 1995 ist ein Vergleich mit Ergebnissen vor März 1997 nicht möglich. – 10) Vorläufige Ergebnisse. – 11) Ohne Umsatzsteuer.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1996	1997			1998				
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	65 745	74 051	79 076	82 293	79 513	68 992	76 634	83 609	82 142
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	37 725	41 129	41 792	44 975	44 495	36 746	42 514	48 198	46 347
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	4 153	4 306	4 351	4 583	4 306	3 799	4 591	4 838	4 648
Frankreich	Mill. DM	7 268	7 868	8 046	8 620	8 761	6 938	8 376	9 833	9 441
Großbritannien	Mill. DM	5 306	6 247	6 165	6 666	6 770	6 312	6 175	6 829	6 796
Italien	Mill. DM	4 939	5 421	5 537	6 064	5 828	4 008	5 636	6 210	6 137
Niederlande	Mill. DM	5 023	5 255	5 361	5 665	5 496	4 638	4 995	5 695	5 251
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	57 533	64 346	63 846	70 897	66 546	60 485	65 195	71 044	66 325
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	32 358	35 369	32 755	38 212	36 142	31 860	33 211	38 060	35 883
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 659	3 952	3 877	4 480	3 805	3 347	3 846	4 022	3 879
Frankreich	Mill. DM	6 136	6 758	6 602	7 648	7 142	6 536	6 964	7 466	7 550
Großbritannien	Mill. DM	3 957	4 528	4 178	5 292	4 292	4 555	3 851	5 138	4 244
Italien	Mill. DM	4 862	5 090	4 636	5 064	5 525	4 412	4 515	5 699	5 091
Niederlande	Mill. DM	5 091	5 628	4 828	6 066	5 751	4 574	4 826	5 500	5 255
Geld und Kredit ¹⁾										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	4 675	4 960	4 872	4 903	4 943	5 155	5 166	5 195	5 250 ^p
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	3 536	3 760	3 679	3 688	3 708	3 905	3 933	3 948	3 988 ^p
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	1 139	1 200	1 193	1 215	1 235	1 250	1 233	1 247	1 262 ^p
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	2 930	3 020	2 900	2 907	2 953	3 031	3 028	3 045	3 096 ^p
Spareinlagen	Mrd. DM	1 143	1 182	1 149	1 149	1 151	1 172	1 171	1 174	1 177 ^p
Steuern										
Gemeinschaftsteuern ²⁾	Mill. DM	46 997	46 952	56 179	37 524	38 187	42 117	61 899	41 306	41 572
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	26 484	26 150	36 930	16 063	16 109	19 848	41 415	18 531	18 034
Lohnsteuer	Mill. DM	20 940	20 723	18 213	18 352	18 375	20 936	18 849	19 114	19 200
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	968	480	8 282	- 2 911	- 2 850	- 2 469	10 003	- 2 079	- 2 143
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	19 767	20 075	19 289	19 844	21 607	21 591	20 478	20 933	22 853
Umsatzsteuer	Mill. DM	16 698	16 661	15 687	16 164	17 704	17 590	16 769	16 974	18 786
Zölle	Mill. DM	549	575	588	615	691	576	527	553	548
Bundessteuern	Mill. DM	11 489	11 272	11 648	10 651	9 390	9 797	11 088	10 404	9 177
Versicherungssteuer	Mill. DM	1 196	1 177	594	626	898	1 645	627	616	916
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	8 115	7 935	8 077	8 595	7 107	6 953	8 197	8 717	7 193
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ³⁾	1991 = 100	105,6	107,5	107,1	106,3	106,6	102,3	101,0	100,4	100,1
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ³⁾	1991 = 100	91,1	92,5	94,1	92,4	93,2	86,7	85,8	83,3	82,7 ^p
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ³⁾	1991 = 100	103,5	104,7	105,1	105,0	105,0	104,2	104,1	103,7	103,3
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1995 = 100	99,8	99,0	.	.	98,7	98,9	.	.	98,6
Bauleistungen am Bauwerk ⁴⁾	1995 = 100	99,8	99,1	.	.	98,7	98,9	.	.	98,6
Preisindex für den Straßenbau	1995 = 100	98,3	96,6	.	.	96,1	95,8	.	.	95,4
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1991 = 100	116,5	118,6	119,0	118,9	118,9	120,2	119,9	119,7	119,7
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1991 = 100	109,2	111,0	111,0	111,0	111,2	112,5	112,2	111,9	112,1
Bekleidung, Schuhe	1991 = 100	108,5	109,0	109,1	109,2	109,3	109,2	109,5	109,7	109,9
Wohnungsmieten	1991 = 100	137,9	141,6	142,1	142,3	142,6	144,3	144,6	144,6	144,7
Energie (ohne Kraftstoffe)	1991 = 100	103,3	105,1	104,9	105,8	105,7	102,7	102,7	102,3	101,9
Übriges für die Haushaltsführung	1991 = 100	110,2	110,8	110,9	110,9	111,0	111,9	112,0	112,0	112,1
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	1991 = 100	115,0	119,1	121,6	121,7	121,7	122,9	123,0	123,3	123,4
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1991 = 100	115,7	116,6	117,3	117,1	116,9	117,1	117,0	117,0	116,9
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1991 = 100	111,6	114,3	114,2	114,4	114,6	115,0	115,2	115,4	115,7
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1991 = 100	123,3	125,9	127,7	124,7	123,5	132,7	127,7	125,7	124,5

1) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 2) Aufkommen an Lohnsteuer ab 1996 ohne das vom Arbeitgeber verrechnete steuerliche sowie das von der Familienkasse gezahlte Kindergeld. – 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 4) Ohne Baunebenleistungen.

Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz wächst 1998 real um 2,2 %

Ersten Berechnungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ zufolge lag das rheinland-pfälzische Bruttoinlandsprodukt 1998 mit 161,5 Mrd.DM um 3,5 % höher als im Vorjahr. Der von Preiseinflüssen bereinigte Wert der im Land erwirtschafteten Leistung erhöhte sich um 2,2 % auf 141,3 Mrd.DM. Somit verlief die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Rheinland-Pfalz im Vergleich zum Vorjahr weniger dynamisch – im Jahr 1997 hatte die Summe der hierzulande erzeugten Waren und Dienstleistungen real um 2,9 % zugenommen – und etwas verhaltener als im Durchschnitt der alten Bundesländer. Für das frühere Bundesgebiet beträgt die Zuwachsrate 4 % (nominal) bzw. 2,9 % (real). Das Wachstum in den neuen Ländern und Berlin-Ost blieb im vergangenen Jahr mit 1,9 % (nominal) bzw. 2,1 % (real) hinter dem in den alten Ländern zurück.

Wesentlich beigetragen zum Wirtschaftswachstum haben wiederum die Dienstleistungsunternehmen,

aber auch die Unternehmen des Bereichs Handel und Verkehr. Dagegen blieb das Wachstum im verarbeitenden Gewerbe, das 1997 ausschlaggebend für die gute Entwicklung der rheinland-pfälzischen Wirtschaft gewesen war, im vergangenen Jahr eher gedämpft, wozu insbesondere die nachlassende Exportkonjunktur beitrug. Restriktiv auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wirkten die Sparmaßnahmen im staatlichen Sektor.

Auf dem Arbeitsmarkt war 1998 eine günstigere Entwicklung als im Bundesdurchschnitt festzustellen. An der Entstehung des Bruttoinlandsprodukts in Rheinland-Pfalz waren gut 1,47 Mill. Erwerbstätige beteiligt, 8 000 oder 0,5 % mehr als im Jahr zuvor. Im früheren Bundesgebiet erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen um 0,1 %, während sie in den neuen Ländern und Berlin-Ost um 0,4 % zurückging.

Die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in den einzelnen Bundesländern kann der folgenden Tabelle entnommen werden.

Bruttoinlandsprodukt 1998 nach Bundesländern
– Ergebnisse der 1. Fortschreibung 1998 –

Land	Bruttoinlandsprodukt			
	in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1991	
	Mrd. DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	Mrd. DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
Baden-Württemberg	547,6	5,2	475,3	4,1
Bayern	642,7	4,5	556,1	3,4
Berlin	156,2	0,9	126,8	– 0,2
Berlin-West	116,6	0,7	100,9	– 0,5
Berlin-Ost	39,7	1,6	25,9	1,0
Brandenburg	78,0	3,1	55,8	3,2
Bremen	42,1	4,4	36,8	3,4
Hamburg	146,3	3,6	124,0	2,8
Hessen	354,5	4,0	311,4	3,3
Mecklenburg-Vorpommern	48,2	0,5	32,9	0,2
Niedersachsen	331,5	5,0	287,8	4,0
Nordrhein-Westfalen	826,7	3,4	716,9	2,0
Rheinland-Pfalz	161,5	3,5	141,3	2,2
Saarland	45,8	4,4	40,2	2,5
Sachsen	125,9	1,5	88,0	1,7
Sachsen-Anhalt	71,3	2,3	49,7	3,0
Schleswig-Holstein	116,5	2,4	100,3	1,3
Thüringen	66,4	2,3	45,7	2,6
Deutschland	3 761,5	3,8	3 189,0	2,8
Früheres Bundesgebiet	3 332,0	4,0	2 891,0	2,9
Neue Länder und Berlin-Ost	429,5	1,9	298,0	2,1

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder.

kurz + aktuell

1998 mehr Nichtwohngebäude genehmigt; Investitionen bei 2,3 Mrd. DM

Die Zahl der genehmigten Nichtwohngebäude in Rheinland-Pfalz ist im Berichtsjahr 1998 gegenüber 1997 (2 212) um gut 8 % auf 2 398 gestiegen. Die meisten Baugenehmigungen wurden für nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude erteilt (1 394), es folgen landwirtschaftliche Betriebsgebäude (594), Büro- und Verwaltungsgebäude (213), sonstige Nichtwohngebäude (174) und Anstaltsgebäude (23). Die insgesamt veranschlagten Baukosten bezifferten sich wie im Vorjahr auf rund 2,3 Mrd. DM.

Nach Fertigstellung der Gebäude werden diese über eine Nutzfläche von fast 1,9 Mill. m² verfügen, das sind rund 10 % mehr als 1997 an Nutzfläche geschaffen wurde (1,7 Mill. m²).

Je Quadratmeter Nutzfläche fielen im Schnitt Baukosten von 1 209 DM an. Für Büro- bzw. Verwaltungsgebäude mussten durchschnittlich 2 108 DM, für Anstalten 3 340 DM und für sonstige Nichtwohngebäude 2 472 DM je m² aufgewendet werden. Dagegen konnten landwirtschaftliche (552 DM) und nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude (1 019 DM) wegen der geringeren Ausstattungsmerkmale weitaus kostengünstiger kalkuliert werden. hes

Steuereinnahmen des Landes nach Steuerverteilung

Steuerart	Januar		Veränderung
	1998	1999	
	Mill. DM		%
Landessteuern	140,9	129,0	- 8,5
Vermögenssteuer	5,1	5,3	3,6
Erbschaftsteuer	12,6	19,6	55,6
Grunderwerbsteuer (Landesanteil)	13,4	14,9	10,9
Kraftfahrzeugsteuer	76,8	69,8	- 9,1
Rennwett- und Lotteriesteuer	25,0	11,7	- 53,0
Feuerschutzsteuer	0,1	0,1	17,7
Biersteuer	8,0	7,6	- 4,8
Landesanteil an den Steuern vom Einkommen ¹⁾	488,5	903,1	84,9
Lohnsteuer	474,0	483,7	2,0
Veranlagte Einkommensteuer	- 75,4	- 63,3	X
Kapitalertragsteuer	333,9	127,2	- 61,9
Zinsabschlag	56,6	60,4	6,7
Körperschaftsteuer	- 300,6	295,1	X
Landesanteil an den Steuern vom Umsatz	391,3	425,4	8,7
Umsatzsteuer	302,1	322,3	6,7
Einfuhrumsatzsteuer	89,2	103,1	15,6
Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage	5,5	- 0,5	X
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	3,2	0,0	- 99,3
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	8,3	- 0,8	X
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	-	- 0,2	X
Insgesamt	1 037,7	1 456,0	40,3

1) Lohnsteuereinnahmen nach Abzug des von der Familienkasse gezahlten Kindergeldes.

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet im Januar 1999

Indexbezeichnung	1995=100	Veränderung zu Jan. 1998 in %
Früheres Bundesgebiet ¹⁾		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	103,9	0,2
davon		
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	102,9	- 0,6
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	105,7	2,6
Bekleidung, Schuhe	101,9	0,5
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	105,6	0,5
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	102,2	0,8
Gesundheitspflege	110,0	- 2,5
Verkehr	104,3	0,1
Nachrichtenübermittlung	89,4	- 9,0
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	102,6	0,7
Bildungswesen	115,8	5,9
Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	103,2	1,2
Andere Waren und Dienstleistungen	103,4	1,3
4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen		
Gesamtindex	103,8	0,3
4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen		
Gesamtindex	103,6	0,3
2-Personen-Rentnerhaushalte mit geringem Einkommen		
Gesamtindex	104,6	- 0,1
Deutschland ²⁾		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	104,1	0,2

1) Gebietsstand vor dem 3.10.1990. - 2) Gebietsstand seit dem 3.10.1990.

Zeichenerklärung und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
-	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
.	Zahl unbekannt oder geheimzuhalten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da die Zahl nicht sicher genug		
()	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.